

Preussische Allgemeine

Nr. 13 · 1. April 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Russischer Exodus

Während der Kreml in der Ukraine Krieg führt, kehren zu Hause immer mehr Russen ihrer Heimat den Rücken Seite 3



Kaukasus Im Schatten des Ukrainekriegs schafft Baku in Karabach Fakten Seite 8



Putins Ideengeber Der Philosoph und Publizist Iwan Iljin Seite 11

POLITIK

Eine heftige Niederlage, die sich als Segen erweisen könnte

Die Wahl an der Saar endete für die CDU mit einem Debakel. Für ihren neuen Vorsitzenden ist das keineswegs eine schlechte Nachricht – sondern vielmehr der Auftrag für einen konsequenten Neuaufbau der Union

VON KLAUS KELLE

Ein erster Stimmungstest nach der Bundestagswahl 2021 und dem Regierungswechsel in Berlin sollte die Landtagswahl am Sonntag im Saarland sein. Beim kleinsten deutschen Flächenland mit nicht einmal einer Million Einwohnern und 63 Prozent Wahlbeteiligung sollte man mit Rückschlüssen für das ganze Land sicher zurückhaltend sein. Der Erdrutschsieg der SPD in der einstigen CDU-Hochburg an der Saar wird die Republik nicht erschüttern. Möglicherweise aber die CDU.

Das traurige Erbe der Ära Merkel

Denn für die Union war diese Wahl die erste in einem neuen Abschnitt ihrer Parteigeschichte. Erst Ende Januar hatte die Bundes-CDU nach mehrjährigem Tauziehen den Sauerländer Friedrich Merz im dritten Anlauf an die Spitze der Partei Adenauers und Kohls gewählt. Für viele Mitglieder die letzte Chance, nicht das traurige Schicksal der Democrazia Christiana in Italien teilen zu müssen.

Vor allem für die letzten verbliebenen Unions-Konservativen ist Merz nach den frustrierenden Jahren unter Merkel, Kramp-Karrenbauer und Laschet Hoffnungsträger, obwohl er selbst gar kein Konservativer sein will und wohl auch nicht ist. Und dann zum Einstand gleich ein Geschenk der Parteifreunde von der

Saar: Machtverlust und ein sattes Minus von 12,2 Prozentpunkten.

War es das also schon? Das nächste Strohfeuer an der Spitze der CDU? Vieles spricht dagegen. Denn das Debakel an der Saar ist keineswegs Merz geschuldet, sondern dem farblosen bisherigen Amtsinhaber Tobias Hans. Ein Apparatschik mit klassischer Parteibuchkarriere, Ziehkind der Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer, deren Fußstapfen er nie ausfüllen konnte. Persönlich nicht überzeugend, im Vergleich mit seiner Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger von der SPD, die landauf und landab tourte, um Wähler zu gewinnen, blass und phantasielos. Zudem machte Hans jeden Zeitgeist-Unfug brav mit – also genau das, was die Mehrheit der CDU-Anhänger leid sind: Abkehr von alten Grundüberzeugungen, dafür Gender-Gaga, Ausgrenzung von Impfgegnern und nicht zuletzt die öffentliche Aufforderung an den Parteifreund Hans-Georg Maaßen, die CDU zu verlassen. Einfach weil Konservative nicht mehr gefragt seien.

In der Summe ist die Abwahl von Hans ein Segen für die CDU, denn die Wahl von Merz zum Bundesvorsitzenden ist nicht die Lösung aller Probleme, sondern der erste Schritt, um wieder halbwegs auf altes Wählerniveau zurückzukehren. Weiter geht es mit den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In den beiden erstgenannten Ländern regieren CDU-Minister-

präsidenten, in Hannover sitzt die Partei als Juniorpartner am Kabinetttisch. Auch das können bittere Wahlabende für Merz und die Seinen werden. Besonders in Kiel, wo Ministerpräsident Daniel Günther den gleichen Politikertypus verkörpert wie der Saarländer Hans.

Erneuerung durch Rückbesinnung

Ob Merz der Neuaufbau der CDU gelingen wird, ist also mehr als offen. Die CDU von heute ist längst nicht mehr die Partei Helmut Kohls. Und nicht wenige in der heutigen Führung wünschen ihrem Bundesvorsitzenden von Herzen jeden Misserfolg.

Die CDU muss sich erneuern, natürlich. Aber auf der Grundlage eigener Überzeugungen, auf einem Wertefundament, das das „C“ im Namen noch rechtfertigt, und dann marktwirtschaftlich, europäisch, transatlantisch, familienfreundlich – das ist der Kurs. Deshalb hat früher fast die Hälfte der deutschen Wähler bei der Union ihr Kreuzchen gesetzt.

Niemand wollte vor Merkel eine Union, die sich mit der Frage beschäftigt, wie viele Geschlechter es gibt, ob Windflügel und Sonnenschein ein hochindustrialisiertes Land mit Energie versorgen können und ob man die Atomkraftwerke abschalten sollte. Und niemand war CDU-Mitglied geworden, damit Millionen junger Männer weitgehend unkontrolliert aus dem islamischen Kulturkreis in unsere Sozialsysteme einwandern.

Die Aufgabe, die vor Friedrich Merz liegt, ist gewaltig. Und sie ist vielschichtig, denn ein neues Parteiprogramm, ein paar neue Talente aus der zweiten Reihe – das reicht ja nicht aus. Der Vorsitzende hat nach seiner Wahl auch den Zugriff auf die Bundestagsfraktion gewagt – richtig so. Wer ernsthaft den Anspruch erheben will, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden zu wollen, der muss die Speerspitze der Opposition im Parlament sein und dort die Regierung an jedem einzelnen Tag stellen, im besten Fall vorführen.

Und er muss die Parteizentrale unter Kontrolle bekommen, in der weitgehend noch die Leute der Merkel-Ära hochbezahlt herumhocken und von schwarz-grünen Bündnissen träumen. Nicht zuletzt muss Merz aus der behäbig gewordenen Konrad-Adenauer-Stiftung, die zuletzt als Versorgungsinstitut für altgediente CDU-Politiker erhalten musste, wieder einen schlagkräftigen ThinkTank machen.

Die verlorene Landtagswahl im Saarland ist für die CDU kein Beinbruch, sondern vielmehr Grund für einen konsequenten Neuanfang. Gut möglich, dass weitere Wahlschläppen folgen. Umso konsequenter muss nun das Fundament geschaffen werden für die Zukunft. Auch bei den Köpfen an der Spitze, die mitverantwortlich für den traurigen Zustand der Partei sind. Sie sollten es machen wie Tobias Hans: Verantwortung übernehmen, und ihre Sachen packen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Imnitten einer Energiekrise droht die Schließung eines Tagebaus in der Lausitz Seite 7

Kultur

Kaiser Friedrich Barbarossa – romantischer Inbegriff eines deutschen Herrschers Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Die Anfänge des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. in Nord-Ostpreußen Seite 18

Lebensstil

Die Universitätsstadt Marburg feiert ihren 800. Geburtstag Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Einrichtungsbezogene Impfpflicht Das entsprechende Gesetz lässt viele Fragen ungeklärt. Es drohen ein administratives Chaos und eine Verschärfung des Personalmangels in der Pflege mit regionalen Schwerpunkten

Ist die Versorgungssicherheit gefährdet?

Die Abwanderung dringend benötigter Fachkräfte wird regional unterschiedlich stark ausfallen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im August 2021 versprach die Bundesregierung auf ihrer Internetseite mit Blick auf die zukünftig geplanten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus SARS-CoV-2: „Eine Impfpflicht wird es nicht geben.“ Dieselbe Botschaft verkündete der damalige SPD-Kanzlerkandidat und nunmehrige Bundeskanzler Olaf Scholz am 12. September vorigen Jahres. Ebenso erklärte der damalige geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am 18. November im deutschen Parlament: „Es wird in dieser Pandemie keine Impfpflicht geben.“

Weniger als vier Wochen später, am 10. Dezember 2021, beschloss der Bundestag und der Bundesrat allerdings eine Novellierung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), mit der alle Beschäftigten von Kliniken, Pflegeheimen, Arztpraxen, Rehabilitationszentren und ähnlichen Einrichtungen sowie Rettungs- und Pflegediensten verpflichtet wurden, bis zum 15. März 2022 einen Corona-Impf- oder Genesenen-Nachweis oder ein Attest über Impfunfähigkeit vorzulegen. Der am 12. Dezember 2021 in Kraft getretene und vorerst bis zum 31. Dezember 2022 geltende Paragraph 20a des IfSG läuft auf eine faktische Impfpflicht im Gesundheitswesen hinaus. Beschäftigten, welche die geforderten Nachweise oder Atteste nicht vorlegen, drohen Geldstrafen und weitere juristische Konsequenzen bis hin zum Betätigungs- beziehungsweise Betretungsverbot.

180-Grad-Wende der Politik

Daher ist eine Abwanderung von dringend benötigten Fachkräften zu erwarten, über deren Umfang momentan noch gestritten, gerätselt oder geschwiegen wird. In Frankreich jedenfalls haben nach der Einführung der Impfpflicht im Gesundheitswesen zwei Prozent der dort Arbeitenden das Handtuch geworfen. Auf die Bundesrepublik übertragen, liefe das auf einen Verlust von rund 72.000 Beschäftigten mit ständigem Patientenkontakt hinaus.

Allerdings wären die Auswirkungen nicht überall im Lande gleich. So wurden im Stadtstaat Bremen, in dem der Anteil



Personaldecke dünnt aus: Immer mehr medizinisches Personal kehrt dem Beruf den Rücken

Foto: imago/YAY Images

der „Grundimmunisierten“ an der Gesamtbevölkerung fast neun Zehntel beträgt, bislang nur 562 der rund 60.000 Mitarbeiter im Gesundheitsbereich dem Gesundheitsamt als unentschuldig ungeimpft gemeldet. Mit etwa 90 Prozent Impfquote liegt die Freie Hansestadt auch beim Personal von Kliniken, Heimen und ähnlichen Einrichtungen deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Dahingegen sieht die Lage in Sachsen mit einer allgemeinen Grundimmunisierungsquote von 64,4 Prozent deutlich anders aus. Dort gelten nur drei Viertel der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen als ausreichend geimpft, wobei die Werte zwischen 91 Prozent in Leipzig und rund 50 Prozent im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge schwanken. Ähnliche Verhältnisse herrschen in den Arzt-, Zahnarzt- und Physiotherapiepraxen.

Laut der Landes Zahnärztekammer Sachsen sind ein Viertel der Zahnärzte und vier Zehntel von deren Personal ungeimpft. Weil die Inhaber keine Möglichkeit mehr sehen, den Betrieb aufrechtzuerhalten, oder angesichts der Situation entnervt in den vorzeitigen Ruhestand gehen, werden wohl demnächst 273 Zahnarztpraxen in dem Freistaat schließen. Damit droht eine gravierende Unterversorgung der Bevölkerung.

Bremen und Sachsen sind Extreme

Ähnliche Meldungen kommen aus anderen Bereichen. So berechnete das im Januar 2022 gegründete Therapeutenetzwerk des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, dem 68 Kliniktherapeuten und 227 ambulante Praxistherapeuten angehören, dass bei einer Durchsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht rund 13.800 Therapie-

einheiten pro Woche entfallen müssten. Weil sich die betroffenen Patienten verstärkt in den Kliniken einfinden werden, droht dem Gesundheitswesen in der Region nun ein kompletter Kollaps.

Auch aus Bundesländern, in denen bislang noch keine derart dramatischen Folgen zu erwarten sind, ertönen nun immer öfter kritische Stimmen, die den Sinn und Nutzen des Paragraphen 20a des IfSG in Frage stellen und ein pragmatischeres Vorgehen anmahnen. Stellvertretend für diese sei Benedikt Queins, Leiter eines Pflegeheimes im rheinland-pfälzischen Worms, zitiert: „In den Pflegeeinrichtungen, wo wenige Ungeimpfte arbeiten, wird man sie tolerieren können. In den Einrichtungen, wo viele Ungeimpfte arbeiten, wird man sie akzeptieren müssen. Denn diese Mitarbeiter abzubauen, würde ... die Versorgungssicherheit gefährden.“

OFFENER BRIEF

Widerspruch und Gegenwehr

Die seit dem 16. März geltende faktische Impfpflicht für das Personal in den deutschen Gesundheitseinrichtungen stieß bereits auf vielerlei Widerspruch und Gegenwehr. Diese reichte von noch nicht bearbeiteten Petitionen zu Händen des Petitionsausschusses des Bundestages über einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht, der am 10. Februar abgelehnt wurde bis zu diversen regionalen Initiativen wie dem offenen Brief von 104 Medizinern aus dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge vom 30. Januar an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und sächsische Politiker. In diesem Schreiben, dem sich 481 Therapeuten aller Art anschlossen, heißt es: „Wir fordern Sie hiermit auf, sich umgehend für ein Aussetzen der Impfpflichtregelung und für eine freie Impfscheidung einzusetzen.“ Hierauf reagierten nur die Landes Zahnärztekammer und der Landrat Michael Geisler (CDU), der im Juni dieses Jahres wiedergewählt werden möchte und vollstes Verständnis für das Anliegen der Mediziner äußerte.

Parallel hierzu verlaublich das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, jeder Kassenarzt habe „die Verpflichtung, in bestimmten Öffnungszeiten seiner Praxis und durch Mitwirkung im Bereitschaftsdienst die Versicherten zu versorgen“. Das gelte auch für den Fall einer Verhinderung durch fehlende Corona-Impfungen. Ansonsten müsste „die Kassenärztliche Vereinigung disziplinarische Maßnahmen veranlassen“. „Gröbliche vertragsärztliche Pflichtverletzungen“ könnten in letzter Konsequenz zum Entzug der Kassenzulassung führen.

Auf mehr Rückhalt dürfen die Angestellten im Gesundheitsbereich hoffen, sofern sie Mitglied in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft sind. Verdi will nach eigenen Angaben Entlassungen von Ungeimpften verhindern und den Betroffenen „in aller Regel Rechtsschutz“ bieten, „natürlich immer vorbehaltlich einer individuellen Prüfung“. W.K.

THEORIE UND PRAXIS

Viele brisante Fragen sind noch ungeklärt

Nur auf den ersten Blick erscheint die Durchsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einfach

Gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie“ melden die medizinischen Einrichtungen als erstes alle Mitarbeiter ohne Impf- oder Genesennachweis beziehungsweise Attest an das zuständige Gesundheitsamt. Das Amt fordert die Betroffenen anschließend auf, die entsprechenden Papiere nachzureichen. Dem folgt im Weigerungsfalle ein Bußgeld von bis zu 2500 Euro und in letzter Konsequenz schließlich ein Betretungs- und somit auch Arbeitsverbot.

In der Praxis wird das Ganze etwas komplizierter. Die Gesundheitsämter sind schon jetzt chronisch überlastet und un-

Der bürokratische Aufwand ist enorm. Und dabei sind die Gesundheitsämter schon jetzt chronisch überlastet und unterbesetzt

terbesetzt und der bürokratische Aufwand ist enorm. Die Ämter müssen nicht nur sämtliche Nachweise auf Echtheit und medizinische Plausibilität prüfen, sondern auch entscheiden, ob ein Mitarbeiter ohne Nachweis in seiner Einrichtung entbehrlich ist oder nicht. Denn im letzteren Falle sollen die Betroffenen vorerst weiterarbeiten können. Viele Ausgesperrte dürften den Klageweg beschreiten, was die Gesundheitsämter zusätzlich belasten würde.

Angesichts all dessen steht zu vermuten, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht in einem ähnlichen administrativen Chaos enden wird wie die Corona-Nachverfolgung seit Beginn des Auftretens der Omikron-Variante. Dieses gilt umso mehr, als fraglich ist, inwieweit die

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht droht in einem ähnlichen administrativen Chaos zu enden wie die Corona-Nachverfolgung seit Beginn des Auftretens der Omikron-Variante

Bundeswehr angesichts des Ukrainekrieges für Amtshilfe Ressourcen frei hat.

Und dann wären da noch die vielen brisanten Fragen, zu denen das Gesetz keine Antworten liefert: Was gilt für die Zeit bis zu einer Entscheidung des Gesundheitsamtes, die nach Lage der Dinge durchaus lang ausfallen kann? Darf die entsprechende Person solange weiterarbeiten? Wie steht es bei einer Freistellung vor oder nach der Entscheidung der Behörde um die Vergütung? Wird diese vom Arbeitgeber geschuldet oder nicht? Und was noch wichtiger ist: Haben Arbeitgeber das Recht oder gar die Pflicht, Ungeimpften zu kündigen, die nicht die gewohnte Arbeitsleistung, für die sie bezahlt werden, erbringen, weil sie sie nicht erbringen dürfen? W.K.

Der Exodus des liberalen Russland

Im Schatten von Wladimir Putins Krieg gegen die Ukraine verlassen immer mehr russische Intellektuelle und Künstler das Land. Neben dem Verlust seines Ansehens in der Welt droht Russland so auch ein irreversibler Schaden an seiner geistigen Substanz

VON TATIANA FIRSOVA

Für Russland ist der Krieg gegen die Ukraine ein großes Debakel. Neben der weitgehenden internationalen Ächtung und den damit verbundenen Wirtschaftssanktionen verliert das Land auch einen Großteil an unabhängigen Köpfen. Immer mehr Russen kehren ihrem Land derzeit den Rücken, darunter viele Bürger, die trotz zahlreicher Schikanen der Sicherheitsapparate in den letzten Jahren an eine friedliche und demokratische Entwicklung ihres Landes glaubten – und diesen Glauben nun aufgegeben haben.

Zerschlagene Medien

Vorn dabei in der Flüchtlingswelle sind oppositionelle Personen des öffentlichen Lebens, Künstler, Menschenrechtler, Journalisten, aber auch einfache Bürgerinnen und Bürger, sofern sie es sich leisten können. Mit dem Beginn des russischen Angriffes auf die Ukraine wurden die wenigen letzten unabhängigen Medien des Landes sowie Aktivisten der Zivilgesellschaft einem erhöhten Druck ausgesetzt. Beinahe jeden Tag führt die Moskauer Regierung neue Verbote ein, die jede freie Meinungsäußerung erschweren.

Bereits am 2. März teilte deshalb auch Tichon Dsjadko, Chefredakteur des unabhängigen Senders „Doschd“ (russisch: „Regen“), mit, dass er das Land „für eine Weile“ verlässt. Nach der rechtswidrigen Sperrung der Webseite von „Doschd“, der Social-Media-Kanäle sowie nach Drohungen gegen Mitarbeiter des Senders fürchteten die Journalisten des Senders für ihre persönliche Sicherheit. Laut dem Facebook-Account von Katerina Kotrikadse, der Frau und Kollegin von Dsjadko, ist die Familie nun in Tiflis, wie viele Russen, die flohen. Ähnliches berichten auch Freunde von mir aus Moskau: Ihre Bekannten gingen nach Georgien, Armenien und Serbien. Andere Fluchtrichtungen sind die Türkei oder Israel.

Die Geographie der Fluchtbewegungen ist verständlich: Für Georgien und Armenien brauchen russische Staatsbürger kein Visum. Für Serbien schon, allerdings dürfen Russen dort ohne Visum 30 Tage lang bleiben. Ebenso kein Visum brauchen Russen für Israel. Andere konnten es auch nach Europa schaffen, was wesentlich schwieriger ist: Denn für die EU brauchen Russen ein Visum, sofern sie keinen gültigen Aufenthaltstitel oder eine Staatsbürgerschaft der Union haben. Zu Besuch nach Deutschland zu kommen ist schwierig, ohne speziellen Grund wird kein Visum erteilt. Außerdem sind die russischen Impfstoffe in der EU nicht anerkannt. So kann es passieren, dass man nach einer glücklichen Flucht in Deutschland erstmal in die Quarantäne muss – und dann zur Impfstation. Deswegen gilt die Ausreisemöglichkeit eher als ein Privileg.

Über die Zahl der russischen Migranten gibt es unterschiedliche Angaben. Manche Experten schätzen, dass seit Kriegsausbruch bis zu 300.000 Russen das Land verlassen haben. Andere Experten halten diese Angaben für übertrieben. Sie geben zu bedenken, dass erstens nicht genau klar ist, wie lange die Ausgewanderten in ihrem jeweiligen Gastland bleiben dürfen, und dass es zweitens keine genaue Statistik gibt, die diese Bewegung erfasst. Klar scheint lediglich, dass der Exodus auch dann hoch ist, wenn es nur ein paar Dutzende Tausend binnen weniger Wochen sind. Zum Vergleich: Laut Bundeszentrale für politische Bildung stellten während des gesamten Jahres 1978 11.287 DDR-Bürger einen Übersiedlungsantrag nach Westdeutschland bzw. West-Berlin; 1984 waren es 36.699.

Parallel zu der Fluchtbewegung sind die Zustimmungswerte für den russischen Präsidenten Putin keinesfalls gesunken. Laut dem



Eines der vielen Opfer des neuen geistigen Klimas in Russland: Der unabhängige Sender „Doschd“, der Anfang März seinen Betrieb einstellte, um nicht der staatlichen Propaganda Folge leisten zu müssen

Foto: pa

Kreml-nahen Meinungsforschungsinstitut FZIAM stieg die Unterstützung sogar von 64 Prozent am 20. Februar 2022 auf 79 Prozent am 20. März. An der Glaubwürdigkeit dieser Umfrage darf man zweifeln, die Tendenz ist jedoch eindeutig und hat sich in zahlreichen Privatgesprächen von mir selbst und von meinen Freundinnen und Freunden vor Ort sowie bei der Beobachtung der sozialen Medien bestätigt.

Ein Klima der Angst für freie Geister

Wie der Sender „Doschd“ sind auch fast alle anderen unabhängigen Medien in Russland entweder zerschlagen oder gesperrt, mit Ausnahme vielleicht einiger regionaler Medien. Am Montag hat sich das Team der „Nowaja Gazeta“, die vom Friedensnobelpreisträger Dmitri Muratow geleitet wird, von ihrem Publikum verabschiedet. Die Zeitung erhielt von der russischen Medienbehörde „Roskomnadzor“, die seit Langem umgangssprachlich als „Behörde der Schande“ (Roskomposor) bezeichnet wird, eine weitere Warnung und entschied sich dafür, den Druck sowie ihre Online-Berichterstattung einzustellen: Vorerst „bis zum Ende der ‚Sonderoperation auf dem Territorium der Ukraine‘“, so die Redaktion. Allein ein Verstoß gegen das Verbot der russischen Regierung, den Krieg als Krieg zu nennen und lediglich als „Sonderoperation auf dem Territorium der Ukraine“ zu bezeichnen, kostet viel: 5 Millionen Rubel (etwa 45.000 Euro). Die „Verbreitung von Fake News über die Handlungen der russischen Armee im Ausland“ ist noch teurer: Für dieses Vergehen drohen bis zu 15 Jahren Haft.

Am 27. März 2022 sprach der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj per Videoschaltung mit vier russischen Journalisten. Neben Dsjadko nahmen daran auch sein Vorgänger bei „Doschd“, Michail Sygar, sowie der Chefredakteur des russischsprachigen Online-Mediums „Meduza“ mit Sitz in Riga, Iwan Kolpakow, und Wladimir Solowjow,

Journalist der Zeitung „Kommersant“, teil. „Meduza“ ist in Russland als „ausländischer Agent“ eingestuft und dazu noch blockiert, doch „Kommersant“ bleibt zugänglich. Die Zeitung gehört dem russischen Oligarchen Alischer Usmanow. Gleich am 27. März kam von „Roskomnadzor“ eine neue Drohung: Ermittlungen seien bereits eingeleitet. Und „Kommersant“ verzichtete darauf, das Interview zu veröffentlichen.

Eine unabhängige Berichterstattung ist untersagt, Facebook und Instagram sind blockiert und nur über eine spezielle Verbindung – VPN – möglich. Aber darf man noch atmen, sprich: reden? Die Gespräche mit Freunden, die in Moskau blieben, sagen: nicht wirklich. Eine Freundin, die immer unpolitisch war, verzichtet nun auf ihre Social-Media-Kanäle und konzentriert sich ausschließlich auf ihre Arbeit, andere lesen Telegram-Kanäle und kritisieren flüsternd die Regierung. Privat, nicht öffentlich. War es in einem Land, in dem der Stalinismus und die kommunistische Diktatur nie wirklich verarbeitet wurden, auch früher schon heikel, seine Meinung laut zu sagen, ist es nun richtig gefährlich. Im Jahr 2006 habe ich den Film „Das Leben der Anderen“ über die Abhörpraktiken der Stasi eher als Unterhaltung geschaut, vor ein paar Tagen habe ich ihn erneut angeschaut und viele bittere Parallelen zur jetzigen Situation in Russland festgestellt.

Künstler auf der Flucht

Apropos Filmindustrie. Genauso bekannt wie „Das Leben der Anderen“ ist Wolfgang Beckers Film „Good Bye, Lenin!“ aus dem Jahr 2003. Die Rolle der Krankenschwester Lara darin, in die sich der Hauptprotagonist Alex, gespielt vom Daniel Brühl, verliebt, besetzt die russische Schauspielerin Tschulpan Chamatowa. Auch sie ist nun zur Emigrantin geworden. „Lara“ wohnt zurzeit in Lettland.

Im Februar 2022 unterschrieb die Schauspielerin einen Brief gegen die russische In-

vasion in die Ukraine – und im März 2022 verließ sie Russland. In einem Interview sagte Chamatowa, dass ihr „Bescheid gegeben wurde, dass sie am besten nicht nach Russland zurückkehren soll“. Von wem, sagte die Schauspielerin nicht. Chamatowa hat drei Kinder, und in dem emotionalen Gespräch mit der Journalistin Jekaterina Gordejewa sagte sie, dass sie um diejenigen Menschen, die in Russland bleiben und nicht ausreisen können, sehr besorgt sei.

Die Entscheidung zu gehen fiel der bekannten Schauspielerin schon allein wegen ihres Berufs und ihrer Kinder keineswegs leicht. Sie gehörte nicht zur Opposition und nahm 2012 sogar an der Wahlkampagne von Putin teil. In einem Video erzählte sie damals, warum sie für Putin stimmen werde. Für diesen Schritt wurde sie von der Opposition in Russland heftig kritisiert, ihre Verteidiger verwiesen auf ihren sozialen Einsatz, hatte Chamatowa doch 2006 gemeinsam mit der russischen Schauspielerin Dina Korsun die Stiftung „Podari schisn“ (deutsch: „Schenke das Leben“) gegründet, die sich um krebserkrankte Kinder kümmert. Auch dieses Engagement leidet nun unter dem Krieg.

Eine andere prominente Emigrantin ist Olga Smirnowa, Primaballerina des Bolschoi-Balletts. Sie tanzt künftig in Amsterdam. Vor zwei Wochen ist sie angekommen, das Niederländische Nationalballett hat sie sofort aufgenommen. Im Interview mit dem niederländischen Fernsehen bezeichnete sie den russischen Angriff als „einen absoluten Albtraum“. Viele Russen, meint Smirnowa, denken genauso wie sie, aber sie „haben Angst um sich und um ihre Familien“. Deshalb schweigen sie.

Ein großer Verlust für die russische Zivilgesellschaft ist der Weggang der Kulturwissenschaftlerin und Germanistin Irina Scherbakowa. Sie beschäftigte sich jahrelang mit den Opfern des Stalinismus und gehörte zu den Mitbegründern der bekanntesten Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Auch „Memorial“ ist nun verboten – und Scherbakowa ist in Israel. Der russische Angriff ist „absolut unerträglich“, so Scherbakowa gegenüber der „Welt am Sonntag“. Zudem wollte sie nicht mehr länger mit ansehen, wie in ihrer Heimat „die letzten Freiheiten mit Füßen getreten werden“.

Spekulationen über den Entzug der Staatsbürgerschaft

Ob diese und andere Intellektuelle jemals wiederkommen, ist ungewiss. Ebenso, ob Russland sie überhaupt zurücklassen würde. Schon machen erste Spekulationen über ein sogenanntes „Überläufer-Gesetz“ die Runde, wonach die Staatsbürgerschaft derjenigen, die die Russische Föderation verlassen, gekündigt werden soll. Zwar bezeichnete der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, die Gerüchte über ein solches Gesetz inzwischen als „völligen Unsinn und Fiktion“ und versicherte, dass es derlei Pläne „nicht gibt und nicht geben wird“. Andererseits hat Moskau auch monatelang die Vorbereitungen des Krieges gegen die Ukraine dementiert und entsprechende Berichte im Westen über seine staatlichen Medienkanäle verspottet. In Russland sagt man, dass genau das, was von der Regierung dementiert wird, am Ende passieren wird.

Sicher ist jedoch, dass Russland mit dem gerade stattfindenden intellektuellen Exodus jene Köpfe verliert, die es eigentlich bräuchte, um eines Tages wieder ein lebens- und lebenswertes Land zu werden – in dem die Russen gern leben und vor dem sich niemand fürchten muss.

● **Tatiana Firsova** arbeitet als Auslands-korrespondentin für die russische private Presseagentur „Interfax“ sowie als freie Journalistin in Berlin.

—
Eine unabhängige Berichterstattung ist untersagt, Facebook und Instagram sind blockiert und nur über eine spezielle Verbindung möglich. Aber darf man noch atmen, sprich: reden? Die Gespräche mit Freunden, die in Moskau blieben, sagen: nicht wirklich

MELDUNGEN

Protest gegen Dieselpreise

Berlin – Bundesweit ist es zu Protesten von Lkw-Fahrern gegen die hohen Dieselpreise gekommen. Organisiert von mehreren Speditionen in Brandenburg haben mehrere Dutzend Lkw-Fahrer eine Schleichfahrt auf der Berliner Stadtautobahn durchgeführt. Forderung der Fahrer war eine Senkung der Mineralölsteuer um 50 Cent. In der Kölner Innenstadt haben sich Mitte März sogar mehrere hundert Lkw-Fahrer zu einer Kundgebung auf dem Messeparkplatz versammelt. Auch in Hamburg beteiligten sich nach Polizeiangaben 250 Fahrer am 19. März an einer Brummi-Demo, die durch die Innenstadt führte. An den Fahrzeugen hingen Transparente mit Aufschriften wie „Nein zur Diesel-Abzocke“. Wegen der Preis-Explosion für Diesel und Gaskraftstoffe hat der Branchenverband Güterverkehr und Logistik Bundeswirtschaftsminister Habeck (Grüne) aufgefordert, „seine Verantwortung für den deutschen Mittelstand wahrzunehmen und einen Gewerbediesel einzuführen“. N.H.

Eilantrag abgewiesen

Berlin – Die linksradikale Tageszeitung „junge Welt“ („jW“) wird vorerst weiter im Verfassungsschutzbericht mit einem Eintrag genannt. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin entschieden und einen Eilantrag der Zeitung abgewiesen. Der Verlag wehrt sich dagegen, dass sie in Verfassungsschutzberichten als „kommunistisch ausgerichtete Tageszeitung“ aufgeführt wird. Das Gericht entschied, es sei der Zeitung zuzumuten, das Hauptsacheverfahren abzuwarten. Im Jahr 2005 hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zugunsten der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hohe Hürden für die Überwachung eines Verlags aufgestellt. Es müssten konkrete Anhaltspunkte für ein „Gefährdungspotential“ durch die Zeitung gegeben sein. Laut dem Bundesinnenministerium sei das bei der „jW“ gegeben, weil sie für Aktivitäten des „linksextremistischen Spektrums“ mobilisiere. P.E.

Aufzucht lohnt nicht

Berlin – Der Deutsche Bauernverband warnt vor einem Rückgang des Gemüseanbaus in Deutschland. Lilian Heim, Geschäftsführerin des Bundesausschusses Obst und Gemüse beim Deutschen Bauernverband, sagte gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Viele Gewächshäuser bleiben derzeit einfach leer. Die Aufzucht lohnt sich nicht.“ Als Gründe nennt die Verbandsvertreterin zu hohe Energie-, Düng- und Personalkosten. Betroffen ist nach Angaben des Bauernverbandes beispielsweise der Anbau von heimischen Tomaten, Gurken oder Topfkräutern. Gewächshausbetreiber würden derzeit sehr genau abwägen, ob sich die Aufzucht entsprechender Setzlinge lohne, so Heim. Die Vertreterin des Deutschen Bauernverbandes sieht als wahrscheinliche Folge ein Zurückgehen des Angebots deutscher Produkte. „Was das für die Preise in den Supermärkten bedeutet, bleibt abzuwarten“, so Heim. N.H.



Ihre Parteien gewannen am meisten Stimmen: Christian Wirth (AfD), Tobias Hans (CDU), Lisa Becker (Grüne) und Anke Rehlinger (SPD, von links) Foto: pa

SAARLANDS LANDTAG

Drei Parteien und zwei Fraktionen

Wenn die Grünen draußen und die drei AfD-Abgeordneten uneins bleiben, werden nur die traditionellen Volksparteien Fraktionen bilden

VON PETER ENTINGER

Wenn man das Wahlergebnis der Landtagswahl im Saarland analysiert, kann man sich an die 80er Jahre erinnern fühlen. In dessen neuen Parlament werden lediglich drei Parteien vertreten sein, am Ende könnte es gar nur zwei Fraktionen geben. Mittlerweile hatte man sich in Deutschlands Parlamenten an mindestens vier Fraktionen gewöhnt

Die SPD – das stand bereits am Sonntagabend kurz nach Schließung der Wahllokale fest – wird mit der 45-jährigen Anke Rehlinger erstmals seit 1999 wieder den saarländischen Ministerpräsidenten stellen. Der fast zwei Jahre jüngere Amtsinhaber

von der CDU, Tobias Hans, der 2018 die Nachfolge der erst kurz zuvor wiedergewählten Annegret Kramp-Karrenbauer angetreten hatte, stürzte in der Wählergunst unter die 30-Prozent-Marke ab. Das ist das schlechteste Resultat für die Christdemokraten, seit das Saarland zur Bundesrepublik gehört. Hans, für manche bis zum Wahlsonntag einer der wenigen jüngeren Hoffnungsträger in der Nach-Merkel-Ära der CDU, übernahm noch am Abend die Verantwortung und wird sich zunächst auf die Hinterbänke des Landtags zurückziehen, bis er dem Vernehmen nach einen der im Saarland berichtigten „Versorgungsposten“ in einer staatlichen Gesellschaft antreten wird.

Neben der SPD, die mit 43,5 Prozent ein Ergebnis wie zuletzt in den 90er Jah-

ren einfuhr, und der arg gerupften CDU, schaffte es nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis nur noch die AfD mit 5,7 Prozent ins Parlament. Die Protestpartei, die sich vor lauter Streitigkeiten nicht einmal auf einen Spitzenkandidaten einigen konnte, wird drei Abgeordnete über die Kreislisten in den Landtag entsenden. Eine Gruppe von Parteimitgliedern hatte im Januar heimlich die Landesliste zurückgezogen, um einen unliebsamen Kandidaten zu verhindern.

„Chaos-Haufen“

Der bisherige Fraktionschef und Saarbrücker Listenführer Josef Dörr ist in erster Instanz aus der Partei ausgeschlossen. Der Spitzenkandidat von Neunkirchen, Christoph Schaufert, wurde einige Wo-

chen vor der Wahl seiner Ämter enthoben und soll ebenfalls ausgeschlossen werden. Bleibt mit dem Saarlouiser Kreisvorsitzenden Carsten Becker ein reguläres Parteimitglied. Der schloss allerdings die Bildung einer Fraktion mit Dörr kategorisch aus. „Unfassbare Zustände“ attestierte der Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Christian Wirth seiner Partei und spricht von einem „Chaos-Haufen“. Drei Abgeordnete sind nötig, um eine Fraktion bilden zu können.

Wirth ist den Kandidaten so weit entgegengerückt, dass man selbst ausgeschlossenen Mitgliedern die Möglichkeit einer Teilnahme an der Fraktion offenhalten möchte. Denn keine Fraktion bedeute, „dass wir wie verloren sind“, sagte der Bundestagsabgeordnete. Dass es zu einer Fraktionsbildung kommt, glaubt er aber nicht. „Es sieht düster aus“, sagte er am Wahlabend: „Man kann inzwischen gar nicht mehr überblicken, wie viele verschiedene Lager es innerhalb der AfD im Saarland gibt.“

Über 20 Prozent ohne Vertretung

Von internen Streitigkeiten zerfressen waren in den vergangenen Monaten auch die Grünen, die bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst nach einer juristischen Posse gar nicht erst auf dem Stimmzettel auftauchten. Mit 4,995 Prozent verpasste die Öko-Partei am Sonntag vorläufig den Einzug in den Landtag. Dass eine Nachzählung doch noch die fehlenden 23 Stimmen bringen könnte, wollte selbst die Landeswahlleiterin am Wahlabend nicht ausschließen.

Lange Gesichter gab es auch bei den Liberalen, denen auch im dritten Anlauf der Wiedereinzug misslang. Mit 4,8 Prozent verfehlte die FDP auf den letzten Metern den sicher geglaubten Wahlsieg. Dabei hatten die Liberalen noch vor sechs Wochen in den Umfragen bei acht Prozent gelegen.

Noch brutaler ist der Absturz der Linkspartei, die nach dem Austritt ihres früheren Vorsitzenden Oskar Lafontaine von 12,2 auf 2,6 Prozent absackte und wohl auch künftig im Saarland keine Rolle mehr spielen wird.

Mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen sind somit nicht im Saarbrücker Landtag repräsentiert. Denn neben der Tierschutzpartei mit 2,3 Prozent erreichten auch die Freien Wähler, die Querdenkerpartei „Die Basis“, die Grünen-Abspaltung Bunt.Saar und die Satiregruppe „Die Partei“ mit 1,7, 1,4, 1,4 beziehungsweise 1,0 Prozent nennenswerte Stimmenanteile. (Siehe Porträt auf Seite 8)

„ZEITENWENDE“

Eine Volksgruppe zwischen den Fronten

Der Ukrainekrieg stellt die Russlanddeutschen in Deutschland wie Russland vor eine Zerreißprobe

Obwohl jeder 20. Wähler in der Bundesrepublik ein Russlanddeutscher ist und ihre Integration in die Bundesrepublik ansonsten als gelungen bezeichnet werden kann, hat es bis 2017 nur der Christdemokrat Heinrich Zertig in den Bundestag geschafft. Er gehörte von 2013 bis 2017 dem 18. Bundestag an. Seit 2017 gibt es Bundestagsabgeordnete mit russlanddeutschem Hintergrund noch in der AfD-Fraktion, von 2017 bis 2021 zwei und seitdem wieder nur einen: Eugen Schmidt. Dieser gilt seit dem russischen Angriff auf die Ukraine als „Putins Mann im Bundestag“, weil er gegen die Sanktionen eintritt und den russischen Propagandaapparat entgegen den Richtlinien seiner Partei mit Material beliefert. Mit nur noch einem Vertreter im Bundestag ist die Meinungsvielfalt, die es heute auch unter den Russlanddeutschen in der Bundesrepublik gibt, dort nicht abgebildet.

Nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 gehörten die über

zwei Millionen Russlanddeutschen zu dessen ersten Opfern. Für Jahrzehnte verschwanden sie in sowjetischen Straf- und Sonderlagern. Ihre Wolgarepublik wurde aufgelöst. Und bis heute wurden sie nicht rehabilitiert.

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 bekamen sie wie alle Sowjetbürger Reisefreiheit. Acht Zehntel der Volksgruppe nutzten diese um nach Deutschland auszusiedeln. Ursache hierfür war die schwere Wirtschaftskrise, die mit dem Zerfall der UdSSR einherging, und die Weigerung der russischen Regierung unter Präsident Boris Jelzin die Wolgadeutsche Republik wiederherzustellen.

Nach dem Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahre 2000 ging die Massenauswanderung von Russlanddeutschen aus Russland stark zurück. Ab dem Jahre 2010 kam sie ganz zum Erliegen. Seitdem haben sich die Migrationsbewegungen zwischen Russland und Deutschland einander angenähert. In manchen

Jahren übertraf sogar die Zahl der Wanderungen von Deutschland nach Russland die in umgekehrter Richtung.

Auf die wirtschaftliche und soziale Katastrophe, die Russland in den 1990er Jahren durchlebte, folgte unter Putin eine gewisse wirtschaftliche Erholung. In Deutschland war das Leben vieler russlanddeutscher Immigranten, vor allem der vielen kinderreichen Familien unter ihnen, dagegen schwer.

Unter Putin erreichten viele der im Lande verbliebenen 350.000 Deutschen hohe Positionen, wie die Oligarchen Alexej Miller (Gazprom) oder Sberbank-Chef Herrmann Gräf, oder auch der Gouverneur Eduard Rossel in Jekaterienburg. Heute gibt es – mit Ausnahme des Militärs – viele Russlanddeutsche in russischen Führungspositionen, darunter drei Duma-Abgeordnete. Führungskräfte zieht es nicht nach Deutschland. Während Alte und Kranke weiterhin wegen der besseren Betreuungsangebote nach Deutschland

ausiedeln, zieht es junge dynamische Familien wieder zurück nach Russland. Putin versucht nicht ohne Erfolg, mit gezielten finanziellen Anreizen gerade solche Familien zurückzugewinnen.

Die in den 1980er Jahre basisdemokratisch entstandene Bewegung der Wiedergeburt wanderte in den 1990 fast geschlossen nach Deutschland aus. An ihre Stelle trat der Internationale Verband der deutschen Kultur (IVDK), der 1991 von dem Ehepaar Martens in Moskau gegründet wurde. Als Dachverband vertritt der IVDK die Interessen aller Begegnungszentren der Russlanddeutschen auf gesamtstaatlicher Ebene und verwaltet deshalb auch alle bundesdeutschen Hilfsprogramme für die Russlanddeutschen. Der IVDK gibt seit 1998 die „Moskauer Deutsche Zeitung“ („MDZ“) als Wochenzeitung heraus. Sie ist das einzige Medium das von der einst sehr vielfältigen russlanddeutschen Medienlandschaft übrig geblieben ist. Bodo Bost

FLÜCHTLINGSSTROM I

Die Hälfte will bleiben

Auf ukrainischer Seite wächst die Angst vor der Entvölkerung des eigenen Landes

VON NORMAN HANERT

Bei einem Besuch im Landesamt für Einwanderung prognostiziert Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD), dass angesichts von etwa 10.000 ukrainischen Flüchtlingen, die tagtäglich in der Hauptstadt ankommen, „wahrscheinlich 50.000 bis 100.000 Menschen“ in der Stadt bleiben werden. „Das ist immerhin ein Drittel Bezirk. Das ist eine sehr große Herausforderung“, so Giffey.

Der Berliner Senat trifft inzwischen Vorbereitungen, 250 sogenannte Willkommensklassen zu organisieren. Später sollen die ukrainischen Kinder dann nach den Vorstellungen der Bildungsverwaltung in reguläre Schulklassen wechseln. Giffey begründet den Plan für die ukrainischen Kinder: „Egal, wie lange sie bleiben, es wird ihnen nützen, dass sie hier in unserem Schulsystem auch ganz normal beschult werden.“

Die ukrainische Generalkonsulin in Deutschland, Iryna Tybinka, hat daran allerdings Zweifel. In einer Rede vor der Kultusministerkonferenz am 10. März bedankte sich Tybinka für die Bereitschaft, ukrainische Flüchtlingskinder aufzunehmen und bald zu beschulen. Allerdings lehnt sie die Willkommensklassen ab. Stattdessen fordert die Generalkonsulin, die ukrainischen Flüchtlingskinder in Deutschland sollten nach dem ukrainischen Lehrplan unterrichtet werden. Mit Bezug auf die Pläne der deutschen Bildungsminister sagte Tybinka, „die sogenannten Integrationsklassen würden für die ukrainischen Kinder eine Wand des Unverständnisses, das Gefühl der Minderwertigkeit und des geringen sozialen Schutzes bedeuten“.

Seit 1991 dramatisch geschrumpft

Die Warnung der ukrainischen Generalkonsulin spiegelt möglicherweise nicht nur eine Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems wider. Die Fluchtbewegung aus der Ukraine verschärft ein schon länger bestehendes Problem des osteuropäischen Landes. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 befindet sich die Ukraine in einem kontinuierlichen demographischen Schrumpfungsprozess.



Von Kiew nicht gewollt: Willkommensklasse mit ukrainischen Schülern im Berliner Lessing-Gymnasium

Foto: pa

Nach Daten der Weltbank lebten im Jahr 1991 noch 52 Millionen Menschen in der Ukraine. Bis 2014 war die Bevölkerungszahl in dem flächenmäßig nach Russland zweitgrößten Staat Europas auf nur noch etwa 45 Millionen gesunken. Mit der Hinwendung zur EU im Jahr 2014 begann die nächste Etappe der Abwanderung. Schon vor dem russischen Einmarsch, so schätzen polnische Experten, hielten sich bis zu 1,3 Millionen ukrainische Bürger in Polen auf. Vollerorts füllten die Ukrainer auf dem Arbeitsmarkt die Lücken, die Polen hinterlassen haben, die zum Arbeiten nach Großbritannien, Deutschland oder in die Niederlande gegangen sind. Als Folge macht sich insbesondere in der Westukraine schon seit Jahren eine Arbeitskräftemangel in arbeitsintensiven Branchen breit.

Mit 1,35 Kindern pro Frau erreichte die Geburtenrate in der Ukraine vor einigen Jahren zudem auch einen weltweit seltenen statistischen Tiefstwert. Insgesamt sehen Demographieforscher die Entwick-

lung der vergangenen Jahrzehnte als ein Extrembeispiel für eine schnell schrumpfende Gesellschaft. Bevölkerungsexperten der Vereinten Nationen gingen noch vor dem russischen Einmarsch davon aus, dass die Bevölkerungszahl der Ukraine bis zum Jahr 2050 auf 36 Millionen absinken werde.

Dänemark sendet anderes Signal

Krieg, Flucht und Vertreibung könnten dazu führen, dass die Prognosen von sich zunehmend entvölkernden Landstrichen noch früher eintreten. Aus ukrainischer Sicht besteht insbesondere die Gefahr, dass ein großer Teil der Flüchtlinge auch nach dem Ende des Krieges nicht mehr in das Land zurückkehren wird. Tatsächlich geht Berlins Landesamt für Einwanderung davon aus, dass rund 50 Prozent der Flüchtlinge aus der Ukraine dauerhaft in Berlin bleiben möchten.

Auch Giffey hat deutlich gesagt, dass sie einer Integration der Ukraine-Flüchtlinge in Deutschland aufgeschlossen ge-

genüber stehe. Dem „Focus“ sagte sie: „Unsere Haltung muss sein: Ihr könnt bleiben und auch arbeiten. Eure Kinder können zur Schule gehen. Und: Wir brauchen euch. Deutschlands größtes Wachstumshemmnis ist der Fachkräftemangel.“

Die Botschaft, die Dänemarks sozialdemokratische Regierungschefin Mette Frederiksen an die Flüchtlinge sendet, ist dagegen deutlich anders. Auch Deutschlands nördliches Nachbarland hat ein Gesetz erlassen, das den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Bildungssystem und zum dänischen Sozialstaat ermöglicht.

Frederiksen betonte aber auch, dass der Aufenthalt der Flüchtlinge in Dänemark nur vorübergehend sei. Sobald die Möglichkeit für eine Rückkehr ins Heimatland bestehe, sollte diese auch genutzt werden, um beim Wiederaufbau des Landes zu helfen. Dänemark würde dann wiederum die Chance erhalten, anderen Flüchtlingen helfen zu können, so die Ministerpräsidentin.

FLÜCHTLINGSSTROM II

Die Schattenseiten der Großzügigkeit

EU-Massenzustromregelung stellt auch Berlin und Brandenburg vor große Probleme

Für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine greifen die Innenminister der EU-Länder erstmals auf die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie zurück, was auch im Raum Berlin Folgen zeitigt. Diese soll Flüchtlingen eine schnelle und unbürokratische Aufnahme ermöglichen. Geschaffen hat die EU die Regelung bereits im Jahr 2001 als Konsequenz der Kriege im früheren Jugoslawien.

Die Flüchtlinge aus der Ukraine erhalten auf der Grundlage der Regelung auf dem gesamten Gebiet der EU zunächst für ein Jahr ein Aufenthaltsrecht, ohne dass sie dafür einen Asylantrag stellen müssen. Zugleich sichern alle EU-Länder den Kriegsflüchtlingen auch gemeinsame Mindeststandards zu, etwa den Zugang zu Sozialhilfe und zu einer Arbeitserlaubnis. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nannten die Aktivierung der

Massenzustromrichtlinie eine „historische Entscheidung“.

Nachdem die Regelung nun seit einigen Wochen angewendet wird, zeigen sich allerdings auch die problematischen Seiten der unbürokratischen Lösung. Mit der automatischen Zusicherung eines Aufenthaltsrechts entfällt für die ukrainischen Flüchtlinge beispielsweise die Verpflichtung, sich nach der Einreise in die EU registrieren zu lassen.

Als Folge liegen den Behörden bislang keine verlässlichen Angaben vor, wie viele Menschen über die Massenzustromlinie nach Deutschland gekommen sind, ohne sich bei den Behörden zu melden. Polens Grenzsicherer haben seit Beginn des russischen Einmarschs am 24. Februar 2,3 Millionen Menschen gezählt, die aus Richtung Ukraine in Polen eingereist sind.

Offizielle Angaben, wie viele der Kriegsflüchtlinge in Polen geblieben und

wie viele in andere EU-Staaten weitergereist sind, liegen den Behörden allerdings nicht vor. Trotz der besonderen Lage verzichtet die deutsche Bundespolizei bislang darauf, an Oder und Neiße lückenlose Einreisekontrollen durchzuführen. Ministerin Faeser lehnt bislang sogar die Registrierung aller Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland ab. Auch die Warnungen von Unionspolitikern vor einer Sicherheitslücke wies die SPD-Politikerin zurück.

Seltene Einigkeit im Landtag

Gegenüber dem „Tagesspiegel“ erwiderte sie stattdessen: „Wir reden vor allem von Kindern und Frauen, die tagelang auf der Flucht sind, die in der Kälte an der polnischen Grenze ausharren mussten.“ Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) spricht sich für eine unbürokratische und schnelle Hilfe für die ukrai-

nischen Kriegsflüchtlinge aus. Gleichzeitig warnt er aber dessen ungeachtet: „Wir müssen wissen, wer zu uns kommt, und vermeiden, dass Schleuser, Menschenhändler, die organisierte Kriminalität oder andere Straftäter die Situation für ihre Zwecke ausnutzen.“ In ungewöhnlicher Einigkeit haben sich auch alle Fraktionen des brandenburgischen Landtags für eine schnelle Registrierung der Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland ausgesprochen.

Grünen-Fraktionschefin Petra Budke sagte, dies sei Voraussetzung für den Bezug von Leistungen und müsse daher möglichst schon direkt nach der Einreise erfolgen. Die Abgeordnete Lena Kotré, Rechtsexpertin der märkischen AfD-Landtagsfraktion, forderte darüber hinaus „eine durchgehende Sicherung der deutsch-polnischen Grenze gegen illegale Einwanderer“. Hermann Müller

KOLUMNE

Gratismut

VON VERA LENGSELD

Nun hat auch das rot-grün-rote Berlin zum mächtigen Schlag gegen den Aggressor Wladimir Putin ausgeholt. Ab sofort ist ein weißes Z ein verbotener Buchstabe, auf dessen Benutzung bis zu drei Jahren Haft und/oder eine saftige Geldstrafe stehen. Berlins Innenministerin Iris Spranger (SPD) gab bekannt, Grundlage für das Verbot sei Paragraf 140 im Strafgesetzbuch, der das Billigen bestimmter Delikte unter Strafe stellt.

Warum das entschieden wurde, muss den allermeisten Mitmenschen erst umständlich erklärt werden. Jenes Z soll seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine auf Panzern und Uniformen der Russen häufig, also nicht immer, zu sehen sein. Der lateinische Buchstabe soll ein von Befürwortern des Kriegs genutztes Symbol sein. Es steht für „Za Pobedu“ – „Für den Sieg“. Nun haben sich die wenigsten Berliner im Kriegsgebiet aufgehalten, und mit Russisch-Kenntnissen steht es in der Stadt auch nicht zum Besten.

Deshalb musste die Innenministerin auch eine umständliche Erklärung abgeben. Dass sie damit das gefährliche Symbol erst allgemein bekannt gemacht hat, scheint sie nicht zu begreifen, oder zu interessieren. Schließlich wird das Z auch außerhalb des Kriegsgebiets auf Gebäuden, an Autos und auf Kleidung sowie in sozialen Medien gezeigt. Da sah die Politik Handlungsbedarf!

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) ging voran, Bayern folgte. Da konnte Berlin nicht zurückstehen. Selbst wenn das Symbol in allen Bundesländern verboten würde, ändert es nichts an der Tatsache, dass es sich um billigen Aktionismus handelt. Weder wird die deutsche Symbolpolitik Putins Krieg um auch nur eine Stunde abkürzen, noch die Putinverstärker nachdenklich machen. Allerdings haben die gratismutigen Symbolpolitiker dafür gesorgt, dass Putins Siegesymbol nun in Deutschland allgemein bekannt ist. Chapeau!

MELDUNG

Polizei weiter am Limit

Berlin – 15,1 Prozent der Berliner Polizisten fehlen krankheitsbedingt. Darunter befinden sich 953 Corona-Infizierte und weitere 96 Beamte in Quarantäne. Innerhalb der örtlich zuständigen Direktionen versucht die Polizei durch Personalausgleich, ihre Handlungsfähigkeit weiter zu gewährleisten. Eine weitere Maßnahme ist die Reduzierung der Fortbildung mit Ausnahme des Schießtrainings. Benjamin Jendro von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verweist darauf, dass auch ohne Corona die Polizei einen durchgehenden Krankenstand von zehn bis zwölf Prozent aufweist. Der Gewerkschafter fordert wegen des hohen Infektionsrisikos ÖPNV-Streifen oder präventive Durchsuchungen, etwa von Shisha-Bars, zu reduzieren. Gleichzeitig beiligt Jendro zu erklären, die Berliner Polizei sei weiter handlungsfähig. Nebenbei beteiligt sich die Polizei auch an der „Verkehrswende“. Es wurden 70 neue Dienst- und elf neue Lastenräder angeschafft. F.B.

● MELDUNGEN

CIA trainierte Ukrainer

Washington – Die US-Regierung hat einen Bericht des US-Militärexperten Zach Dorfman bestätigt, dass Angehörige der paramilitärischen Special Activities Division (SAD) der Central Intelligence Agency (CIA) seit 2015 ukrainische Elitekämpfer und Scharfschützen für den Kampf gegen russische Truppen ausgebildet haben. Die SAD war in der Vergangenheit bereits in Nicaragua, Somalia, Afghanistan, Pakistan, Syrien, dem Jemen und dem Irak zum Einsatz gekommen. Angeblich seien die CIA-Instrukteure kurz vor dem Beginn der russischen Invasion am 24. Februar abgezogen worden. Auf jeden Fall, so Dorfman, profitiere die ukrainische Armee nun von dem Training. Dies zeige die gezielte Tötung hochrangiger russischer Offiziere und der erfolgreiche Einsatz von kleinen Kampfgruppen mit „Stinger“- und „Javelin“-Flug- beziehungsweise Panzerabwehrraketen. W.K.

Zemmour für Remigration

Paris – Der französische Präsidentschaftskandidat Éric Zemmour will im Falle eines Wahlsiegs ein „Ministerium für Remigration“ gründen. Damit solle die Rückführung von jährlich 100.000 „unerwünschten Ausländern“ umgesetzt werden. Am 10. April findet in Frankreich der erste Durchgang der Präsidentschaftswahlen statt. Zur Gruppe jener „Unerwünschten“ zählt Zemmour straffällig gewordene Ausländer sowie Nichtfranzosen, die von den Sicherheitsbehörden als Gefährder oder illegale Einwanderer eingestuft werden. Die Einstufung als „Illegale“ war zwar 2012 abgeschafft worden, Zemmour, der auch Chef der von ihm selbst im vergangenen Jahr gegründeten Partei „Reconquête“ (Rückeroberung) ist, will die Einstufung aber wieder einführen. Er darf laut Umfragen mit 13 Prozent der Stimmen rechnen. Der 1958 bei Paris geborene Zemmour ist Abkömmling sephardischer Juden aus dem damals französischen Algerien. H.H.

Druck der USA auf Israel

Washington – Laut einem Bericht der Zeitung „Haaretz“ herrscht innerhalb der Biden-Administration Verärgerung über das Zögern der israelischen Regierung, sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Laut dem Bericht soll die US-Regierung signalisiert haben, es sei wichtiger, dass Israel sich dem wirtschaftlichen Druck gegen Russland anschließt, als das es als Vermittler zwischen der Ukraine und Russland auftritt. Abgeordnete und Russlandexperten in den USA drängen zudem auf höheren Druck gegenüber russischen Oligarchen, die aus ihrer Sicht Israel als „sicheren Hafen“ nutzen. Sehr eindringlich hatte auch Victoria Nuland, Staatssekretärin im US-Außenministerium, im israelischen Fernsehkanal „Channel 12 News“ gefordert, Israel solle sich den Sanktionen gegen Russland anschließen. Untermuert hatte Nuland ihre Forderung mit der Frage, ob Israel „der letzte Hafen für schmutziges Geld sein wolle, das Putins Kriege befeuert“. N.H.

UKRAINEKRIEG

Wie wirkungsvoll ist Putins „Dolch“?

Die Bedeutung von Russlands vermeintlichen Wunderwaffen für den Kriegsausgang

VON LYDIA CONRAD

Die russischen Streitkräfte verfügen über diverse konventionelle Waffen modernster Art, die gerne als „Superwaffen“ bezeichnet werden. Hierzu zählen das Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug Suchoi Su-57, der Kampfpanzer T-14, die mobile Laserkanone „Pereswet“ und drei Typen von Hyperschallraketen. Bislang wurden diese und weitere fortgeschrittene Waffensysteme fast gar nicht im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt.

Mangelhafte Ausbildung in der Luft und fehlende Kampfpanzer

Im Falle von Flugzeugen wie der Su-57 resultiert dies wohl vor allem aus der schlechten Kommunikation zwischen der Luftwaffe und den Bodentruppen, welche die Gefahr eines Abschusses durch eigene Kräfte birgt, sowie dem mangelnden Trai-

ningszustand der russischen Piloten. Diese kommen nur auf rund 100 Flugstunden pro Jahr. Damit sind sie nicht auf die komplexe Situation im Luftraum über der Ukraine vorbereitet.

Ein ganz anderes Problem haben die Russen mit dem T-14. Von dem mit viel Vorschusslorbeer bedachten Kampfpanzer existieren nämlich nicht 2400 Exemplare, wie noch im Jahr 2015 für 2020 geplant, sondern lediglich 20 Stück, die offensichtlich geschont werden sollen. Stattdessen rollen nun alte T-72, T-80 und T-90-Panzer von teilweise noch sowjetischer Bauart an die Front.

Ähnlich sah es bislang bei den Raketen aus. Mit der OTR-21 „Totschka“, die auch die international geächteten Streubomben tragen kann, wurde zu einem Waffensystem gegriffen, das den technischen Stand der Jahre vor 1990 verkörpert. Und das, obwohl Russland inzwischen über die innovativen Hyperschallflugkörper

15YU „Awangard“, 3M22 „Zirkon“ und Ch-47M2 „Kinschal“ verfügt.

Raketen des Grauens

Einen Einschnitt bildet in diesem Zusammenhang der 18. März, denn an jenem Freitag feuerten die Streitkräfte Russlands die erste „Kinschal“ (Dolch) ab, um ein unterirdisches ukrainisches Munitionsdepot in Deljatyn bei Iwano-Frankiwsk zu zerstören. Bei der Rakete handelt es sich um eine rund eine Tonne schwere Waffe, die von MiG-31K-Abfangjägern oder Tu-22M3M-Überschallbomben gestartet wird. Danach rast sie mit angeblich 12.000 Kilometern in der Stunde auf ihr bis zu 2000 Kilometer entferntes Ziel zu. Dabei können jederzeit Kursänderungen erfolgen.

Das Besondere an sowohl konventionell als auch nuklear bestückbaren Raketen wie der „Kinschal“ ist, dass es selbst den US-Streitkräften weitgehend unmöglich ist, sie mit den momentan existieren-

den Abfangsystemen vom Himmel zu holen. Das macht die „Kinschal“ für jeden Gegner hochgefährlich.

Es wird vermutet, dass ihr Einsatz nicht zuletzt als Drohgebärde gegenüber der NATO gedacht ist. So lautet beispielsweise die Einschätzung von Christoph Mölling von der Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bislang hatte Russlands Präsident Putin stets behauptet, sein Land benötige die Hyperschallraketen nur, um mögliche Aggressoren von einem Erstschieß gegen sein Territorium abzuhalten.

Allerdings werden „Kinschal“, „Zirkon“ und „Awangard“ vermutlich nicht ewig den Nimbus der „Wunderwaffe“ behalten, denn ihre hohe Geschwindigkeit begrenzt nicht nur ihre Manövrierfähigkeit, sondern führt auch zu einer extremen Aufheizung ihrer Außenhülle, woraus sich Möglichkeiten für neuartige Orungs- und Abwehrsysteme ergeben.

„Putins Höllensonne“

Bereits jetzt ziemlich verwundbar sind zwei andere Kampfmittel der russischen Invasionsstreitkräfte, deren Zerstörungspotential ebenfalls sehr hoch ist. Die Rede ist von den gepanzerten Mehrfachraketenwerfern TOS-1 „Buratino“ und TOS-1A „Solnzepjok“, auch bekannt als „Putins Höllensonne“. Diese verschießen pro Salve 24 bis 30 Raketen, deren Reichweite zwischen 400 Metern und sechs Kilometern liegt. Die Wirkung der Geschosse entspricht jener einer Aerosolbombe: Beim Einschlag entsteht ein riesiger Feuerball, der eine starke Druckwelle auslöst, der dann abrupter Unterdruck folgt. Für die Menschen im Zielgebiet, dessen Fläche etwa 200 mal 400 Meter beträgt, ist das Ganze absolut tödlich, selbst wenn sie sich in Schützengräben oder Bunkern aufhalten. Wer nicht sofort verbrennt, der stirbt aufgrund innerer Verletzungen. Nach Ansicht von Militärexperten rangiert das TOS-System damit nur „eine Stufe unter der Atombombe“. Während des aufwändigen Nachladens sind die Raketenwerfer allerdings ein relativ leichtes Ziel für die aus den USA stammenden „Javelin“-Panzerabwehrraketen der ukrainischen Streitkräfte.

Mit dem Einsatz der TOS-Raketenwerfer und der konventionell bestückten „Kinschal“ scheint Russland sein nichtnukleares Potential ausgereizt zu haben. Die Frage ist daher, welche Strategie Putin und dessen Getreue wählen werden, wenn dies zu keinem Erfolg führt.



Unter einem MiG-31K-Abfangjäger: Eine Hyperschall-Luft-Boden-Rakete vom Typ Ch-47M2 „Kinschal“

Foto: pa

GEOPOLITIK

Moldau hat gute Gründe, Putin zu fürchten

Neue Regierung strebt nach Westen – Das prorussische Transnistrien könnte zum Problem werden

Moldau mit nur 2,5 Millionen Einwohnern ist von Rumänien und der Ukraine eingeschlossen. Rund 9000 russische Soldaten sind seit 1992 nur wenige Dutzend Kilometer von der Hauptstadt Chisinau entfernt in der „Republik Transnistrien“ stationiert. Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine herrscht Alarmzustand. Viele Beobachter glauben, dass Putin im Falle eines Sieges in der Ukraine nur ein einfaches Ultimatum stellen müsste, um das Land einzunehmen. Einen charismatischen Präsidenten wie die Ukraine hat Moldau nicht. Viele Bewohner haben bereits ihre Koffer gepackt, um im Falle eines russischen Ansturms zu fliehen.

Es ist ein kleiner Landstrich, der das Feuer entfachen könnte: Transnistrien.

Dieses Gebiet mit etwa 500.000 Einwohnern erinnert gefährlich an den Donbass – eine prorussische Region im Osten der Ukraine, die den Ursprung des aktuellen Krieges darstellt. Transnistrien ist ein schon unter Präsident Jelzin geschaffener prorussischer Staat, der sich 1992 für unabhängig erklärt hat. Tatsächlich hat der schmale Landstrich alle Merkmale eines „echten“ Staates: Das einzige Problem ist, dass Transnistrien von keinem Mitglied der Vereinten Nationen (UN) anerkannt wird. Auch nicht von Russland, und dennoch sind seit dreißig Jahren russische Truppen in dem Gebiet stationiert.

Der Landstreifen, der nur wenige Kilometer von Odessa entfernt liegt, ist von strategischem Interesse. Einige Beobach-

ter befürchten, dass er als russischer Stützpunkt für einen Angriff auf die nur einen Steinwurf entfernte ukrainische Hafenstadt dienen könnte.

Moldau hat noch ein weiteres Problem: Obwohl es sich als proeuropäisch bezeichnet, ist es weder Mitglied der Europäischen Union (EU) noch der NATO. Außerdem unterhält es eine zwiespältige Beziehung zu Russland. Lange haben prorussische Präsidenten das Land beherrscht. Die neue Präsidentin Maia Sandu (49) bezeichnet sich als proeuropäisch. Sie trat Ende 2020 die Nachfolge des prorussischen Igor Dodon an.

Trotz der EU-Annäherung bleibt Moldau sehr gespalten. Etwa 54 Prozent seiner Einwohner möchten der EU beitreten,

während 32 Prozent lieber der von Russland ins Leben gerufenen Eurasischen Wirtschaftsunion beitreten würden. Darüber hinaus hat sich Moldau von den Europäern abgegrenzt, indem es die Sanktionen gegen Russland ablehnt. Der kleine Staat ist anfällig für russische Propaganda. Es herrscht eine regelrechte Medienschlacht, der sich seit Beginn des Krieges verschärft hat. Obwohl Moldau vor allem seit seiner Unabhängigkeit von der UdSSR weitgehend rumänischsprachig ist, ist das sowjetische Erbe immer noch prägnant. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass drei russische Staatssender die wichtigsten Nachrichtensender sind und den Markt weitgehend beherrschen. Alle Film- und Musikkanäle sind in russischer Sprache. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die Bundesregierung senden zum Thema Kraftwerksabschaltungen derzeit sehr unterschiedliche Signale. Im Widerspruch zum mühsam ausgehandelten „Kohle-Kompromiss“ der Vorgängerregierung hält das Ampel-Bündnis noch immer an einem vorgezogenen Aus für die Kohleverstromung bis 2030 fest. Um die Stromversorgung zu sichern und den Gasverbrauch kurzfristig zu verringern, haben SPD, Grüne und FDP allerdings unlängst auch beschlossen, die endgültige Stilllegung von weiteren Kohlekraftwerken zunächst einmal auszusetzen. Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine müsse gewährleistet sein, dass Kohlekraftwerke als Back-up zur Verfügung stünden, so das Bundeswirtschaftsministerium in einem Papier, das am 10. März veröffentlicht wurde.

Bestätigt fühlen kann sich mit dieser Entscheidung Habecks der brandenburgische Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD). Er hatte sich insbesondere dafür stark gemacht, in der Lausitz die endgültige Stilllegung von zwei Blöcken des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde zu verschieben. Im Kraftwerk nordöstlich von Cottbus stehen schon jetzt zwei der sechs Blöcke nur noch in Bereitschaft. Laut Kohleausstiegsgesetz sollte der erste Block dieser Notfallreserven im Oktober endgültig stillgelegt werden.

Klage zweier Umweltverbände

Die erfolgreiche Klage zweier Umweltverbände könnte die Pläne zur Verlängerung dieser Sicherheitsreserve ein Stück komplizierter und teurer machen. Das Cottbuser Verwaltungsgericht hat einem Eilantrag der Deutschen Umwelthilfe und der Grünen Liga stattgegeben und angeordnet, dass der Betreiber LEAG mit Wirkung zum 15. Mai den Tagebau Jänschwalde in der Lausitz anhalten muss. Beide Umweltverbände hatten moniert, am Tagebau werde mehr Grundwasser gehoben, als es der Hauptbetriebsplan und eine dazugehörige wasserrechtliche Erlaubnis zuließen. Auswirkungen hat die Entscheidung des Verwaltungsgerichts nicht nur auf den Tagebau, sondern auch auf das Kraftwerk Jänschwalde. Mit seinen sechs 500-Megawatt-Blöcken, von denen zwei in Sicherheitsbereitschaft gehalten werden, handelt es sich um Deutschlands drittgrößtes Kraftwerk.

„Wir“, so der LEAG-Bergbauvorstand Philipp Nellessen, „bedauern diese Gerichtsentscheidung zum Tagebau Jänschwalde, die aus unserer Sicht weitreichende Folgen sowohl für die aktuell bereits vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs



im Hintergrund das Kraftwerk: Der Braunkohletagebau Jänschwalde

Foto: Hanno Böck

BRANDENBURG

Verwaltungsgericht in Cottbus stoppt Tagebau Jänschwalde

Erlaubnis zum Braunkohleabbau nur noch bis zum 15. Mai.
Kohleversorgung des Kraftwerks Jänschwalde noch ungeklärt

in Frage gestellte Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme hat als auch gravierende Auswirkungen für die Natur und die Strukturentwicklung in der Region um den Tagebau mit sich bringt.“

Der LEAG-Betriebsrat schlug in dieselbe Kerbe. Er wies darauf hin, dass mit dem Ukrainekrieg das Thema Energieversorgung in Deutschland eine andere Dimension bekommen habe: „Wer jetzt die Kohleförderung in Jänschwalde zum Erliegen bringt, der reduziert die gesicherte verfügbare Menge an heimischer Braunkohle und damit auch an gesicherter Stromerzeugung.“

Die LEAG prüft inzwischen eine Beschwerde. Auch das Landesbergamt als Genehmigungsbehörde kündigte eine Prüfung an. Wie Brandenburgs Wirtschaftsminister inzwischen einräumte, liegt in Sachen Wasserförderung das Verschulden nicht einmal bei dem Energie-

versorger. „Den Fehler müssen wir an dieser Stelle zugeben“, so der Minister. Laut Steinbach war behördlicherseits offenbar versäumt worden, die wasserrechtliche Erlaubnis entsprechend dem genehmigten Ausbau des Tagebaus anzupassen.

Versäumnis der Behörde

Der Wirtschaftsminister wies zudem darauf hin, dass der Begriff „Wasserverbrauch“ im Zusammenhang mit dem Tagebau einen falschen Eindruck erwecken könne. Zwar wird für den Tagebaubetrieb Grundwasser entnommen, dieses wird aber dem Oberflächenwasser auch wieder zugeführt. Eine Einstellung des Tagebaubetriebs wird an diesem Wasserkreislauf nichts ändern. Wie die LEAG mitteilte, muss das Abpumpen von Grundwasser wegen der geotechnischen Sicherheit nämlich nach dem 15. Mai unvermindert weitergehen.

Der Energieversorger muss mit zusätzlichen finanziellen Belastungen rechnen, wenn er für das Kraftwerk Jänschwalde künftig Kohle aus weiter entfernten Tagebauen heranschaffen muss. Zur Einordnung: Unter Vollast benötigt Jänschwalde pro Tag 80.000 Tonnen Kohle.

Laut einem Bericht des „Handelsblatts“ befindet sich der in der Lausitz ansässige Versorger LEAG offenbar ohnehin wegen der hohen Energiekosten in finanziellen Schwierigkeiten. Demnach musste das Unternehmen kurzfristig mit einem Kredit in Milliardenhöhe von der staatlichen KfW-Bank gestützt werden. Dabei soll es sich sogar um einen der höchsten Kredite gehandelt haben, den die staatliche Förderbank je an ein Unternehmen vergeben hat. Schon im Januar hatte der Energiekonzern Uniper mit der KfW eine Kreditvereinbarung von bis zu zwei Milliarden Euro vereinbart.

CHINA

Null-Covid-Strategie stößt an ihre Grenzen

Mit seiner Rigorosität bei der Corona-Bekämpfung droht Peking das Land ins Chaos zu stürzen

China war der Ausbruchsort der Corona-Pandemie und galt seit Beginn der Krise als eines der Länder, die mit besonders rigiden Maßnahmen eine Ausbreitung des Virus weitgehend unter Kontrolle halten konnten. Immer wieder wurden regionale Lockdowns verhängt.

Doch nun gerät diese sogenannte Null-Covid-Strategie an ihre Grenzen. Die hochansteckende Omikron-Variante hat eine regelrechte Panik ausgelöst. Menschen strömten in die Supermärkte, um Hamsterkäufe zu tätigen, weil das Gerücht die Runde machte, die Regierung würde einen großflächigen Lockdown verhängen.

Die 17-Millionen-Metropole Shenzhen hatte vor zwei Wochen knapp 400 Fälle und musste dennoch für sieben Tage in einen kompletten Lockdown. Die Großstadt gilt als das Silicon Valley Chinas.

Elektronikkonzerne wie Huawei und Tencent kommen von dort. „Shenzhen hat die Einwohnerzahl von Nordrhein-Westfalen hat, und gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt von Südafrika. Wenn Shenzhen ein Problem, dann hat China ein Problem“, sagte Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer in China.

Die Zahl der täglich gemeldeten Infektionen liegt Mitte März relativ konstant bei knapp 5000. Selbst, wenn die Dunkelziffer wie angenommen deutlich höher sein sollte, sind die Zahlen im Vergleich zu den europäischen Werten verschwindend gering. Doch das Null-Covid-Konzept stößt an seine Grenzen, und der Frust in der Bevölkerung scheint zu wachsen.

Angesichts der größten Corona-Welle seit zwei Jahren arbeiten die Behörden am Ausbau der Krankenhaus-Kapazitäten, um

eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Doch die Stimmung wird zunehmend schlecht. Ausländische Medien berichten von Arbeitern, die auf der Straße schlafen, damit sie nicht in ihre Siedlung zurückmüssen, die gerade von einem Lockdown betroffen ist. Die Einwohner des Industriestandorts Shenyang dürfen seit zwei Wochen ihre Wohnanlagen nur mit einem aktuellen negativen Corona-Test verlassen. Shenyang ist die wichtigste Wirtschaftsmetropole des Nordostens. Dort hat BMW eines seiner größten Werke weltweit, zudem sitzen viele Automobilzulieferer hier. Die Firmen haben Angst, dass es zu einer Masseninfektion kommt. Gleichzeitig kursieren Mobiltelefonvideos, in denen zu sehen ist, wie Polizisten Test-Verweigerer mit Gewalt aus den Wohnungen holen. Es gibt Städte

in China, in denen haben die Gesundheitsbehörden begonnen, die Haustiere von Bewohnern in Quarantäne zu töten. Mittlerweile herrscht für mehr als 60 Städte ein Lockdown, die Volkswagen-Werke in der abgeriegelten nordchinesischen Stadt Changchun müssen mindestens drei Wochen schließen. Die Sorgen vor Auswirkungen auf Lieferketten wachsen.

Doch die Staatsführung in Peking gibt sich derzeit noch unbeeindruckt. Staatschef Xi Jinping betonte in der vergangenen Woche die Notwendigkeit, das Leben der Menschen in den Vordergrund zu stellen und „mit wissenschaftlichen und gezielten Maßnahmen an der dynamischen Null-Covid-Strategie“ festzuhalten. Xi forderte zugleich, die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft des Landes zu „minimieren“.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Engpässe befürchtet

Köln – Wie eine repräsentative Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung am privaten arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln ergab, werden in den nächsten zehn Jahren rund 7,3 Millionen Menschen altersbedingt aus dem Berufsleben ausscheiden, weil derzeit 22,8 Prozent der Beschäftigten über 55 Jahre alt sind. Abgesehen von der Belastung für den Staatshaushalt und die Rentenkassen ist das auch insofern eine Herausforderung, als zwei Millionen von ihnen in Bereichen arbeiten, in denen bereits jetzt ein akuter Fachkräftemangel herrscht. Wie in der Logistik- und Gesundheitsbranche, wo es für bis zu 90 Prozent der ausgeschriebenen Stellen keine Bewerber mehr gibt. So dürften laut dem IW zu den aktuell schon fehlenden 80.000 Berufskraftfahrern bis 2032 noch einmal 182.000 hinzukommen. Der drohende Personalengpass resultiert aus der hohen Erwerbstätigenquote bei den über 55-Jährigen. Diese stieg von 2013 bis 2020 von 37,8 auf 71,7 Prozent. W.K.

Erosion des Dollar-Status

New York – Wie das „Wall Street Journal“ am 15. März berichtete, sollen Saudi-Arabien und die Volksrepublik China erwägen, saudische Rohöllieferungen künftig auf Basis des Yuans anstatt auf Basis des US-Dollars abzuwickeln. Farouk Soussa, Ökonom bei Goldman Sachs, kommentierte diesen Schritt als „nicht völlig überraschend“. In einer Analyse schreibt Soussa, die Wahl von Währungen werde zum Teil durch geopolitische Allianzen, zum Teil aber auch von ökonomischen Beziehungen bestimmt. Daher ist China aus saudischer Sicht als großer Ölimporteur und ökonomischer Partner immer wichtiger geworden. Die Bedeutung des chinesischen Yuan sieht Soussa international zwar wachsen, jedoch noch weit entfernt vor dem Status einer Reservewährung. Auf der anderen Seite sieht Soussa aber auch den langfristigen Trend, dass immer mehr Länder ihre Währungsreserven weg vom Dollar diversifizieren. N.H.

Indien kauft russisches Öl

Neu Delhi – Während die USA und ihre Verbündeten ihre Rohstoff-Importe aus Russland stoppen oder zumindest zurückfahren, verhandelt Indien über einen Öl-Liefervertrag mit Russland. Die angepeilte Gesamtmenge ist zwar klein und umfasst nicht einmal den Bedarf Indiens für einen einzigen Tag. Doch der Zeitpunkt der Verhandlungen hat zu heftigen Protesten aus Washington geführt. Von indischer Seite weist man die Kritik zurück. Länder wie Italien, Frankreich und Deutschland importierten ebenfalls weiterhin Erdöl aus Russland, so der Konter. Zudem sei die indische Wirtschaft von den enorm gestiegenen Weltmarktpreisen hart getroffen. Moskau gewährt dem südasiatischen Land offenbar einen Sonderpreis. Um Zahlungen in US-Dollar zu umgehen, arbeiten Indien und Russland derzeit an einem Zahlungsmechanismus über Rupien und Rubel. H.H.

ANALYSE

Aserbaidshans schafft Fakten in Karabach

BODO BOST

Droht dem durch den Ukrainekrieg gebundenen Russland nun eine Welle von Unruhen und Aufständen an den zahlreichen Außengrenzen seines Reiches? Zumindest die alten Brandherde im Kaukasus schwelen schon wieder.

So beschuldigte Russland am 26. März Aserbaidshans, den nach dem Karabach-Krieg von 2020 unterzeichneten Waffenstillstand mit Armenien verletzt zu haben. Zwischenfälle zwischen armenischen und aserbaidshansischen Streitkräften waren seit 2020 häufig, aber diesmal beschuldigte Moskau erstmals eine der Parteien direkt, den Waffenstillstand zu verletzen, für den Wladimir Putin der Garant ist.

Die erneuten Spannungen zeigen, dass Putin in manchen muslimischen Ländern der ehemaligen Sowjetunion wegen seines stockenden Vormarsches in der Ukraine bereits als Schwächling gilt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch Erdogan, ohne dessen Erlaubnis Aserbaidshans keinen Schuss abgibt, die Lage ebenso einschätzt.

„Zwischen dem 24. und 25. März haben die Streitkräfte Aserbaidshans das trilaterale Abkommen der Führer Russlands, Aserbaidshans und Armeniens ... verletzt, indem sie in das Gebiet unter der Verantwortung des russischen Kontingents zur Friedenssicherung in Bergkarabach eingedrungen sind“, kritisierte das russische Verteidigungsministerium in einer Erklärung.

Das aserbaidshansische Verteidigungsministerium widersprach der russischen Darstellung und wagte es sogar, die Russen der Lüge zu bezichtigen. Baku warf Moskau vor, illegale bewaffnete Einheiten in dem umstrittenen Gebiet zu stationieren. So hätte Aserbaidshans die Wagner-Truppe vor dem Krieg in der Ukraine nie bezeichnet. Laut Russland errichteten die aserbaidshansischen Streitkräfte einen Beobachtungsposten und führten „vier Angriffe mit Drohnen des türkischen Typs Bayraktar“ in der Nähe der Ortschaft Farukh durch. Drei Bewohner von Karabach wurden dabei getötet und 15 verletzt. Die aserbaidshansischen Streitkräfte haben entgegen der Aufforderung Moskaus das Dorf Farukh nicht verlassen.

Das armenische Außenministerium beschuldigte das Nachbarland auch, Karabach die Gasversorgung entzogen zu haben, sodass die Bevölkerung „am Rande einer humanitären Katastrophe“ stehe. „Wir erwarten, dass das russische Friedenskontingent in Berg-Karabach klare Schritte unternimmt, um die Situation zu regeln und weitere Opfer zu verhindern“, fügte die armenische Diplomatie hinzu.

Das Eingreifen Putins sowie ein zwischen Armenien, Aserbaidshans und Russland unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen vom 9. November 2020 hatten einen sechswöchigen gewaltsamen Konflikt und vielleicht einen Genozid um die Kontrolle über Bergkarabach, ein pro-armenisches Separatistengebiet, beendet. 6500 Menschen waren damals gestorben, die aserbaidshansischen Streitkräfte hatten erhebliche Gebietsgewinne erzielt und standen kurz davor, auch das von Armeniern bewohnte Herz Karabachs zu erobern.

Fühlt sich Alijew beleidigt?

Erdogan hatte kurz vor dem Überfall Aserbaidshans auf Karabach im September 2020 einen Brudermilitärpakt mit Aserbaidshans geschlossen. Armenien war dagegen dem postsowjetischen Bündnis unter Führung Russlands treu geblieben. Trotzdem hatte Putin sechs Wochen gewartet, um seine Bündnispflicht zu erfüllen, Armenien hatte sich dagegen im Januar dieses Jahres als erstes Land an Putins Rettungsmission im Bündnisland Kasachstan beteiligt.

Moskau hatte durch massive Waffenlieferungen an Aserbaidshans im Vorfeld ganz erheblich zu dessen Sieg gegen Armenien beigetragen, weil Eriwan von Moskau nur drittklassige Waffen bekam. Der Vater des kurdischstämmigen aserbaidshansischen Staatschefs Ilham Alijew war in Sowjetzeiten KP-Parteichef von Aserbaidshans und ein hoher KGB-Funktionär, im Gegensatz zu Putin, der nur niedrige Chargen beim KGB ausübte. Alijew war der letzte Staatschef, den Putin vor dem Überfall auf die Ukraine an seinen langen Tisch zitierte, um seine Version beider Konflikte anzuhören.

Es könnte sein, dass ihn dies beleidigt und jetzt radikalisiert hat.



Sieht verheerende geopolitische Folgen des Ukrainekriegs: Der Osteuropa-Historiker Timothy Snyder

LEITARTIKEL

Europa ist verschwunden

HANS HECKEL

Für den US-amerikanischen Osteuropa-Historiker Timothy Snyder werden die geopolitischen Folgen des Ukrainekriegs verheerend ausfallen. Putin, so Snyder im Gespräch mit der „Welt“, habe keinen Weitblick, denn: „Er übergibt sein Land praktisch an China.“

Die Befürchtung ist absolut realistisch. Die Sanktionen, welche der Westen gegen Russland in Reaktion auf den Einmarsch in die Ukraine verhängt hat, schneiden das russische Riesenreich von nahezu sämtlichen Verbindungen ins restliche Europa ab. Moskau wird gar nichts anderes übrig bleiben, als sich anderen Partnern zuzuwenden. Der bei Weitem stärkste wird China sein.

Wirtschaftlich gravierend geschwächt, wird Russland dann nicht umhinkommen, sich billig zu verkaufen, um die Lücken, welche die abgezogenen westlichen Investoren hinterlassen haben, rasch zu füllen. Und China wird bereitstehen, um sich umfangreich und günstig einzukaufen. Parallel zu den wirtschaftlichen werden

sich so auch die politischen Gewichte verlagern. Moskau schrumpft zum bloßen Juniorpartner Pekings.

Das jedoch ist nur die eine Seite der tragischen europäischen Entwicklung. Auch die Europäische Union und Deutschland werden Gewicht und Spiel-

raum verlieren. Seit Jahren und Jahrzehnten predigen EU-europäische Spitzenpolitiker die Einheit und „gemeinsame Stärke“ ihrer Staaten-Union. In der Praxis dominieren dann aber regelmäßig das Klein-Klein der Verwaltungsbürokratie und die eifersüchtige Verfolgung nationaler Interessen auf Kosten der sonst so warmherzig gepriesenen „Partner“.

Man war (und ist) vollauf mit Dingen beschäftigt wie dem teuren Aufrechterhalten einer funktionsuntüchtigen Einheitswährung oder dem Ringen um die Geldverteilung innerhalb der Union. Als außenpolitischer Faktor blieb die EU unsichtbar: Schon in den Balkankriegen der 1990er Jahre, in der Antwort auf Washingtons Irakkrieg 2003 oder bei der Invasion in Libyen 2011 existierte die Union faktisch nicht. Aus diesen Erfahrungen hätten eigentlich Schlüsse gezogen werden müssen. Die „gemeinsame Stärke nach außen“ blieb Phrase, die auch Angela Merkel 16 Jahre lang ausstieß, ohne, wie René Pfister im „Spiegel“ beklagt, etwas dafür getan zu haben (siehe Seite 24).

Nun also scheint Europa, und zwar nicht nur die EU, gleichsam von der geopolitischen Weltkarte zu verschwinden. Russland wird zum Vorfeld chinesischer Weltmacht-Ambitionen. Eine Entwicklung, die in ihren Dimensionen den Atem stocken lässt. Und das westliche Europa mit den Zentren Berlin, Paris, Brüssel und London definiert sich weitestgehend fast nur noch durch seine Bündnistreue zu den USA.

Geopolitisch spielen die Mächte des alten Kontinents keine eigene Rolle mehr

PORTRÄT

Rekord-Frau von der Saar

Bei Wahlen profitieren die Amtsinhaber meist vom Amtsbonus und davon, dass sie bekannter sind als die Herausforderer. Dem saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans von der CDU hat all das nichts genutzt. Ihm haftete der Makel an, nicht ins Amt gewählt worden zu sein, sondern stattdessen 2018 seiner Parteikollegin Annegret Kramp-Karrenbauer nachgefolgt zu sein, die dem Saarland den Rücken kehrte, um als Generalsekretärin der Bundes-CDU nach Berlin zu ziehen.

Nun kehrt mit **Anke Rehlinger** eine Frau zurück in die Staatskanzlei von Saarbrücken. Dass die SPD-Politikerin mit 43,5 Prozent der Stimmen ihren Vorgänger weit überflügelte, hat nicht allein etwas mit der Euphorie-Welle zu tun, auf der die Sozialdemokraten seit der Bundestagswahl schwimmen. So unbekannt sie außerhalb des Saarlandes weitgehend ist, so populär ist sie innerhalb des klei-

nen Bundeslandes. Noch bevor Hans die politische Bühne betrat, war sie Landtagsabgeordnete, seit 2014 die stellvertretende Ministerpräsidentin und Landesministerin für das Schlüsselressort Wirtschaft Arbeit, Energie und Verkehr. Seit 2018 führt sie außerdem die Landes-SPD an.

Vor ihrer politischen absolvierte die 45-Jährige eine sportliche Karriere als Dis-

kuswerferin und Kugelstoßerin. In letzterer Disziplin hält sie seit 1996 den saarländischen Frauenrekord mit 16,03 Metern. Doch über das Saarland hinaus reichten weder ihre sportlichen noch bislang politischen Ambitionen.

Sie selbst bezeichnet sich als „bekenntener Dorfmannsch“. Geboren im 2300-Seelen-Ort Wadern hat Rehlinger ihre gesamte Ausbildung bis zum Jurastudium im Saarland absolviert – abgesehen von einem Ergänzungsstudium in Speyer. Sie sei dicht dran an den Saarländern, heißt es, weshalb sie auch stolz darauf sei, dass jeder sie über ihre Mobilfunknummer direkt erreichen könne. Auch durch einen Gebrauch der unpopulären Gendersprache ist sie bislang nicht groß aufgefallen. Jetzt muss sie nur in Krisen- und Kriegszeiten damit auffallen, Arbeitsplätze zu schaffen. Dies hat sie jedenfalls zur „Cheffinnsache“ erklärt. **H. Tews**



Saarlands künftige Ministerpräsidentin: Anke Rehlinger

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Inbegriff eines deutschen Kaisers

Vor 900 Jahren wurde Barbarossa geboren – Der Mythos um ihn beflügelte in der Romantik Maler und Dichter

VON EBERHARD STRAUB

Es war der junge Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der 1796 während der letzten Krise des Heiligen Römischen Reiches lebhaft wünschte, „die alten Helden“ der vaterländischen Geschichte wieder zum Leben zu erwecken, um in sittlich-politischer Absicht „die Empfindungsweise und Phantasie“ im Volke zu veredeln. Er dachte dabei vor allem an Kaiser Friedrich Barbarossa, der vor 900 Jahren geboren wurde. Sein Wunsch ging in der Auseinandersetzung mit Napoleon und nach der Befreiung von französischer Vorherrschaft in Erfüllung.

Mit dem im Kyffhäuser entrückten Herrscher, wie Sagen berichteten, waren schon lange alle Hoffnungen auf nationale Wiedergeburt und Erneuerung entschwendener Größe verbunden. Dieser um 1122 vermutlich in Hagenau geborene Kaiser, der von 1152 bis 1190 regierte, hatte das Reich, zerrüttet in den Auseinandersetzungen mit den Päpsten, gleichsam neu gegründet. Die drei Königreiche, das deutsche, das italienische und das burgundische brachte er miteinander in enge Beziehung. Sie sollten sich nicht als jeweils eigene Herrschaftsräume mit verschiedenen Interessen verstehen, sondern ihren Stolz darin finden, zum Römischen Reich zu gehören, dessen Ehre und Ruhm sie wahrten und mehrten.

Nach den Franken, seit Karl dem Großen, war es das Vorrecht der Deutschen, den Kaiser zu bestimmen und das Römische Reich zu verwalten, das – wie sein Name sagt – in seiner Gemeinschaft Völker vereint und daher möglichst darauf bedacht sein muss, für Eintracht unter den Königen im Abendland zu sorgen und damit den allgemeinen Frieden zu schützen und eine Ordnung, in der die immer beweglichen und ehrgeizigen Kräfte zur Ruhe finden und sich einander ergänzen.

Friedrich Barbarossa hatte stets die Ehre, die Größe und den Ruhm des Römischen Reiches im Auge. Ehre und Ruhm sind sittliche Mächte und sind mit der Ehre sowie dem Ruhm Gottes, der Gloria Dei, verbunden. Der Kaiser in der Welt ist der Stellvertreter des Weltenkaisers Jesus Christus, dessen Ehre und Ruhm er nicht vernachlässigen darf, weil sie in seiner Majestät ihren anschaulichen Ausdruck finden. Die kaiserliche Majestät kann nicht immer mild und liebenswürdig sein, zuweilen muss sie auch einschüchternd wirken, um Störenfriede zur Ordnung zu rufen oder zu bestrafen.

Ein Symbol für die Reichseinheit

Deshalb konnte zuweilen Barbarossa mit Zorn und Unerbittlichkeit auftreten, um die Ehrfurcht vor seiner Würde und der des Reiches zu erhalten. Es ging nicht um ihn, sondern um die Institutionen. Was menschlich war, hatte ein Herrscher nach idealen Vorstellungen abzulegen, um der Kaiser zu sein, der niemals stirbt, ganz und gar ergriffen von seiner erhabenen Würde, die nicht vergänglich ist wie der Mensch und dessen Körper.

Es fällt heute schwer, sich in solche Ideen hineinzufühlen. Barbarossas Zeitgenossen hatten damit keine Schwierigkeiten, denn sie wussten, dass Herrschen eine Sache der Einbildungskraft ist und die allgemeine Ordnung nicht auf Abstraktionen, sondern auf anschaulichen Wahrheiten beruhte, die sich in feierlichen Zeremonien offenbarten. Friedrich Barbarossa wurde allgemein als vollkommener Ritter und Kaiser anerkannt, höf-



Die Trauung Kaiser Barbarossas und der Beatrix von Burgund: Deckenfresko von Tiepolo in der Würzburger Residenz Foto: pa

lich, liebenswürdig und, wenn es sein musste, streng, aber dabei nie ungerecht.

Seine Anmut milderte die Majestät. Er verfügte über ausgezeichnete Ratgeber, die den Laien ausreichend über rechtliche Grundsätze und historisch-theologische Kontroversen unterrichteten. Die praktische Erfahrung machte ihn bald selbstständig. Er war stets bereit, aus Fehlern zu lernen. Es gelang ihm, in seinen drei Königreichen die königliche Autorität zu festigen und mit seinen Beamten die Verwaltung als Mittel der Herrschaft zu verbessern. Als Kaiser, der es sehr geschickt verstand, die unterschiedlichsten Bestrebungen seinem Willen unterzuordnen und damit der Größe des Reiches, erwarb er sich Respekt unter den anderen Fürsten und konnte Böhmen, Mähren und Schlesien mit dem Reich verknüpfen.

Die Päpste wollten als eigenmächtige Stellvertreter Christi die Freiheit der Kirche vor kaiserlicher Bevormundung gesichert wissen. Ihre zähen Bemühungen veranlassten die Kaiser, nun ihrerseits der weltlichen Herrschaft eine Gleichberechtigung neben der geistlichen zu verschaffen und auf dem unmittelbaren Gottesgnadentum von Kaiser und Reich zu bestehen. Das Römische Reich wurde unter Kaiser Barbarossa offiziell zum Heiligen Reich. Er ließ Karl den Großen, den Stifter des nachantiken Römischen Reichs heilig sprechen, um die Heiligkeit des Reiches zu betonen. Damit ebnete er unbeabsichtigt den Weg zur Säkularisierung des Königtums und Kaisertums in der späteren monarchischen Souveränität.

Wie ein Wagnerianischer Erlöser

Als Barbarossa auf seinem Kreuzzug 1190 bei einem Bade im Fluss Saleph in Kleinasien erkrankte, erlosch mitnichten die Kaiserherrlichkeit. Erst die dramatische Geschichte unter seinem Enkel Kaiser Friedrich II. und dessen überraschender Tod mitten in stürmischen Auseinandersetzungen mit den Päpsten führte 1250 zu der „kaiserlosen, der schrecklichen Zeit“, wie Schiller das Interregnum in seiner Ballade vom Grafen von Habsburg nennt, das ab 1173 König Rudolf, der erste Habsburger, beendete.

Diese unselige und verworrene Zwischenzeit blieb unter den Deutschen un-

vergesslich, denn damals verlor das Reich an Macht und Ansehen. Es war Friedrich II., von dem es zuerst hieß, er lebte nicht und lebte doch fort im Ätna. Eine Sehnsucht nach einem „Dritten Friedrich“ regte sich immer wieder in volkstümlichen Legenden und Verheißungen, die von einer Wiedergeburt des Reiches handelten. Im Laufe der Zeiten verschmolzen die Legenden miteinander. Bauern behaupteten im 16. Jahrhundert, den alten Barbarossa auf den Ruinen der Kyffhäuserburg gesehen zu haben.

In der populären Phantasie blieb Barbarossa stets mit Frieden, Recht und Ordnung verbunden. In der aufgeregten Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts, als Reichs- und Kirchenreform immer heftiger gewünscht wurden, erlebte Barbarossa seine erste Renaissance. Patriotische Humanisten wollten deutschen Heldenglanz neben den antiken Heroen erstrahlen lassen. Die Reformatoren würdigten in Barbarossa den Streiter wider angemaßte papistische weltliche Macht.

Nach den siegreichen Türkenkriegen gab es im 18. Jahrhundert noch einmal eine prächtige Reichs- und Kaiserherrlichkeit, weiterhin gegenwärtig in den Reichsstiften in Schwaben oder an der Donau in Österreich. Die großartigste Verklärung des unvergesslichen Kaisers findet sich im Kaisersaal in der Würzburger Residenz. Unter Aufbietung aller möglichen Götter und Halbgötter führen der Genius des Reiches und Apoll die burgundische Prinzessin Beatrix ihrem Gemahl zu, dem Kaiser Friedrich. Dieses festlichere Deckenfresko ist die Apotheose des Reiches, das 1750 noch bestand, eine letzte „Prunkrede“ auf das Römische Reich, das trotz allem nicht untergehen kann und darf, wie es immer wieder hieß.

1806 wurde das Reich aufgelöst. Napoleon und eine gekrönte Horde von Räubern betätigten sich als Leichenfledderer. Die große Katastrophe forderte dazu auf, den Blick zurückzulenken, um Kraft und geduldige Ausdauer denen zu vermitteln, die vielleicht mutlos werden sollten. Im Sinne der Kyffhäuser Sage glaubte man an den künftigen Kaiser und Retter aus Not und Elend. Im säkularisierten österlichen Geist der Auferstehung bot der schlafende Kaiser im Berg Trost, dermaleinst auf-

zubrechen, um das Reich zu einen und eine neue Friedensordnung zu stiften.

Der seit dem 18. Jahrhundert erwachende Sinn für die Geschichte und für das Mittelalter beflügelte Dichter und Maler, um den Deutschen Mut zu machen, sich ihrer gar nicht glücklichen Geschichte zuzuwenden. Barbarossa als Symbol deutscher Größe, Anmut und Würde wird bei Achim von Arnim in seinem Roman „Die Kronenwächter“ von 1817 mit mythischen und historischen Kräften in Beziehung gebracht. Richard Wagner griff im ersten Entwurf für seinen „Ring“ darauf zurück.

Rotbart und Weißbart

Der „Staufische Ritter“ und „staufische Klassik“ wurden beschworen als Erinnerungen an einen wunderbaren Moment, als Macht und Geist, Schönheit und Freiheit keine Gegensätze waren, sondern sich wechselseitig steigerten und den Deutschen zu einer leichten und gefälligen Form verhalfen, die sie in Zeiten politischer Ohnmacht entbehrten. Die nationale Auferstehung fand für viele endlich mit der Reichseinigung von 1871 statt.

Rotbart langes Warten im Kyffhäuser hatte sich gelohnt. Kaiser Weißbart, wie Felix Dahn und andere Wilhelm I. feierten, vereinigte die Deutschen, protestantisch, antipapistisch und frei geboren, zu einer neuen Reichsherrlichkeit voller zeitgemäßer Liberalität. Burg Hohenstaufen lag in Ruinen, doch Burg Hohenzollern weit davon in neuem Glanz sprach vom alten schwäbischen Ruhm, vom alten Reich, das im neuen, preußischen zu vielversprechendem Leben wieder erwachte.

Kaiser Wilhelm II., unermüdlich darauf bedacht, die Reichsherrlichkeit historisch vertieft mit assoziationsreichen Bauten der Phantasie zugänglich zu machen, förderte nachdrücklich einen „staufischen“ Stil. Die Ruinen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche sprechen davon eindringlich. Barbarossa und Barbablanka verschmolzen miteinander. Das mächtige Kyffhäuserdenkmal von 1896 würdigt den alten und den neuen Kaiser, das alte und das neue Reich, und redet von der einen deutschen Geschichte, die im Glanze ihres neuen Glückes blühen werde. Aber auch diese Herrlichkeit und ihr Glanz dauerte nur eine kurze Zeit.

MELDUNGEN

Bronzefrau ruht weiter in Berlin

Berlin – Die Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz (SPK) übergibt die von dem Schweizer Bildhauer Fritz Huf (1888–1970) geschaffene Bronzeplastik „Ruhende Frau“ an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG). Die SPK hatte das Werk an die Erbin von Hans (Jean) Fürstenberg restituiert, der es aufgrund seiner Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus verloren hatte. Nach der Flucht Fürstenbergs und dem erzwungenen Verkauf seines Hauses verlor sich die Spur der Plastik. Erst 1948 wurde sie im Schrottlager der tschechoslowakischen Militäremission im Berliner Osthafen aufgefunden und der Nationalgalerie durch den Magistrat von Berlin übergeben. Die Provenienz der Plastik „Ruhende Frau“ war im Rahmen der Erarbeitung des kürzlich erschienenen Bestandskatalogs „Die Sammlung der Nationalgalerie 1905 bis 1945“ von Mitarbeitern des Zentralarchivs der Staatlichen Museen zu Berlin intensiv recherchiert worden. Die Erbin – die französische Stiftung Fondation Fürstenberg-Beaumesnil – verkaufte die Skulptur an die SPSG. Langfristig soll die „Ruhende Frau“ im Park des Schlosses Schönhausen in Berlin-Pankow aufgestellt werden. tws



„Ruhende Frau“ vom Fritz Huf

Theaterfest in der Schaubühne

Berlin – Noch bis 10. April findet in der Berliner Schaubühne das Theaterfestival „FIND“ statt. Im Fokus steht der Kanadier Robert Lepage mit zwei Filmen sowie den beiden Bühnenszenierungen „The Seven Streams of the River Ota“ und „887“, welches das Festival beschließen wird. Das gesamte Programm und Kartenbuchungen unter www.schaubuehne.de tws

Hamburg ehrt Berliner Maler

Hamburg – Der Berliner Maler Ernst Wilhelm Nay (1902–1968) ist noch bis 7. August Thema der „Retrospektive“ in der Hamburger Kunsthalle. Nays kraftvoll-farbintensive Bilder gelten als Brücke zwischen der Kunst vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie verbinden Expressionismus, Abstraktion und die gestische Malerei nach 1945 sowie die deutsche mit der internationalen Moderne. Mit rund 120 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen präsentiert die Ausstellung Nays komplexes Werk in allen Phasen. Internet: www.hamburger-kunsthalle.de tws

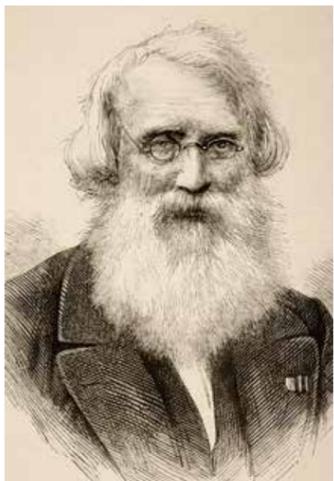
SAMUEL F. B. MORSE

Pionier der Telegraphie

Erst mit Hilfe der Funktechnik konnten die unendlichen Weiten der Ozeane und die räumlichen Entfernungen zwischen Menschen an Land überwunden werden. Am Anfang stand der Tastfunk, das Morsen. Namensgeber der Morse-Telegraphie war der am 27. April 1791 in Charlestown, Massachusetts, geborene US-amerikanische Maler und Erfinder Samuel Finley Breese Morse. Vor 150 Jahren, am 2. April 1872, starb er in New York.

Morse hatte eine durchwachsene Malerkarriere hinter sich, als er 1833 zum Professor für Kunstgeschichte an der New Yorker Universität ernannt wurde. Zu seinen Kollegen dort gehörte der Chemieprofessor Leonard Gale, den er erfolgreich um Unterstützung bat. Gale wiederum war mit der Arbeit von Joseph Henry, einem Pionier der Elektrizität in Princeton, vertraut. Derart unterstützt setzte Morse seine bereits zuvor begonnenen elektrischen Versuche und Experimente fort. Aus Drahtresten, Blechabfällen und seiner Wanduhr konstruierte er ein Gerät mit einer Taste, mit dem man Nachrichten über ein Kabel versenden konnte.

Der 1837 patentierte erste Morseapparat war primitiv, wies aber bereits alle wesentlichen Elemente auf: die Morsetaste, den Elektromagneten, der die Schreibvorrichtung betätigt, und das Uhrwerk, das den Papierstreifen bewegt. Man kann die Morsetaste kurz, lang oder gar nicht drücken und so im Rhythmus der Zeichen Stromstöße erzeugen. Die Signale werden durch eine Drahtleitung auf die Empfängerseite geleitet, wo die Aufzeichnung der Nachricht aus Punkten und Strichen mit Hilfe des elektromagnetisch bewegten Schreibstiftes auf dem Papierstreifen erfolgt. Daraus wurde 1838 der erste Code entwickelt. Ab



Vor 150 Jahren gestorben: Morse

1844 wurde der Morseapparat bei amerikanischen Eisenbahnen und bei Telegrafunternehmen eingesetzt.

Ein Nachteil ergab sich durch die unterschiedlich langen Pausen der amerikanischen Morse-Schrift. Der Hamburger Friedrich Clemens Gerke änderte den Code daher 1848 anlässlich der Inbetriebnahme der elektromagnetischen Telegrafverbindung zwischen Hamburg und Cuxhaven. Damit erfand er das international gültige Morsealphabet. Dieser Code wurde nach weiteren kleinen Änderungen 1865 auf dem Internationalen Telegraphenkongress in Paris standardisiert und später mit der Einführung der drahtlosen Telegraphie als Internationaler Morsecode von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) genormt. *D. Jestrzemski*



Gehörte neben der „Völkerfreundschaft“ und der „Fritz Heckert“ ab 1985 zu den FDGB-Urlauberschiffen: Die „Arkona“, Fernsehschauern unter ihrem ersten Namen „Astor“ als „Traumschiff“ der Jahre 1983 und 1984 bekannt *Foto: Ullstein*

FDGB-FERIENDIENST

Alle sind gleich, aber einige sind gleicher

Wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund Devisenbesitzer und Multiplikatoren aus dem Westen gegenüber einfachen Mitgliedern bevorzugte

VON HEIDRUN BUDDE

Ist das alles für Dreischichtarbeiter? Mehr nicht für 120,00 M jährlich Mitgliedsbeitrag.“ „Im Feriendienst wird es immer schlechter.“ „Warum stagniert die Anzahl der FDGB-Reisen?“ „Wo bleiben die Ostsee und die Plätze in den FDGB-Eigenheimen?“ Groß war der Frust in der Mitgliedschaft des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der DDR. Die Zuteilung von kostengünstigen Urlaubsplätzen durch die Abteilung Feriendienst deckte den Bedarf nicht einmal annähernd, und auf berechnete Fragen, wie die oben zitierten, wurde nicht geantwortet. Als wenn es nicht schon wenig genug Urlaubsplätze gegeben hätte, wurden viele von diesen auch noch den einfachen FDGB-Mitgliedern in der DDR vorenthalten. Die Akten zeigen heute auf, dass die Gewerkschaft gute Gründe hatte, das Vergabeverfahren nicht öffentlich zu machen, denn es hätte einen Sturm der Entrüstung gegeben.

Ausländische Sportler

1986 gingen den damals rund 9,6 Millionen Mitgliedern beispielsweise Urlaubsplätze in den besten Heimen für die Absicherung diverser internationaler Sportveranstaltungen verloren wie Weltcup Rennschlitten, Internationale Oberhofer Skispiele, Europäische Dreibahn-Tournee, Internationales Damenskirennen, Internationaler Pokalsprunglauf und Internationale Ostseeregatta in Warnemünde. Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) erhielt in Oberhof 1500 Plätze für die Weltmeisterschaften im Sportschießen. Die ange-reisten Sportler sollten nur mit den besten Eindrücken in ihre Heimat zurückkehren.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

9,6

Millionen **Mitglieder** hatte der FDGB 1986.

0,1359

Millionen **Ferienplätze** bot der FDGB 1984 an.

550

Millionen **Mark** steuerte die DDR 1989 zur Finanzierung des FDGB-Feriendienstes bei.

Ähnlich wurde mit ausländischen Studenten verfahren. Auch sie wurden mit Ferienplätzen des FDGB versorgt, und das sogar kostenlos. Zur Finanzierung ist in den Akten zu lesen: „Die Ausgleichsträger für Ferienreisen, die an Studenten bereitgestellt werden, sind wie bisher zu gewähren (Beschluss S 394/63 vom 28.5.1963).“ Diese ausländischen Gäste auf Zeit berichteten nach ihrer Rückkehr ganz sicher begeistert und begeistertend vom schönen Urlaub in der DDR.

Ausländische Studenten

Am 24. Februar 1960 wurde das FDGB-Urlauberschiff „Völkerfreundschaft“ als „Repräsentant der sozialistischen Entwicklung unseres Arbeiter- und Bauern-

Staates“ auf die Reise geschickt. Es sollte „der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen Westdeutschlands ... einen tiefen Eindruck“ vermitteln. Doch die Akten belegen heute, dass sich der FDGB dieses Schiff und das am 15. April 1961 in Dienst gestellte zweite Urlauberschiff „Fritz Heckert“ gar nicht leisten konnte.

Bereits am 12. Dezember 1960 fasste die Abteilung Feriendienst den Beschluss, die „Völkerfreundschaft“ zu verchartern, für 25 Tage an Reso Stockholm, vermerkt als „Feriendienstorganisation der schwedischen Gewerkschaft“. Und 35 Tage sollte das Schiff für den Transport der europäischen Teilnehmer am Weltkongress der Röntgenologen nach Montreal und New York fahren. Zur Rechtfertigung der Entscheidung ist zu lesen: „Die Vercharterung ... ist von großer politischer Bedeutung. Die schwedischen Arbeiter haben das Schiff gebaut. Bisher sind damit Kapitalisten auf Geschäfts- und Urlaubsreise gegangen. Jetzt wollen die schwedischen Gewerkschafter über ihr Reisebüro ‚Reso‘ die Möglichkeit für Urlaubsreisen ... haben.“ Der tatsächliche Grund, der nebenbei erwähnt wird, war allerdings ein anderer: „Beide Vercharterungen bringen westliche Valuta ein. 1961 kann damit mehr als die Hälfte der Ausgaben in westlicher Valuta für alle Reisen ... gedeckt werden.“

Am 1. Januar 1964 gab es eine einschneidende Änderung. Beide Schiffe wurden dem FDGB wegen fehlender Wirtschaftlichkeit entzogen und dem VEB Deutsche Seereederei Rostock (DSR) „zur alleinigen Verwaltung“ übergeben. Die offizielle Bezeichnung „FDGB-Urlauberschiff“ durfte allerdings nicht geändert werden, obwohl die Vercharterung gegen

Westgeld immer mehr in den Vordergrund rückte.

In einer „Präsidiumsvorlage“ des Bundesvorstandes des FDGB vom 14. April 1967 ist zu lesen, wer nun bevorzugt mit den angeblichen FDGB-Urlauberschiffen die Weltmeere bereisen sollte:

„Die Fahrgastschiffe sind zur Erzielung eines hohen volkswirtschaftlichen Nutzeffektes nach folgender Reihenfolge zu verchartern: an Interessenten aus kapitalistischen Ländern gegen kapitalistische Währungen; an Interessenten aus sozialistischen Ländern gegen transferable Rubel und gegen jugoslawische Verrechnungswährung; an Interessenten aus der DDR (FDGB und Reisebüro).“

West-Touristen mit harter Währung waren am meisten willkommen, und diese bevorzugten Gäste konnten dann nach der Reise von ihren unvergesslichen Eindrücken auf dem „sozialistischen Traumschiff“ berichten.

„Sozialtouristik“

Ferienplätze wurden auch für eine sogenannte Sozialtouristik für Urlauber aus kapitalistischen Ländern zur Verfügung gestellt. Die Heime „Maxim Gorki“ in Oberhof und „Frieden“ in Heringsdorf wurden dafür ganzjährig für die zahlenden FDGB-Mitglieder blockiert. In der Präsidiumsvorlage vom 14. April 1967 ist zu lesen: „Zur Durchführung der Sozialtouristik sind Vereinbarungen mit den Gewerkschaften und Organisationen nachstehender Länder (Frankreich, Holland, Skandinavien, England, Luxemburg, Österreich, Italien) abzuschließen.“ Für 1968 weisen die Akten „1500 Reisen der Sozialtouristik für Urlauber aus kapitalistischen Ländern“ aus.

In einem gesonderten Beschluss des FDGB-Bundesvorstandes vom 23. Januar 1967 (S 24/67 mit dem Vermerk „Vertraulich“) wurden die bundesdeutschen Gewerkschafter versorgt: „Für die Urlaubsaufenthalte westdeutscher Gewerkschafter werden folgende FDGB-Erholungsheime zur Verfügung gestellt: a) ‚Gesundbrunn‘ in Plau am See, Bezirk Schwerin mit 36 Betten vom 14.4.–26.10.1967 = 14 x; b) ‚Ernst Thälmann‘ Haus 1 in Bad Schandau, Bezirk Dresden mit 42 Betten vom 18.5.–5.10.67 = 10 x.“

Gäste des FDGB-Bundesvorstandes

Einen wahren Traumurlaub konnten Gäste aus dem westlichen Ausland in der DDR erleben, wenn sie auf Einladung des FDGB-Bundesvorstandes anreisten. In einer Präsidiumsvorlage vom 5. März 1963 ist zu lesen, dass „350 Gewerkschaftsfunktionäre aus kapitalistischen Ländern“ einzuladen waren. Diese 350 Gäste nächtigten kostenlos in den besten Heimen, und damit es ihnen auch so richtig gut ging, bekamen sie sogar noch ein wöchentliches Taschengeld von 50 D-Mark, leitende ausländische Kader gar 100 D-Mark. „Außerdem werden 30,00 DM pro Person für Wein anlässlich der Begrüßung und der Verabschiedung, für Postkarten und Briefmarken und für die Reiseverpflegung zur Verfügung gestellt. Für die kulturelle Betreuung stehen täglich 5,00 DM pro Person zur Verfügung.“

Diese hofierten West-Gäste – ob nun Sportler, Studenten, Nutznießer der „Sozialtouristik“ oder die eingeladenen Besucher des Bundesvorstandes des FDGB – sie alle waren nützliche „Botschafter“ des SED-Regimes. Aufgrund ihrer persönlichen Vorteile vermittelten sie der internationalen Öffentlichkeit ein geschöntes Weltbild vom „Sozialismus“ in der DDR, und genau das war neben der Einnahme von Devisen wichtig, viel wichtiger als die Versorgung der einfachen, zahlenden Mitglieder des FDGB.

Das Lügegebäude des SED-Staates brach 1989 zusammen, aber der verklarte Rückblick der damaligen West-Besucher ist noch häufig anzutreffen. Ausreichend Bereitschaft, einen kritischen Rückblick auf diesen Teil der deutsch-deutschen Vergangenheit zu wagen, gibt es weder im Osten noch im Westen.

IWAN ILJIN

Wladimir Putins Lieblingsphilosoph

Russlands Staatschef verhehlt seine Bewunderung für seinen vor fast sieben Jahrzehnten gestorbenen Landsmann nicht

VON NORBERT MATERN

Viele fragen sich gerade auch angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine, was der russische Staatspräsident Wladimir Putin will, welche Ziele er verfolgt, was ihn antreibt, welche Weltanschauung sein Leben und Handeln bestimmt. Bei der Suche nach einer Antwort sollte nicht unberücksichtigt bleiben, wer der Lieblingsphilosoph des Staatslenkers ist: Iwan Iljin.

Im Jahre 2005 ließ Putin den Leichnam des 1883 in Moskau geborenen und 1954 nahe Zürich in Zollikon gestorbenen Gegners der Bolschewiki, Anhängers der Weißen Armee, konservativen Monarchisten und Slawophilen in der Schweiz exhumieren und im Moskauer Donskoikloster, in dem auch Alexander Puschkin und Alexander Solschenizyn liegen, bestatten. Putin war persönlich dabei. Für Alexius II., Patriarch von Moskau und der ganzen Rus von 1990 bis 2008, war das ein „Zeichen einer wiederhergestellten Einheit zwischen der russischen Nation und der orthodoxen Kirche“. Ein Jahr später ließ Putin Iljins Nachlass aus der Michigan State University holen. 2009 legte Putin in Anwesenheit von Medienvertretern erneut Blumen am Grab von Iljin nieder. Seither hat Putin Iljin bei seinen jährlichen Ansprachen im russischen Parlament regelmäßig zitiert.

Putin holte seine Leiche zurück

Putin fühlt sich durch Iljin in seinem Verdacht bestätigt, dass der dekadente Westen permanent die russische Unschuld missbraucht. Wenn Geschichtsstudenten Putin fragten, welche Autorität ihr Fach habe, antwortete Putin nur kurz: „Iljin“. Dimitri Medwedew, der Vorsitzende der Präsidenten-Partei „Einiges Russland“, empfahl Iljin der russischen Jugend zur Lektüre.

Der Aristokratenpross Iwan Iljin machte eine wissenschaftliche Karriere als Jurist über die Oktoberrevolution hinaus. 1906 wurde er Student und 1909 Privatdozent an der Jura-Fakultät der Kaiserlichen Moskauer Universität. 1918

promovierte er über „Die Philosophie Hegels als Lehre von der Konkretheit Gottes und des Menschen“. Es folgte die Ernennung zum Professor der Rechtswissenschaften.

Der Gegner der Bolschewiki wurde sechsmal verhaftet und sogar zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde jedoch nicht vollstreckt. Stattdessen wurde er ausgewiesen. 1922 verließ er mit 160 anderen Denkern auf einem der sogenannten Philosophenschiffe sein Heimatland.

Gegner der Bolschewisten

Er kam nach Deutschland, zuerst nach Stettin, dann nach Berlin. In der Reichshauptstadt begann er 1922 am Russischen Wissenschaftlichen Institut als Professor zu arbeiten. 1925 erschien sein Buch „Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse“. Das machte ihn in Kreisen der Geisteswissenschaft bekannt, und er las als Gastprofessor unter anderem an den Universitäten Heidelberg, Freiburg und Göttingen. Mit Blick auf die Bolschewiki forderte er zum Mut auf „zu verhaften, zu verurteilen und zu erschießen“.

Nachdem ihm die Nationalsozialisten, deren Machtübernahme er zunächst begrüßt hatte, Publikationsverbot erteilt hatten, ging er in die Schweiz, wo die Behörden in ihm einen versteckten Nationalsozialisten sahen. Er lebte in Zollikon, wo er von den Behörden beobachtet wurde. In seinen Vorlesungen in Deutschland nannte er Russland nicht eine kommunistische Gefahr, sondern ein „christliches Heilsversprechen der Zukunft“. In den 16 Jahren seines Schweizer Aufenthalts schrieb er die meisten seiner 50 Bücher. Dennoch ist er im deutschsprachigen Raum so gut wie unbekannt. Daran ändern auch einige Beiträge über ihn im Internet nichts.

Professor in Deutschland

In der Sowjetunion waren seine Werke durch die Zensur verboten. Einige erschienen nach 1990 in Russland. Putin zitiert daraus des Öfteren in seinen Reden mit Sätzen wie: „Wer Russland liebt, muss ihm Freiheit wünschen, vor allem Freiheit



„Denker“: Porträt Iwan Iljins von Michail Nesterow aus dem Jahre 1921/22

Foto: Wikimedia

für Russland selbst, seine internationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit.“

Iljin deutete die orthodoxe Lehre um, indem er, wie der US-amerikanische Professor Timothy Snyder von der Yale Universität in seinem Buch „Der Weg in die Unfreiheit. Russland, Europa, Amerika“ schreibt, das russische Wort „pasitelnii“

(erlösen) in den Bereich der Politik übertrug und „proizvol“ (Willkür) als patriotisch interpretierte. „Wir werden unsere Freiheit und unsere Gesetze von unserem russischen Patrioten erhalten, der Russland die Erlösung bringt“, prophezeit Iljin. Der Erlöser werde „recht männlich“ sein und „hart werden im gerechten und

männlichen Dienst. Inspiriert ist er vom Geist der Totalität und nicht von einem bestimmten persönlichen Interesse oder dem einer Partei. Er steht allein und handelt allein, denn er kennt die politische Zukunft und weiß, was getan werden muss“. Als einen solchen Erlöser soll sich Putin sehen.

HEINRICH LÜBKE

Ein „Ersatzmann“ mit zwei Amtsperioden

Vor 50 Jahren starb der zweite Bundespräsident – Seine Wiederwahl durch die Volksparteien ging der Großen Koalition voraus

1959 endete die zweite Amtszeit des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss. Eine weitere ließ das Grundgesetz nicht zu. Bundeskanzler Konrad Adenauer zeigte Interesse an dem Amt. Als er jedoch feststellen musste, dass sich die Befugnisse des Bundespräsidenten nicht in Richtung des früheren Reichspräsidentenamtes erweitern ließen, nahm er überraschend Abstand. Ersatz musste her. Als „Ersatzmann“ gilt beziehungsweise galt denn auch Heinrich Lübke, mit dem die Kanzlerpartei zur Präsidentenwahl von 1959 antrat.

Für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war der am 14. Oktober 1894 in Enkhausen geborene Sauerländer bis dahin in Adenauers Bundesregierung zuständig. Kernressorts heißen anders. Erst im zweiten Wahlgang setzte er sich durch.

In mancherlei Hinsicht passte Lübke jedoch in die Zeit. Als „Papa Heuss“ war sein Vorgänger in den Aufbaujahren verehrt worden, aber die Bundesrepublik war den Kinderschuhen entwachsen. In Lübkes Präsidentschaft fielen die wirt-

schaftlich besten Jahre der Republik mit Vollbeschäftigung und Babyboom. Da passte es, dass er im Gegensatz zum manchmal burschikosen Heuss weniger landesväterlich als präsidial daherkam. Das reichte vom gepflegten, gefälligen Äußeren bis zum bescheidenen, hilfsbereiten Auftreten. Letztgenannte Eigenschaften sind für eine politische Karriere eher hinderlich, aber für ein repräsentatives Amt nicht unpassend.

Auch seine thematische Schwerpunktsetzung passte in die Zeit. Bis 1961 hatte der Wohlstand in der Bundesrepublik derart zugenommen, dass die Regierung glaubte, ein Entwicklungshilfeministerium gründen zu sollen. Entwicklungshilfe und Milderung des Hungers in der Welt bildeten Schwerpunkte in der Präsidentschaft Lübkes und mehrten sein Ansehen vor allem in den unterentwickelten Teilen des Auslands.

Lübkes Präsidentschaft gehört zu den interessanten, an denen sich bereits bevorstehende Machtverschiebungen ab-

lesen lassen. Der Wahl des Sozialdemokraten Scholz zum Kanzler ging die seines Parteifreundes Steinmeier zum Präsidenten voraus. Der Wahl des Christde-



Heinrich Lübke im Jahre 1959

mokraten Kohl zum Kanzler ging die seines Parteifreunds Carstens zum Präsidenten voraus. Der Wahl des Sozialdemokraten Brandt zum Kanzler mit den Stimmen von SPD und FDP ging die Wahl seines Parteifreundes Heinemann mit den Stimmen von SPD und FDP voraus. Und der Wahl des Christdemokraten Kiesinger zum Kanzler mit den Stimmen von Union und SPD ging die Wiederwahl seines Parteifreundes Lübke zum Präsidenten mit den Stimmen von Union und SPD voraus. Lübke war wie der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, ein dezidiert Anhänger einer Großen Koalition.

Bei der Präsidentenwahl von 1964 hatte Lübkes einziger Gegenkandidat Ewald Bucher von der FDP mit 11,8 Prozent nicht die Spur einer Chance. Mit einer satten Zwei-Drittel-Mehrheit von 68,1 Prozent konnte Lübke in seine zweite Amtszeit starten.

Ein guter Redner war Lübke nie gewesen, doch in der zweiten Amtszeit kam

wohl noch erschwerend altersbedingte Arterienverkalkung hinzu. Welche der vielen Peinlichkeiten, die dem Bundespräsidenten aus dieser Zeit zugeschrieben werden, authentisch sind und wie viele Erfindungen des „Spiegel“, ist schwer zu ermitteln.

1966 startete die Stasi eine Propagandaoffensive gegen den angeblichen KZ-Baumeister an der Spitze der Bundesrepublik, die von Westdeutschlands linksgerichteter Publizistik aufgegriffen und unterstützt wurde. Lübke habe 1944 Bauzeichnungen für KZ-Baracken erstellt.

Weder die „KZ-Baumeister“-Kampagne noch seine Patzer, sondern den Wunsch, die nächste Bundespräsidentenwahl aus dem Wahlkampf zur Bundestagswahl vom 28. September 1969 herauszuhalten, nannte Lübke als Grund für seinen vorzeitigen Rücktritt am 30. Juni 1969.

Der Altpräsident baute gesundheitlich und geistig ziemlich schnell ab. Am 6. April 1972 starb der Krebskranke in Bonn.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Einer der jüngsten Tiefpunkte des Parlamentarismus hierzulande war der Auftritt der 23-jährigen Bundestagsabgeordneten Emilia Fester, die während der Debatte um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht den ungeimpften Teil der Bevölkerung auf hysterisch-infantile Weise dafür verantwortlich machte, dass sie während der vergangenen zwei Jahre der Universität habe fernbleiben müssen. Was der Angehörigen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen freilich nicht sonderlich geschadet haben kann, weil sie an gar keiner Hochschule immatrikuliert ist.

Vielmehr arbeitete die Abiturientin ohne Berufsabschluss oder Studienplatz als freischaffende Regieassistentin, bevor sie ins Parlament einzog. Damit strebte sie offenbar eine ähnliche Karriere an, wie das grüne „Urgestein“ Claudia Roth. Diese brach ihr Studium der Theaterwissenschaft nach zwei Semestern ab und betätigte sich hernach als Dramaturgin und Managerin einer Musikgruppe – bis die Letztere pleite ging. Dennoch avancierte Roth später zur Bundesvorsitzenden ihrer Partei, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und schließlich Staatsministerin im Kabinett Scholz.

Dabei bilden Roth und deren kreischende Epigonen Fester keineswegs unrühmliche Ausnahmen innerhalb ihrer Fraktion. Das zeigt ein Blick auf die Gesamtheit der 118 Abgeordneten der Bündnisgrünen im 20. Deutschen Bundestag, der sich am 26. Oktober 2021 konstituierte. Ohne jeglichen Berufs- oder Studienabschluss sind auch Tobias Bacherle, Agnieszka Brugger, Deborah Düring, Katrin Göring-Eckardt, Erhard Grundl, Kathrin Henneberger, Oliver Krischer, Ricarda Lang, Sascha Müller, Omid Nouripour, Corinna Ruffer, Jamila Schäfer, Merle Spellerberg und Niklas Wagener. Das ergibt eine „Ungelernten-Quote“ von immerhin 13,6 Prozent.

Politikwissenschaftler dominieren

Wobei in manchen Fällen aber noch die theoretische Hoffnung auf ein erfolgreiches Ende der Hochschulausbildung besteht, obgleich deren Beginn schon „einige“ Jahre zurückliegt. Diesbezügliche Rekordhalterin ist die 1985 geborene Brugger, die seit 2009 im Bundestag sitzt und seit 2018 auch als stellvertretende Fraktionsvorsitzende fungiert. Sie studiert bereits seit 2004 Politikwissenschaften und Öffentliches Recht an der Universität Tübingen – von 2006 bis 2009 mit einem Stipendium der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung. Hinter ihr auf Platz zwei liegt Jamila Schäfer, deren Immatrikulation 2012 erfolgte.

Dass man auch ein überlanges Studium noch irgendwann zu Ende bringen



Hysterisch-infantile Jungferrede: Die 23-jährige Grünen-Politikerin Emilia Fester bei ihrem ersten Auftritt im Bundestag

Foto: pa

PARLAMENT

Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal

Wo manch weltfremder Vorstoß seine Wurzeln haben könnte: Ein Großteil der Grünen-Bundestagsfraktion hatte kaum je Berührung mit dem wirklichen Leben

kann, demonstrierten unter anderem die nunmehrige Islamwissenschaftlerin Luise Amtsberg sowie der gleich doppelt akademisch geadelte Islamwissenschaftler und Agrarökonom Karl Bär. Beide benötigten von 2004 bis 2013, um zum Abschluss zu kommen. Ebenso währten Philipp Krämers Anstrengungen zur Erlangung der Würde eines „Joint Bachelor“ in Philosophie und Soziologie an der TU Darmstadt von 2013 bis 2021 – bei einer Regelstudienzeit von drei Jahren.

Was die Studienabschlüsse der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen betrifft, qualifizieren diese – sofern genaue Details bekannt sind – für folgende akademische Berufe (in Klammern die Zahl der Vertreter der jeweiligen Profession mit Abschlüssen vom Bachelor und Master über das Diplom bis hin zur Promotion): Politikwissenschaftler (20), Rechtsanwalt oder Jurist sonstiger Art (13), Sozialwissenschaftler (6), Volkswirt (5), Human-

mediziner (4), Sozialpädagoge (4), Betriebswirt (4), Islamwissenschaftler (3), Sozialarbeiter (3), Lehrer (3), Agrarökonom (2), Agrar-Ingenieur (2), Wirtschafts-Ingenieur (2), Psychologe (2), Biologe (2), Bau- beziehungsweise Wasserbau-Ingenieur (2). Jeweils einmal vertreten sind: Ingenieur für Wald- und Forstwirtschaft, Wirtschaftswissenschaftler, Verwaltungswissenschaftler, Erziehungswissenschaftler, Kommunikationswissenschaftler, Sprachwissenschaftler, Mathematiker, Informatiker, Umweltwissenschaftler, Friedens- und Konfliktforscher, Kunsthistoriker, Film- und Fernsehwissenschaftler, Veterinärmediziner, Sozial- und Kulturanthropologe, Regionalwissenschaftler, Literaturwissenschaftler, Philosoph und Völkerrechtler.

Im Kontrast zu diesem bunten Reigen akademischer Meriten stehen ganze sieben vor dem Studium erworbene Facharbeiterabschlüsse folgender Art (in

Klammern die Namen der Betroffenen): Veranstaltungskauffrau (Schahina Gambir), Forstwirtin (Tessa Ganserer), Groß- und Außenhandelskaufmann (Matthias Gastel), Wasserbautechniker (Bernhard Herrmann), Zootechnikerin (Steffi Lemke), Erzieherin (Beate Müller-Gemmeke) und Krankenschwester (Kordula Schulz-Asche).

Nur zwei mit militärischer Erfahrung

Dazu kommt als absoluter Exot die aus der Oberpfalz stammende Tina Winkmann, welche eine Ausbildung zur Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik absolvierte und danach tatsächlich auch von 1998 bis 2019 in diesem Beruf arbeitete, bevor sie aus dem Drei-Schicht-Betrieb bei der Siemens AG in Amberg in die Politik wechselte.

Mit anderen Worten: Das oftmals strapazierte Schlagwort „Aus dem Kreißsaal über den Hörsaal in den Plenarsaal“

trifft bei der übergroßen Mehrzahl der Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in vollem Maße zu. Was dann auch so manchen weltfremden Beitrag von bündnisgrünen Parlamentariern erklärt, der unschwer erkennen lässt, dass die Betroffenen nur höchst nebulöse Vorstellungen vom Leben der Arbeiter, Bauern, Angestellten und Rentner hierzulande haben.

Ebenso auffällig ist, wie wenige Volksvertreter aus der Partei unter der Führung von Ricarda Lang (abgebrochenes Studium der Rechtswissenschaften) und Omid Nouripour (abgebrochenes Studium der Philologie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften, Soziologie, Philosophie und Volkswirtschaftslehre) militärische Erfahrungen haben: Bernhard Herrmann diente anderthalb Jahre in der Volksarmee der DDR und Jürgen Trittin ein paar Monate in der Bundeswehr. Das war es dann auch schon.

EINZELHANDEL

„Bitte verhalten Sie sich solidarisch“

Verbände und Verbraucherzentrale warnen vor Hamsterkäufen: Die Versorgung sei gesichert

Manch einer fühlt sich in diesen Tagen an den Beginn der Corona-Krise erinnert. Damals waren die Toilettenpapierbestände und die Regale mit Fertiggerichten in manchem Supermarkt arg dezimiert. Doch die Hamsterkäufe waren eine vorübergehende Erscheinung. Nachdem die Verbraucher festgestellt hatten, dass die Lieferketten trotz Corona funktionierten und die Läden offen blieben, normalisierte sich das Kaufverhalten wieder.

Ob es diesmal auch so sein wird, ist ungewiss. Schließlich kann niemand seriös vorhersagen, wie lange der Krieg in der Ukraine anhalten wird. Derzeit stehen vorwiegend Sonnenblumen- und Rapsöl auf den Einkaufslisten der Deutschen. Die

Ukraine ist für Deutschland der Hauptlieferant von Sonnenblumenöl. Auch für den Import von Rapsöl spielt die Ukraine eine wichtige Rolle. Wegen des russischen Angriffskriegs fürchten sich nun viele Deutsche vor Preiserhöhungen oder Lieferengpässen bei den Speiseölen.

Insgesamt 94 Prozent dieser Öle bezieht die Bundesrepublik aus dem Ausland, einen Großteil davon aus Osteuropa. Und es scheint nicht beim Öl zu bleiben. Im Netz berichten Verbraucher vermehrt davon, dass es in den Supermärkten auch an Mehl und Hefe fehlt. Experten warnen allerdings vor Panik. Bauernpräsident Joachim Rukwied (CDU) sieht Deutschlands Versorgung

mit Getreide zumindest in diesem Jahr gesichert. „Wir leben in einer sogenannten Gunstregion für Getreideanbau, und der Selbstversorgungsgrad in der EU ist sehr hoch“, sagte er der „Passauer Neuen Presse“. Hamsterkäufe seien völlig unsinnig.

Preissteigerung bei 400 Produkten

Der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels (BVLH) appellierte in der vergangenen Woche ebenfalls, Hamsterkäufe zu unterlassen. „Bitte verhalten Sie sich solidarisch und kaufen nur das, was Sie unmittelbar benötigen.“ Als unangebracht, unsolidarisch und weder nötig noch empfehlenswert bezeichnete auch

die Verbraucherzentrale Niedersachsen Hamsterkäufe. Zwar bereiten steigende Preise für Energie, Kraftstoffe und Lebensmittel sowie teils leere Supermarktregale im Ukraine-Krieg vielen Menschen Sorgen. Dies sei auch nachvollziehbar. „Aber die Lebensmittelversorgung in Deutschland gilt als sicher. Lieferengpässe einzelner Produkte können mit alternativen Produkten ausgeglichen werden“, teilte die Verbraucherzentrale mit. Mitten im Chaos der Hamsterkäufe verkündete Lebensmittel-Riese Aldi auch noch, dass der Discounter die Preise für gleich 400 Produkte erhöht.

Wie schon während der Corona-Krise reagieren auch die Lebensmittelhändler.

Eine Sprecherin von Edeka teilte mit, die Versorgung der Bevölkerung sei gewährleistet. Statt auf Sonnenblumenöl könne man auf Raps- oder Olivenöl umsteigen. Das Unternehmen behalte sich vor, vorübergehend Rationierungen einzuführen. Ähnlich äußerten sich auch Aldi Süd und Lidl. In einigen Filialen dürfen Kunden nur noch eine begrenzte Anzahl an Öl-Flaschen kaufen. Doch die schlechten Nachrichten reißen nicht ab. Bei Fleisch und Milch seien keine Engpässe zu erwarten, sagt die Verbraucherzentrale Niedersachsen. Dennoch könnten die Preise weiter steigen, weil die Ukraine ein wichtiger Futtermittellieferant sei.

Peter Entinger



STIMMUNGSBILDER ZUM UKRAINEKRIEG

„Die Ukraine ist nur Opfer“

Die Meinungen der Königsberger gehen auseinander, doch in allem sind sich alle einig: Sie sind gegen den Krieg

Krieg, Militärübungen, Sanktionen, geschlossene Geschäfte und leer gefegte Regale bei bestimmten Waren in den Läden: Das Königsberger Gebiet ist aufgrund seiner Exklavenlage nicht nur geostrategisch von Bedeutung, es ist auch besonders von den verschärften Sanktionen des Westens betroffen.

Dennoch unterstützen etwa 60 Prozent der russischen Bevölkerung weiterhin Putin und rechtfertigen seinen Angriff auf die Ukraine. Was Bürger in Königsberg über den Krieg und die möglichen Folgen denken, erfuhr die PAZ von einigen Königsberger Bewohnern, die namentlich nicht genannt werden möchten.

Die 74 Jahre alte N., eine deutschsprachige Geschäftsfrau, gebürtig aus Moldau stammend, die seit 45 Jahren im Gebiet wohnt, geht besonders auf die Rolle der deutschen Presse ein:

„Niemand will den Krieg, die Russen am wenigsten (beziehungsweise die ehemaligen Sowjetbürger), die im Zweiten Weltkrieg die meisten Opfer gebracht haben. Wir hatten aber keine andere Wahl mehr gehabt. Der Krieg ist ja nicht erst Ende Februar 2022 begonnen worden, sondern vor acht Jahren in Donbass und Lugansk – darüber spricht keiner. Warum der Krieg angefangen wurde, fragt im Westen überhaupt keiner – Ihr habt totale Propaganda und keine Pressefreiheit. Wenn Sie in ihre politischen Talk-Shows nur Berater von Selenskyj und ukrainische Botschafter in Deutschland einladen und überhaupt keine Journalisten oder Politikwissenschaftler von der russischen Seite oder russischsprachige oder russlandfreundliche Journalisten, dann kann man doch keine objektiven Berichte bei Euch erwarten.

Außerdem wurden die russischen Medien abgeschaltet – warum eigentlich? Russland hat keinen Krieg mit der EU. Und in Deutschland heute nur BBC, CNN und ukrainische Berichte. Geht es noch? Wir sind alle schockiert, was aus Deutschland geworden ist.

Putin ist immer sehr deutschfreundlich gewesen, seine Frau, seine Kinder sprechen genauso wie er wunderbar Deutsch. Wie dumm muss man sein, um mit so einem Präsidenten alles, diplomatische Beziehungen, Handel und kulturel-



Der Krieg in der Ukraine beschäftigt alle: Auch Menschen in Königsberg sorgen sich um die Zukunft

Foto: J.T.

len Austausch, zu vermessen! Ah, ich habe ja vergessen – Deutschland wird ja nicht aus Berlin regiert, sondern aus Washington. Egal was über uns gesagt wird – unser Land wird aus dem Kreml regiert.“

Die 77-jährige deutschsprachige Reiseleiterin M. ist gebürtige Ukrainerin, und wohnt seit 50 Jahren in Königsberg. Sie kritisiert die ukrainische Regierung:

„Wenn ich mit meiner Schwester in der Ukraine telefoniere, kann ich nur den Kopf schütteln, welche Gehirnwäsche die dort verpasst bekommen. Sie meint, dass die russischen Gefangenen die Ukraine nach dem Krieg wieder aufbauen werden, genauso wie die deutschen Gefangenen nach dem Zweiten Weltkrieg es bereits gemacht haben. Wir haben Kriegszustände innerhalb der Familie.

Putins Ego-Krieg

Der 54-jährige Notargehilfe A., in Königsberg geboren, kann sich nicht so recht entscheiden:

„Ich bin hin und her gerissen. Einerseits finde ich, dass es ‚Putins Ego-Krieg‘

ist – er will sich auf der globalen politischen Fläche super wichtig machen. Die russische Wirtschaft ist am Ende, wir bauen keine eigenen Flugzeuge mehr, die Militärflugzeuge ja, jede Menge, aber für die

„Wir haben Kriegszustände innerhalb der Familie“

Reiseleiterin M gebürtige Ukrainerin

Zivilbevölkerung wird zu wenig gemacht. Wir sind ein Lieferant von Öl und Gas für die ganze Welt, produziert wird aber im Land kaum. Ich verurteile den Krieg sehr. Die sogenannte russische Intelligenzija wandert aus genauso wie viele junge Menschen. Wer soll das Land aufbauen?

Andererseits denke ich an die 90er Jahre zurück, wie schwer wir es nach dem Zerfall der UdSSR hatten – nichts zu essen, leere Regale überall, Kriminalität und so weiter. Dann glaube ich, dass wir alles schaffen – wir brauchen keine 20 Käsesorten, Artischocken und exotische Früchte aus der ganzen Welt. Wir können, wenn es sein muss, auch mit Buchweizen und Kartoffelgerichten überleben. Rohstoffe haben wir genug, wenn der Westen dermaßen gegen uns ist, dann reise ich halt nicht mehr ins Ausland. Wir überleben alles, ob der Westen ohne uns überlebt, daran zweifle ich sehr.“

Der 47-jährige, aus Moskau stämmige Geschäftsmann L., seit 30 Jahren in der Region, sieht die Ursachen im Kräfteverhältnis zwischen dem Westen und dem Osten:

„Alexander III. sagte bekanntlich: ‚Russland hat nur zwei Verbündete: die Armee und die Marine‘. Egal, was Russland macht – gegen das Land werden Sanktionen verhängt. Wir können leider nur Stärke zeigen, damit wir geachtet werden. Ist einfach so.

In Wirklichkeit findet der Krieg zwischen zwei Mächten statt, den USA und Russland. Die Ukraine ist nur Opfer. Es geht aber gar nicht um die Ukraine. Es geht zum größten Teil um Westeuropa. Eigentlich gegen die Bundesrepublik. Der schlimmste Albtraum der USA ist die Freundschaft der Russen und der Deutschen – das haben bereits der Erste und der Zweite Weltkrieg bewiesen. Die deutschen Innovationen und die russischen Bodenschätze bedeuten die Weltherrschaft, und dieser Platz ist seit Langem besetzt, und zwar durch die USA, die überall Kriege auf fremdem Territorium nach dem altrömischen Prinzip ‚Herrsche und Teile‘ führen: Ex-Jugoslawien, Libyen, Syrien und so weiter, um sich nachher als Friedensstifter zu positionieren.“

Der ebenfalls in Moskau geborene, aber seit 60 Jahren im Königsberger Gebiet ansässige 91 Jahre alte T. sieht das ähnlich:

„Als militärischer Stratege a. D. kann ich nur eins sagen: Wir haben zu wenig Infos. Putin ist nicht wahnsinnig geworden. Er musste einfach reagieren und vermutlich hatte er nur ein paar Stunden, um loszulegen. Es war ein Angriff auf die Krim und die Ostukrainegebiete wie den Donbass geplant. Es existieren Dutzende Biowaffenlabore auf dem ukrainischen Territorium. Andererseits gelten die gut erprobten Methoden eines jeden Krieges beziehungsweise der Kriegspropaganda: Wir befinden uns in einer Friedensmission, der Gegner tut etwas Böses – der Gegner hat viel mehr Verluste als wir – wir werden bald den Krieg gewinnen, der Gegner ist so gut wie tot.“

Der Westen gegen Russland

Der 42 Jahre alte Unternehmer S. sieht die Lage pessimistisch:

„Wir haben so gut wie verloren. Ich bin gespannt, welches Ass Putin aus dem Ärmel ziehen will, um gegenüber dem Westen den Krieg in der Ukraine zu rechtfertigen. Angriff auf Russland? Amerikanische Biowaffenlabore auf ukrainischem Territorium? NATO-Erweiterung? Uns glaubt doch keiner. In den Köpfen der westlichen Bevölkerung ist es doch für Jahre eingengelt: das ukrainische Volk ist das große Opfer, Russland ist der Aggressor, Putin ist ein Verbrecher. Seit Ende Februar gibt es die neue Weltordnung, nämlich die alte Weltordnung: Der Westen versus Russland.“

KÖNIGSBERGER GEBIET

In Insterburg soll eine Milchverarbeitungsanlage entstehen

Auswirkungen der Sanktionen – Milch aus Mehlaucken hat sich um 28 Prozent verteuert

Seit vergangenem Jahr steigen die Milchpreise im Königsberger Gebiet rasant, insgesamt wurde sie in den vergangenen Jahren 28 Prozent teurer. Seit Beginn des Ukrainekriegs hat sich die Lage noch verschärft. Die Gebietsregierung kündigte Subventionen an, um die Lebensmittelinflation einzudämmen.

Wie Michail Romanow, der Vorstandsvorsitzende des Agrarbetriebs in Mehlaucken [Salessje], erklärte, haben erhöhte Preise für den Kauf von Futtermitteln, die Wechselkurse und die gestiegenen Kosten für Ersatzteile zur Preiserhöhung beigetragen. „Vor Kurzem mussten wir die Preise um weitere zehn Prozent erhöhen. Das war



Milch aus Mehlaucken: Auf seiner Website wirbt der Agarbetrieb für seine Produkte

definitiv nicht in unseren Plänen für dieses Jahr vorgesehen. Dies ist höhere Gewalt“, so Romanow.

Im Februar erteilten die regionalen Behörden die Genehmigung zum Bau einer Milchverarbeitungsanlage in Insterburg. Es wurden Genehmigungen für den Bau von zwölf Gebäuden durch die Firma „DMC Wostok“ erteilt. Die Milchverarbeitungsanlage mit einer Kapazität von 350 Tonnen Milch pro Tag soll in einem Industriepark entstehen. In der Anlage können Butter, Vollmilch- und Magermilchpulver hergestellt werden. Die Butterproduktion wird über 5400 Tonnen pro Jahr betragen, die Produktion von Voll-

milch- und Magermilchpulver über 22.500 Tonnen. Der Bau soll im Mai beginnen. Laut der Generaldirektorin von „DMC Wostok“, Tatjana Obuchowa, müssen wegen des gestiegenen Eurokurses die Kosten allerdings neu berechnet werden. Sie sagte, dass die Partner keine Probleme bei der Lieferung von Ausrüstung sähen. Die einzige Sorge sei, dass Komponenten für die Kesselanlage fehlten. Das Problem könne jedoch gelöst werden.

Romanow hatte zuvor angekündigt, dass der Bau des Werks wegen der wirtschaftlichen Lage verschoben werden müsse. Die Anlage soll planmäßig 2023 in Betrieb gehen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Möller, Herbert, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 7. April
Schmall, Elisabeth, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 7. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April
Albrecht, Edeltraud, geb. **Wiemer**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 4. April
Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April
Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Certa, August, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 1. April
Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 5. April
Fischer, Grete, geb. **Schmakeit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 1. April
Frenzel, Olga, geb. **Köhler**, aus Ebenrode, am 3. April
Pliska, Waldemar, aus Neidenburg, am 1. April
Ströhm, Irmgard, geb. **Malso**, aus Maihof, Kreis Lyck, am 2. April
Wetzel, Hildegard, geb. **Metschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Demuth, Brigitte, geb. **Ignée**, aus Lippitz, Kreis Mohrunen, am 2. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ehrenberg, Rudy, aus Labiau, Kreis Neidenburg, am 4. April
Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. April
Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 7. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dombrowski, Walter, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 2. April
Flasdick, Annemarie, geb. **Killburger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 137, am 7. April
Kulesa, Marga, geb. **Reinoß**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. April
Putzki, Gerda, geb. **Plaar**, aus Wehlau, am 4. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Nissen, Irmgard, geb. **Klingenberg**, aus Godnicken, Kreis Fischhausen, am 2. April
Satzer, Erna, geb. **Völlmann**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 6. April
Waldt, Alfred, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 5. April
Wischniewski, Gerhard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 4. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Charchulla, Liesbeth, geb. **Newiger**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Engel, Herbert, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 3. April
Fenske, Hildegard, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April

Gremke, Erich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. April
Hesse, Willi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 6. April
Neumann, Christel, geb. **Fimmel**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 6. April
Niederhaus, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 6. April
Salk, Horst, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 6. April
Thernell, Annerose, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 2. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Classen, Oswald, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 6. April
Frech, Herta, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. April
Fries, Hedwig, geb. **Solinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 7. April
Junghans, Brigitte, geb. **Pietrzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. April
Kaesler, Edith, geb. **Ragnitz**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 5. April
Kutschera, Gertraude, geb. **Gritzka**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 1. April
Oppermann, Hans Georg, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 6. April
Quadt, Christel, geb. **Kobialka**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 4. April
Schipper, Marliese, geb. **Hammann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baumeister, Liesbeth, geb. **Geschwendt**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 7. April
Jäger, Herta, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 1. April
Korth, Heinz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 4. April
Kosowski, Irma, geb. **Lojewski**, aus Lyck, Yorkstraße 21, am 3. April
Maschlinski, Otto, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. April
Melchin, Walter, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 5. April
Sandberg, Gerda, geb. **Koch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. April

Ullmann, Christel, geb. **Jaschewski**, aus Treuburg, am 6. April
Urbczat, Hildegard, geb. **Lasarek**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bach, Karl, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. April
Gesewsky, Manfred, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 7. April
Glanz, Lisbeth, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 2. April
Kollhoff, Elfriede, geb. **Hemke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. April
Maszerim, Kurt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 4. April
Moldzio, Erich, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Rosenwald, Christa, geb. **Kowalkowski**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 5. April
Rueck, Ursula, geb. **Werner**, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 2. April
Sach, Heinz, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 6. April
Sadowski, Gerda, geb. **Siemund**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 6. April
Wagner, Hildegard, geb. **Blosat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 5. April
Walendy, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. April
Wenk, Artur, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. April
Wieczorek, Gerda, geb. **Orlowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. April
Zacher, Irmgard, geb. **Hundrieser**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brzoska, Sigrid, geb. **Schwarz**, aus Frankenu, Kreis Neidenburg, am 6. April
Helm, Edith, geb. **Marzian**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 3. April
Huylmans, Lieselotte, geb. **Langge**, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 3. April
Kolbow, Dieter, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 1. April
Konrad, Anneliese, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 1. April
Lehmann, Dietrich, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 3. April
Lehmann, Renate, geb. **Janz**, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 2. April
Lewandrowski, Lotty, geb. **Dawid**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. April
Liedtke, Elli, geb. **Michalski**, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 2. April
Matern, Gerhard, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. April
Neumann, Renate, geb. **Bombien**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 4. April
Palluck, Frank-Richard, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 2. April
Pestkowski, Brigitte, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 3. April
Praetorius, Günther, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 4. April
Schmetz, Ursula, geb. **Komossa**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. April
Sczesny, Erhard, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 5. April
Stullich, Klaus, aus Andreken, Kreis Lyck, am 2. April
Twisselmann, Herta, geb. **Wilfert**, aus Wehlau, am 5. April

ANZEIGE

Kurische Nehrung
Aquarell v. Paul Schmolling
 ca. 1925, Kurenkähne am Strand und Haff, Außenmaß 65,5x75
m. R. 2.400,- €
 Kontakt reipeki1@web.de

Vogel, Wolfgang, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. April
Wetzel, Erika, geb. **Lutz**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 6. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Eble, Adelheid, geb. **Schuchra**, aus Millau, Kreis Lyck, am 4. April
Gensik, Erika, geb. **Dikti**, aus Rübentz, Kreis Lötzen, am 4. April
Kalberlah, Ingrid, geb. **Godau**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. April
Minke, Heinz, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. April
Saul, Erna, geb. **Strohschein**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 7. April
Schwekutsch, Erika, geb. **Dahne**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. April
Schwermer, Christa, geb. **Kullik**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ramgraber, Brigitte, geb. **Walter**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 7. April
Rauhut, Manfred, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 7. April

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn:
 Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velouretui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung:
 Preußische Allgemeine
 Angela Selke
 selke@paz.de
 Tel: 040-414008-0

35,- Euro
 zzgl. Porto
 und
 Verpackung

Zusendungen für die Ausgabe 15/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 15/2022 (Erstverkaufstag 15. April) **bis spätestens Dienstag, den 5. April**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herr Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt
23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)
11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutsches Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Neuer Treffpunkt

Hof – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, möchte wieder mit den monatlichen Treffen beginnen. Da die Altdeutsche Bierstube am Nachmittag nicht mehr geöffnet ist, musste sich Christian Joachim mit seinen Vorstandsmitgliedern auf die Suche nach einem neuen Treffpunkt machen. Nach eingehenden Beratungen wurde als künftiges Vereinslokal das Jahnheim in der Jahnstraße 5 gewählt. Dieses ist für Busbenutzer und Autofahrer gut zu erreichen.

Wirtin Sabine Knoll stellt der Hofer Kreisgruppe das Nebenzimmer jeden zweiten Sonnabend im Monat um 15 Uhr zur Verfügung. So bleibt es bei dem seit Jahren gewohnten Termin. Kaffee und Kuchen, aber auch eine kleine Brotzeit können verzehrt werden.

Alle Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. Es gelten die aktuellen Coronabestimmungen.



Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Filmvortrag

Kassel – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr: Filmvortrag: „Verborgene

Geschichte“. An diesem Nachmittag werden Forschungsergebnisse englischer Historiker zum Ersten Weltkrieg vorgestellt.

Jahreshauptversammlung

Wetzlar – Sonnabend, 9. April, 10.30 Uhr, Gaststätte Matchball, Tennisplatz im Bodenfeld, 35576 Wetzlar: Jahreshauptversammlung der LOW-Kreisgruppe Wetzlar mit Neuwahl.

Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Jahresrückblick, 4. Bericht der Schatzmeisterin, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu TOP 3 bis 5, 7. Antrag auf Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin, 8. Neuwahl des Vorstandes: a) Vorsitzende/r, b) Stellvertretende/r Vorsitzende/r, c) Schatzmeister/in, d) Stellvertretende/r Schatzmeister/in, e) Kulturreferent/in, f) Stellvertretende/r Kulturreferent/in, g) Schriftführer/in, h) Stellvertretende/r Schriftführer/in, i) Medienbeauftragte/r, j) Beisitzer/innen, k) Kassenprüfer/in, l) Stellvertretende/r Kassenprüfer/in 9. Verschiedenes, 10. Schlusswort des/der Vorsitzenden, 11. Nach diesen Tagespunkten (1. bis 10.) können Sie Mittagessen (gegen 12.30 Uhr) einnehmen.

Anmeldungen für die Jahreshauptversammlung und Vorschläge für die Neuwahl der Vorstandsmitglieder bitte bis 4. April schriftlich oder fernmündlich an obige Adresse weitergeben. Bitte mit Mund- und Nasenschutz erscheinen. *Kuno Kutz*

Bund der Vertriebenen

Wiesbaden – Der BdV-Landesverband Hessen e.V. informiert: Die kommende Ausstellung im Wiesbadener Haus der Heimat trägt den Titel „Mitgenommen – Heimat in Dingen“ und wird vom 27. April bis 10. Juni im Wiesbadener Haus der Heimat gezeigt. Haus der Heimat, Friedrichstraße 35,

65185 Wiesbaden, Telefon (0611) 360190.



Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Gerhart Hauptmann Haus (GHH), Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 1699134, Internet: www.g-h-h.de.

Donnerstag, 7. April, 18 Uhr: „Un-garn nach der Wahl“ mit Stephan Löwenstein. #gerhartDIGITAL. Donnerstag, 7. April, 19 Uhr: „Verwandte Seelen? Käthe Kollwitz und Ernst Barlach“ Vortrag von Klaus Weigelt. Studienreise vom 4. bis 14. August: „Zu den verlorenen Dörfern der Johannsburger Heide“. Anmeldung bis 30. April unter E-Mail: grabowski@g-h-h.de, Telefon (0211) 1699113.



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

BdV-Kreisverband

Dresden – Mittwoch, 13. April, 14 Uhr, BdV-Geschäftsstelle, Ling-

nerallee 3, 01069 Dresden: Kaffeerunde mit Vortrag „Die Heimat meiner Vorfahren“ vom Memelländer Dietmar Daßinnies.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Freitag, 8. April, 11 Uhr, Oase, Kielseng 30: Geburtstagsempfang des Vorsitzenden.



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Bericht

Rotenburg/Wümme – Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg traf sich am 15. März im Kreishaus in Rotenburg/Wümme zur ersten Sitzung im neuen Jahr. Trotz der Coronalage und der politischen Situation in Europa war es sehr wichtig, dass der Vorstand sich zu einer Beratung getroffen hat.

Der Kreisvertreter Wolfgang Schiemann sagte in seiner Eröffnungsrede, es ist nur dank der sorgfältigen Vorbereitung durch Brigitte Junker und Michael Mayer das wir uns treffen konnten.

Mayer las auch noch ein Grußwort des Landrates Herrn Prietz vor. Der Vorstand war beschlussfähig, so konnten die wichtigen

Punkte diskutiert werden. Zum Beispiel die Finanzierung der Kreisgemeinschaft (Kassenbericht 2021) sowie die Aufgaben für das Jahr 2022. Können wir uns mit allen Angerburgern am 10./11. September zu den 68. Angerburger Tagen treffen, und kann es 2023 im Februar eine heimatpolitische Tagung geben?

Ein weiterer Bericht erfolgte über den kommunalen Kongress in Allenstein und über die Tagung der Kreisvertreter am 12./13. März in Helmstedt.

Ein sehr wichtiges Thema: Die Aktivitäten in und für Angerburg. Der Kontakt zur Stadt und dem Kreis Angerburg muss erhalten bleiben. Zum Beispiel humanitäre Hilfe und die Unterstützung der deutschen Gesellschaft Mauersee. Auch der Schüleraustausch zwischen Angerburg und dem Patenkreis Rotenburg/Wümme müsste wieder stattfinden. Eine Reise nach Angerburg ist für Juni geplant. *Erich Kerwien*



Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistags- und Beiratssitzung

Sarstedt – Sonnabend, 2. April, 11 Uhr: Kreis- und Beiratssitzung mit den Punkten: Jahresplanung, Hilfeprogramm, Finanzwesen, Heimatbrief und Personalstand. Das Hauptkreistreffen wird am 4. September in Dortmund stattfinden (siehe Heimatbrief 2022).



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Erich Moldzio zum 90.

Erich Moldzio wurde am 1. April 1932 in Giersfelde, Kreis Lyck, geboren. Seit dem 8. Januar 1971 ist er Ortsvertreter seines Heimatortes. Moldzio hat über Giersfelde ein Heft geschrieben. Giersfelde wurde im Oktober 1944 nach Groß Lemkendorf im Kreis Allenstein evakuiert.

Im Sommer 1945 kehrte die Familie Moldzio in den Kreis Lyck zurück. Ihren Hof in Giersfelde durfte die Familie nicht beziehen. Stattdessen wurden sie in das „Rote“ Haus, dem Deutschen-Ghetto, in Fließdorf einquartiert.

Erich Moldzio musste zwangsweise auf dem staatlichen Gut (PGR) arbeiten. 1957 siedelte die Familie in die Bundesrepublik um. *Bärbel Wiesensee*

ANZEIGE

Wirken Sie mit an der Stiftung.

First Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 3001 8349 83
BIC: FUBKDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

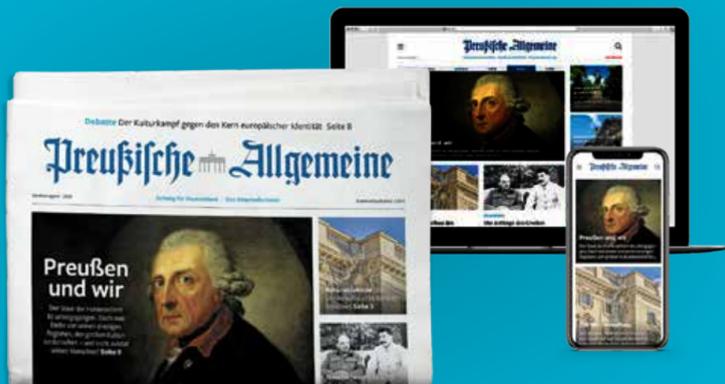
Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

DITTCHENBÜHNE

Streifzug durch 1000 Jahre

Doppelt so viele Interessierte hatten sich zur XIV. Baltischen Tafelrunde angemeldet. Wegen der noch geltenden Corona-Bestimmungen konnten jedoch nur 80 Gäste im schönen Festsaal der Dittchenbühne - Forum Baltikum e.V. in Elmshorn Platz finden.

Der Erste Vorsitzende Raimar Neufeldt begrüßte zum ersten Mal eine königliche Hoheit: Georg Friedrich Prinz von Preußen. Der Ururenkel Kaiser Wilhelms II. ist seit 27 Jahren Chef des Hauses Hohenzollern.

Mit Köstlichkeiten aus den ehemaligen Provinzen Preußens präsentierte die Küche der Dittchenbühne eine überraschende Zusammenstellung von traditionellen, aber auch weniger bekannten Speisen. Für jeden Gast lag ein Exemplar der gerade erschienenen Jubiläumsschrift „40 Jahre Dittchenbühne“ zum Mitnehmen bereit.

Der Referent des Abends sprach zum Thema „Vom Fels zum Meer“. Es ist der Wahlspruch des

Hauses Hohenzollern. Georg Friedrich Prinz von Preußen bat um Verständnis dafür, dass er sich nicht an die Bitte des Gastgebers hielt, an diesem Abend den Ukrainekrieg auszusparen. Er habe es nicht für möglich gehalten, dass zwei Flugstunden von uns entfernt eine Invasion, für die es keine Rechtfertigung gäbe, sich vollziehe. Seine Ehefrau und er haben Vorfahren aus Russland, aus der Ukraine und aus dem Baltikum, sie seien von dem menschlichen Leid sehr betroffen. Unvergessen sei ihm das Flüchtlingsschicksal seiner Großeltern. Aus dem damaligen Erleben heraus habe seine Großmutter Kira von Preußen 1952 die Prinzessin Kira von Preußen Stiftung für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte gegründet. Während er vor wenigen Jahrzehnten den Stiftungszweck für beinahe überholt angesehen habe, sei dieser jetzt wieder aktuell.

Mit einem beeindruckenden Foto von der Stamburg der Ho-

henzollern Hechingen im Wolkenmeer begannen die Ausführungen des Referenten zur Familiengeschichte. „Der Fels trägt die Wiege meiner Geschichte.“ Seit dem Jahr 1061 seien die Zollern auf dem Mons Solarius, ein national wertvolles Kulturgut, nachweisbar. Die Stammbaumhalle veranschauliche die bisher 961 Jahre dieser Dynastie. „Wenn Sie mir den Werbeblock erlauben“, 350.000 Menschen besuchten pro Jahr die Burg. Nicht nur auf der Burg Hechingen seien Kunstschätze aus dem Sammlungsbestand des Hauses Hohenzollern zu finden, sondern als Leihgaben in Einrichtungen aller Bundesländer mit Ausnahme Bayerns.

Der Prinz beklagte die sich verschlechternde Allgemeinbildung, mit der mangelnde Geschichtskennntnisse einhergingen. Die Geschichte der Hohenzollern, die Geschichte Preußens sei Teil der Weltgeschichte. Mit der Nennung einiger familiengeschichtlich bedeutsamer Daten beendete der Prinz von Preußen seinen kurz gefassten Streifzug durch tausend Jahre.

Neufeldt überreichte dem Referenten nicht nur eine Flasche hochprozentigen „Preußengeist“, sondern auch eine junge Eiche, die eine tausendjährige Mutter hat, die berühmte Eiche von Cadinen. Der Prinz von Preußen versicherte, er wolle unbedingt einmal nach Cadinen fahren. Unabhängig davon werden die Besucher dieser Veranstaltung ihn als gewinnend, charmant, bescheiden und sympathisch in Erinnerung behalten. Ute Eichler



Sorgen für eine gelungene Baltische Tafelrunde: Georg Friedrich Prinz von Preußen mit dem Service-Team der Dittchenbühne

MEMEL

„25 Jahre Simon-Dach-Haus“

Am 8. und 9. Oktober 2021 feierte der Verein der Deutschen in Memel (VdD) 25 Jahre des Bestehens vom Simon-Dach-Haus. Zu diesem Anlass wurde eine Ausstellung über die Tätigkeit des Hauses seit seiner Gründung erstellt. Diese Ausstellung wurde am 22. März in der Öffentlichen Ieva-Simonaitytė-Kreisbibliothek vorgestellt und ist dort noch bis zum 17. April zu sehen.

Die Versammelten wurden vom Vorsitzenden des Vereins Klaus Peter Paul Grudzinskas begrüßt, über die Eröffnung des Hauses und die ersten Jahrzehnte der Tätigkeit erzählte die Ehrenvorsitzende Magdalena Piklaps und die Gegenwart schilderte der Leiter des Hauses Arnold Piklaps. Sehr interessant

waren die Gedanken der Memelländerin Silva Pocyte, langjährige Leiterin des Historischen Instituts an der Universität in Memel (heute: Institut für die Geschichte und Archäologie der Baltischen Region). Sie betonte, wie wichtig das Simon-Dach-Haus sei und welche symbolträchtige Bedeutung der Name Simon-Dach in sich trägt. Unter diesem Namen vereinen sich ostpreußische Literatur, Kultur, Wissenschaft und die Identität von Memel/Klaipėda. Ein Deutsches Haus könnte es in jeder Stadt und in verschiedenen Ländern geben, aber ein „Simon-Dach-Haus“ ist zugleich auch ein deutsches Symbol, das fest zur Stadt gehört.

Den musikalischen Beitrag leistete das Ensemble unserer Ju-

gendlichen aus dem Hermann-Sudermann-Gymnasium unter der Leitung von Asta Alminė.

Der VdD dankt den Förderern der Ausstellung: Departement der Minderheiten der Republik Litauen, Stadtverwaltung Klaipėda, Landsmannschaft Ostpreußen, Berliner Memelland-Gruppe, Altertums-Gesellschaft Prussia. Dank der Ausstellung werden die Tätigkeit des VdD und die vielfältigen Aktivitäten im Simon-Dach-Haus noch sichtbar und können überall präsentiert werden.

Wer den Verein der Deutschen in Memel besuchen möchte, sollte sich die Osterfeier am 23. April, 12 Uhr, Hermann-Sudermann-Gymnasium notieren.

Rasa Müller



Teilnehmer und Mitwirkende der Ausstellungseröffnung zum 25-jährigen Bestehen des Simon-Dach-Hauses: Vorstand des Deutschen Vereins mit dem Ensemble der Jugendlichen aus dem Hermann-Sudermann-Gymnasium unter der Leitung von Asta Alminė und Teilnehmern

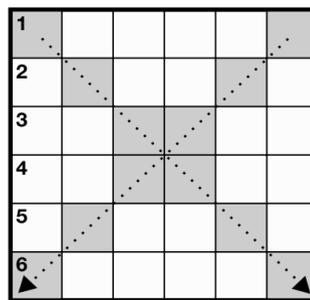
Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'Muster, Prüfungsstück', 'vereint, allein', 'Vernehmung der Vorfahren', 'Längenmaß', 'früherer äthiopischer Titel', 'semit. Stammesangehöriger', 'Spitzname des Amerikaners', 'legendäres Wesen im Himalaja', 'kreisförmige Gebilde', 'zu einem Erdteil gehörend', 'ärmellose Umhang', 'ausgenommen, frei von', 'Gefühl, Verständnis für etwas', 'ein Lied vortragen', 'in Ordnung bringen', 'Vorderasien', 'leichter Rausch', 'afrikanisches Wildpferd', 'italienischer Maler', 'Zensur', 'Hinweis auf eine Schuld', 'Lotteriescheine ziehen', 'Auswanderin', 'Gebirge in Italien', 'runde Schneehütte', 'Inhaltslosigkeit', 'Sieger, Bester', 'Ostgermane', 'kurze Hose (engl.)', 'Umsatzwort (lat.)', 'chem. Element, Halbmetall', 'Kassenzettel; Gutschein', 'Ansammlung kleiner runder Steine', 'größeres Häuserviereck', 'Zeitalter', 'nieders. Stadt an der Unterelbe', 'schwed. Forscher (Sven)', 'ermächtigt, berechtigt', 'Trinkgefäß für Alkohol', 'Gruppe von Säugern', 'Fleiß, Befähigung', 'Widerhall', 'zugehörige Arzneimittelmenge', 'Verkauf, Warenhandel', 'Speisefisch', 'Luftverdichter im Motor (Kzw.)', 'chem. Zeichen für Helium', 'Vornahmer', 'Bruder Jakobs im A. T.', 'gefüllter oder belegter Kuchen', 'ausgedehnt essen u. trinken', 'Teil des Wagens', 'später Nachkomme', 'Liebste; Leistungs-fähigste', 'zum Verzehr geeignet', 'pessimistische Voraussage', 'afroamerik. Klaviermusikstil', 'vertraut anreden', 'Bilderrätsel', 'spätig, komisch', 'US-Filmstar: ... Bullock', 'süße rote Gartenfrucht', 'abgesehen von', 'US-Boxlegende (Muhammad)', 'Fluss zur Donau', 'Schiff-fahrts-behörde', 'Be-treuung, Fürsorge', 'Blechblas-instrument', 'Gieß-gefäß mit Henkel', 'ital. Geigen-bauer-familie', 'Organ des Harn-systems', 'baumlose Gras-land-schaft', 'untere Rücken-partie', 'europäischer Staat', 'bayerisch: Almhirt', 'Pleite, Blattnage', 'luftförmiger Stoff', 'nordischer Hirsch', 'eine der Gezeiten', 'Getreide-art, Kukuruz', 'Abkür-zung für Euer Ehren', 'Frau, die Wild erlegt', 'Notiz-buch; Tages-ordnung', 'ein Planet', 'altrö-mische Monats-tage', 'brausen, dröhnen', 'Tier oder Pflanze a. fernen Ländern', 'PAZ22_13'

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled: Row 1: [] [] [] [5] [7] [] [9] [6] []; Row 2: [] [] [] [] [] [] [] [] []; Row 3: [3] [7] [] [] [8] [] [] [9] [5]; Row 4: [4] [2] [] [9] [7] [] [1] [8] []; Row 5: [] [] [] [2] [8] [] [] [] []; Row 6: [7] [5] [] [1] [4] [] [2] [6] []; Row 7: [2] [8] [] [] [1] [] [] [3] [9]; Row 8: [] [] [] [] [] [] [] [] []; Row 9: [] [] [] [1] [4] [] [2] [5] []

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

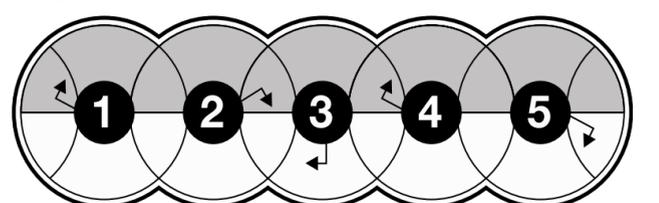
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schneidewerkzeuge.

- 1 ohne Zuversicht
2 Gastaufenthalt
3 Rauschgiftändler, Dealer (engl.)
4 Geldschrank
5 Erdrinne
6 diebischer Vogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Tierunterkunft.

- 1 Balken im Dachstuhl, 2 Eigelb, 3 Treppenabsatz, 4 Verfassung, Satzung, 5 Grundstoff



Kulturzentrum Ostpreußen

40 Jahre Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen – Zeit für einen Rückblick.

Die Übernahme der Patenschaft des Freistaates Bayern für die Landsmannschaft Ostpreußen im September 1978 steht am Anfang der Geschichte des Kulturzentrums.

Bereits drei Jahre später fand in der Ellinger Schloßkirche der

Festakt zur Eröffnung dieser gänzlich neuen Einrichtung statt.

Nach den bescheidenen Anfängen im Erdgeschoß des Westflügels konnten schließlich auch die beiden Obergeschosse renoviert und den Ostpreußen zur Nutzung übergeben werden; alle Räumlichkeiten mit Ausstellungsräumen, Büros und weiteren Räumen haben eine Fläche von

etwa 1500 Quadratmeter. Neben Archiv und Bibliothek gibt es seitdem einen großen Bereich für eine museale Dauerausstellung, in der unter anderem das Bernsteinkabinett, das Königsberger Bürgerzimmer, Ostpreußen im Kartenbild, die Salzburger Exulanten, die Jagd in Ostpreußen und eine Gemäldegalerie zu sehen ist, und genügend Platz für Sonder- und Kabinettausstellungen.

Moderne Medienstationen vermitteln auf moderne Art und Weise weiterführende Informationen und laden zum Mitmachen ein.

Die reich bebilderte Jubiläumsdokumentation im ersten Obergeschoß berichtet über die vielfältigen Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten des Kulturzentrums Ostpreußen im Lauf der letzten 40 Jahre und ist noch bis Ende August zu sehen. Diese



Dokumentation ist auch als 48-seitige Broschüre zum Preis von 5,- Euro zuzüglich Porto zu erwerben unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de

Kulturzentrum Ostpreußen-Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Öffnungszeiten im Zeitraum von April bis September: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr



Ostpreußisches Landesmuseum

Künstlerisches Drucken und Stempeln für Kinder – Osterferienwoche für Kinder von acht bis zwölf Jahren, Dienstag, 5. April bis Freitag, 8. April, täglich von 13.30 bis 16.30 Uhr, 5 Euro pro Tag, Teilnahme an einzelnen oder allen Tagen möglich.

Die Sonderausstellung „Des Alltags schöne Seiten“ mit vielseitigen und herrlich bunten Farbdrukken von Landschaften, Tieren und Menschen ist optimal geeignet, um die Fantasie der Kinder anzuregen. Nach Betrachtung der Bilder werden im Atelier verschiedene Drucktechniken ausprobiert. Dabei experimentie-

ren die Kinder mit Alltagsgegenständen, die als Druckstempel verwendet werden und entwickeln eigene Ideen für tolle Stempelbilder. Persönliche Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeiten kommen zudem beim Linoldruck zur Geltung. Jeder erstellt eine eigene Druckplatte, mit der wunderschöne Oster-Postkarten gefertigt werden können.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich. Bitte beachten Sie unsere Corona-Regeln, die

wir tagesaktuell auf unserer Internetseite veröffentlichen.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



Farblithografie von 1956: Gerhard Matzats „Tigerkopf“



OSTPREUSSISCHES JAGDMUSEUM

Der junge Friedrich II.

Der Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum unterstützt den Ankauf eines königlichen Gemäldes

Der Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. hat den Neuerwerb eines Gemäldes im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, das den jungen Preußen-König Friedrich II. zeigt, mit einem bedeutenden finanziellen Betrag unterstützt.

Das Gemälde soll nach Fertigstellung der Kant-Ausstellung in dieser aufgenommen werden; denn der Philosoph und der Monarch waren Wegbereiter der Aufklärung. Friedrich II. wurde von seinen Zeitgenossen und späteren Generationen nicht nur wegen seines politisch-militärischen Genies verehrt, sondern auch als „Aufklärungskönig“, der sich den neuen Ideen der französischen und englischen Aufklärung gegenüber aufgeschlossen zeigte. Nicht nur als Freund von Voltaire, sondern auch im Umgang mit dem Königsberger Immanuel Kant hat Friedrich sich als fördernder Landesherr hervorgetan. In diesem Zusammenhang wird das neue Portrait in der zukünftigen Kant-Ausstellung eine zentrale Rolle einnehmen.

Zu einer Besichtigung des Neuzugangs trafen sich der Museumsdirektor Joachim Mähnert, der Kurator Jörn Barfod, die Ehrenvorsitzende des Förderkreises Barbara Loeffke und der Vorsitzende Ministerialrat i.R. Horst F. Buschalsky im Ostpreußischen Landesmuseum.

Barfod erläuterte, dass der Bildtyp des Königs charakteristisch für die ersten Regierungsjahre Friedrichs war. Das Bild ist in einem sehr gut restauriertem Zu-

stand und wurde Ende letzten Jahres auf einer Auktion ersteigert. Es stammt aus der Werkstatt des Potsdamer Hofmalers Antoine Pesne (1683 – 1757), von dem einige Portraits Friedrichs des Großen gemalt wurden.

Den Mitgliedern und Spendengebern des Förderkreises muss ausdrücklich gedankt werden. Nur mit ihrer Hilfe lassen sich herausragende Anschaffungen für das Ostpreußische Landesmuseum verwirklichen. *Horst F. Buschalsky*



Bei der Besichtigung des Neuzugangs: (v. l.) Jörn Barfod, Horst F. Buschalsky, Barbara Loeffke, Joachim Mähnert *Foto: H. F. Buschalsky*

STIPENDIUM

Stadtschreiberin in Memel

Sonya Winterberg wird aus der Hafenstadt berichten

Eine vom Deutschen Kulturforum östliches Europa berufene Jury, der auch zwei litauische Vertreterinnen angehörten, entschied sich für die Journalistin Sonya Winterberg als Stadtschreiberin von Memel.

Das Stadtschreiber-Stipendium des Deutschen Kulturforums östliches Europa, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) dotiert wird, dient dazu, das gemeinsame kulturelle Erbe der Deutschen und ihrer Nachbarn in jenen Regionen Mittel- und Osteuropas, in denen auch Deutsche gelebt haben oder heute noch leben, in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es soll darüber hinaus das gegenseitige Verständnis und den interkulturellen Dialog fördern. Als Wanderstipendium konzipiert, war es bisher in Danzig, Fünfkirchen, Reval, Marburg an der Drau, Kaschau, Riga, Pilsen,

Breslau, Kronstadt, Lemberg, Allenstein, Rijeka und Odessa angesiedelt.

Partner des Kulturforums bei der Durchführung des Stipendiums in Memel 2022 ist die Öffentliche Teva-Simonaitytė-Kreisbibliothek.

Winterberg wird ihren fünfmonatigen Aufenthalt in Memel voraussichtlich Mitte Mai antreten. Während dieser Zeit wird sie ein Internettagebuch führen und dort über Begegnungen und Begebenheiten berichten. Über ihren Blog kann man mit der Autorin ab Mai in Kontakt treten. Eine Übersetzung der Einträge ins Litauische ist vorgesehen.

Die finnlandschwedische Journalistin arbeitet seit über 20 Jahren für Medien in Europa und Nordamerika. Schwerpunkt Winterbergs Arbeit ist dabei die Langzeitbeobachtung von Menschen in

krisenhaften Lebenssituationen. So porträtierte sie die Witwen und Kinder von Srebrenica nach dem Genozid, sowie afghanische Flüchtlinge bei der Rückkehr in ihre Dörfer am Hindukusch. Mehrere Jahre lang begleitete sie ostpreußische Kriegswaisen, die nach 1945 hinter dem Eisernen Vorhang geblieben waren, auf den Spuren ihrer Vorfahren in Deutschland und dem Königsberger Gebiet.

Seit 2014 zeichnete Winterberg für mehrere preisgekrönte Dokumentarfilme verantwortlich, darunter „Kinderhandel – Mitten in Europa“ und „Medizinexperimente in Auschwitz – Clauberg und die Frauen von Block 10“. Ihr Buch „Wir sind die Wolfskinder“ (Piper, 2012) erschien 2019 auf Litauisch. Für diesen Sommer ist die englische Ausgabe geplant.

Deutsches Kulturforum östliches Europa

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. **Eintritt nur mit gültiger Karte.**

KÖNIGSBERGER GEBIET

Es begann in Juditten

Der Aufbau der Russisch-Orthodoxen Kirche im nördlichen Ostpreußen begann 1985 – Der heutige Patriarch Kyrill I. trieb ihn voran

VON BODO BOST

Der heutige Moskauer Patriarch Kyrill I. war vor seiner Berufung zum Patriarchen bis 2009 Metropolit von Königsberg und Smolensk. Er vollzog ab 1985 den imposanten Aufbau der orthodoxen Kirche in Nord-Ostpreußen, nachdem das Königsberger Gebiet offiziell 40 Jahre religionslos gewesen war.

In den Jahren 1720 bis 1730 entstand in Königsberg eine reguläre orthodoxe Gemeinde unter der Leitung von Wassilij Kwasowskij, einem Druckereibesitzer, der Bücher in polnischer, russischer und kirchenslawischer Sprache veröffentlichte. Während des Siebenjährigen Krieges, zwischen 1758 und 1762 bekam Ostpreußen den Status eines russischen Generalgouvernements, erste orthodoxe Kirchen entstanden in Ostpreußen, die jedoch wieder zugrunde gingen. Nach der Oktoberrevolution von 1917 kamen einige Dutzend russisch-orthodoxe Emigranten nach Königsberg. Priester aus Berlin und Litauen hielten für sie Gottesdienste, aber eine Gemeinde bildete sich nicht. Das blieb auch so, als die Sowjetunion 1945 den nördlichen Teil Ostpreußens besetzte und annektierte, die deutsche Bevölkerung vertrieb und mit Angehörigen aller Sowjetvölker neu besiedelte. 40 Jahre blieb das ganze Gebiet wie Albanien eines der wenigen religionslosen Gebiete Europas.

40 Jahre lang religionslos

Der Moskauer Patriarch Kyrill Gundjajew war ab 1984 Bischof von Smolensk. Am 25. Februar 1985 beschloss das Exekutivkomitee des Rates der Volksdeputierten der Stadt Königsberg, eine erste orthodoxe Gemeinschaft zu registrieren. Die Gemeinde erhielt die Ruinen der ehemaligen lutherischen Kirche in Juditten am Stadtrand von Königsberg. Die Kirche erhielt den Namen des Heiligen Nikolaus des Wundertäters und wurde innerhalb eines halben Jahres



Eines der ältesten Gotteshäuser des Samlandes: Die Kirche von Juditten

Foto: Detlef Lubenau

in die Smolensker Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche aufgenommen.

Die Juditter Kirche, die bereits 1255 in der Zeit des Deutschen Ordens gebaut worden war, ist die älteste erhaltene Kirche der Region. Dass gerade diese Kirche zur ersten orthodoxen werden sollte, war eine klare Ansage. Seit dieser Zeit wuchs die Zahl der orthodoxen Gemeinden in der Region sprunghaft. Oft versammelten sich die Gläubigen in ehemaligen Turnhallen, Lagerhäusern und Kirchen, die für orthodoxe Gottesdienste umgebaut worden waren. Schon im Jahre 1988 wurde die orthodoxe Diözese Smolensk-Wjasemskij in Diözese Smolensk-Kaliningrad umbenannt. Seit 1993 verwaltete die Smolensker Diö-

zese auch von Smolensk aus die Gemeinden im Königsberger Gebiet.

1996 legte Kyrill als zuständiger Metropolit zusammen mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin am früheren Hansaplatz, dem heutigen Platz des Sieges, den Grundstein zur künftigen orthodoxen Christ-Erlöser-Kathedrale der Stadt. Vorher war dort das Lenin-Denkmal auf dem Gelände der einstigen Deutschen Ostmesse abgeräumt worden. Dass gerade auf diesem Platz das erste neu erbaute orthodoxe Kirchengebäude durch Architekt Oleg Kopylow in der russischen Ära der Stadt 2006 fertiggestellt wurde, zeugt von dem Denken Kyrills in geschichtlichen Dimensionen. Der deutsche

protestantische Dom in Königsberg, der 1333 errichtet worden war, wurde zwar nach 1992 wegen des dort befindlichen Kant-Grabes mit deutschen Geldern wieder aufgebaut, er dient heute jedoch vorwiegend als Konzert- und Ausstellungsraum. Der Moskauer Patriarch Kyrill I. bat kurz nach seiner Amtseinführung 2009 Waldimir Putin, den Königsberger Dom, in dem sich bereits eine orthodoxe Kapelle befindet, der Russisch-Orthodoxen Kirche zu übergeben, „um ihn seiner zweckgemäßen Nutzung zuzuführen“. Über den Antrag hat Putin bislang nicht entschieden.

Im Januar 2002 gab es im Königsberger Gebiet bereits 42 Gemeinden, 51 Kirchen

und ein Kloster. Der Klerus bestand aus 43 Priestern und sechs Diakonen. Am 31. März 2009 beschloss der Heilige Synod unter dem neuen Patriarchen Kyrill, eine Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche in dem Königsberger Gebiet zu bilden. Der Vikar des Gebietes Seraphim Melkonjan, der aus der Stadt Adler am Schwarzen Meer stammt, wurde der erste russisch-orthodoxe Bischof der Königsberger Diözese mit dem Titel „für das gesamte Baltikum“. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Königsberger Gebiet vier Dekanate mit 75 Pfarreien.

Kirchen im Besitz der ROK

Am 21. Oktober 2016 beschloss der Heilige Synod der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), in Insterburg eine neue Diözese für den Osten und Norden des Königsberger Gebiets einzurichten. Erster orthodoxer Bischof wurde Bischof Nikolaj (Degtjarew) von Insterburg [Tchernjachowsk] und Heinrichswalde [Slawsk]. Zu dieser Diözese gehören heute 50 Kirchen und 14 Kapellen für 250.000 Gläubige.

Orthodoxe Bischofskirche wurde in Insterburg die ehemals deutsche reformierte Kirche, die 1886 nach den Plänen des Berliner Architekten Friedrich Adler errichtet worden war. Diese Kirche war 1989 von der Russisch-Orthodoxen Kirche übernommen worden. Am 2. Mai 1992 wurde die orthodoxe Kirche durch Metropolit Kyrill feierlich dem Erzengel Michael geweiht.

Heinrichswalde erhielt 1995 einen orthodoxen Kirchenneubau. Das imposante Aufbauwerk von Metropolit Kyrill diente diesem bestimmt bei seiner Wahl zum Patriarchen von ganz Russland 2009, obwohl insgesamt die heutige orthodoxe Kirchenlandschaft des Königsberger Gebiet mit etwa 200 orthodoxen Pfarreien noch weit hinter der einst deutschen Kirchenlandschaft zurücksteht, als es über 1000 evangelische und katholische Kirchengemeinden in der vom Deutschen Orden christianisierten Region gab.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Schlesisches Nachtlesen“

Literaturfreunde können in Görlitz an einem Abend gleich mehrere Standorte in zwei Ländern ansteuern

Joanna Bator ist polenweit mindestens so bekannt wie Olga Tokarczuk. Und wie bei der Nobelpreisträgerin ist auch im Werk von Bator Schlesien stets ein Thema. Die Waldenburgerin lebt in Warschau, besucht jedoch ihre niederschlesische Heimat immer wieder gerne, zuletzt im Winter, als ihr in Hirschberg [Jelenia Góra] der Riesengebirgspreis für Literatur verliehen wurde. Nun können auch die Bewohner des beiderseits der Lausitzer Neiße gelegenen Görlitz Bator begegnen. Sie ist Gast des diesjährigen „Schlesischen Nachtlesens“, das am 8. April um 17 Uhr in der Ost-Görlitzer [Zgorzelec] Ruhmeshalle, die heute ein Kulturzentrum (Dom Kultury) ist, beginnt. „Im Mittelpunkt des Abends steht Bators neuestes Buch ‚Gorzko, gorzko‘ (wörtlich: „Bitter, bitter“), das derzeit von Lisa Palmes ins Deutsche übersetzt wird“, freut sich Organisatorin Agnieszka Bormann, Schlesienreferentin am Schlesischen Museum zu Görlitz.

Schlesien ist stets ein Thema

Die aus Südostpolen stammende Germanistin und Kulturmanagerin lebt und arbeitet seit 17 Jahren im schlesischen Görlitz: „einem perfekten Ort für eine deutsch-polnische Übersetzerin und Kul-

turmanagerin“, sagt sie. Die Autorin Bator lernte Bormann bei der Verleihung des Riesengebirgspreises persönlich kennen. „Wir saßen nebeneinander beim Abendessen und kamen ins Gespräch“, sagt Bormann. Weil sich die beiden auf Anhieb gut verstanden haben, willigte Bator ein, beim schlesischen Nachtlesen dabei zu sein. Bormann verspricht einen geistreichen Abend. Den Sinn des „Schlesischen Nachtlesens“ erklärt sie so: „An mehreren, teilweise ungewöhnlichen Orten in Görlitz tragen bekannte Persönlichkeiten Texte vor, die mit Schlesien zu tun haben. Literaturfreunde flanieren von Ort zu Ort und lauschen kurzen, etwa 15- bis 20-minütigen Lesungen.“ Diese Kurzbeiträge finden mehrfach statt, sodass man alle Standorte des Nachtlesens als Route ablaufen kann, ohne auf konkrete Uhrzeiten fixiert zu sein.

Auf bundesdeutscher Seite der Neiße-Stadt wird unter anderem im Kaufhaus Totschek in der Steinstraße, dem 1868 gegründeten, mondänen Bekleidungshaus, in dem heute Unternehmer an Entwicklungsstrategien für die Region tüfteln, gelesen. Auf der Route des „Schlesischen Nachtlesens“ befinden sich Leseorte wie das vegane Bistro Kochwerk am Demiani-



Spornt zum Lesen an: Schlesienreferentin Agnieszka Bormann

Foto: Wagner

platz oder der Optiker Brillenlounge am Otto-Buchwitz-Platz. Bormann zückt ein weiteres Ass aus dem Ärmel: „Die Lesroute erstreckt sich dieses Jahr zwischen zwei Görlitzer Seniorenheimen: der Villa Marie Curie in der Joliot-Curie-Straße und dem Zentralhospital in der Krölstraße. Ihre Türen sind während des ‚Schlesischen Nachtlesens‘ geöffnet.“

Nach zwei Jahren kultureller Entbehrungen soll wieder etwas geboten werden. Im Gegensatz zu allen anderen Leseorten, wo jede halbe Stunde derselbe Text angeboten wird, wird in beiden Seniorenheimen jeweils ein anderer Text zu hören sein.

Die Senioren in den Heimen und die Besucher dürfen sich zum Beispiel auf

Auszüge aus den Tagebüchern der Fürstin Daisy von Pless ‚Tanz auf dem Vulkan‘ freuen. Nach fast 100 Jahren wurden sie im Februar neu verlegt und werden druckfrisch beim ‚Schlesischen Nachtlesen‘ zu Gehör gebracht.“ Für sie ist Daisy von Pless (1873–1943) eine der schillerndsten Figuren der schlesischen Geschichte.

Kulturelles nach zwei Jahren

Der langjährige Opernsänger am Gerhart-Hauptmann-Theater Zittau-Görlitz, Stefan Bley, nimmt die schlesischen Literaturfreunde auf eine Reise ins Iser- und Riesengebirge mit. Er liest aus dem „Wanderer im Riesen-Gebirge“.

„Die Lektüre entführt uns in die verschwundene Welt des Iser- und Riesengebirges des 17. bis 20. Jahrhunderts. Wir erleben den Lebensalltag in den Bergen, in den Bauden, auf den Wegen. Wir lernen die Bauden-Bewohner, Reiseführer, Glashüttenarbeiter, Schmuggler und natürlich die Wanderer kennen. Arbeit und Freizeit, Freud und Leid, Sitten und Speisen – und alles vor dem Hintergrund der wunderbaren Berglandschaft.“ Das hofft Bormann, die selbst leidenschaftlich gern im Riesengebirge wandert.

Chris W. Wagner

AUF ALTER TRASSE

Im Rückspiegel

Reichsautobahnabschnitt Kolbitzow–Hornskrug – Geplant war der Verlauf Berlin–Stettin–Elbing–Königsberg

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Die Reichsautobahn 11, Berlin–Stettin, berührte die pommerische Hauptstadt nicht direkt, als sie im Jahr 1936 dem Verkehr übergeben wurde, denn bei Kolbitzow bog sie nach Osten ab und endete bei Hornskrug. Hier erreichte sie die Bäderstraße nach Swinemünde und Cammin an die Ostsee. Erst als Stettin am 15. Oktober 1939 durch Eingemeindungen von 40 Ortschaften zur Großstadt wurde, kam sie bei Klütz im Süden des Stettiner Stadtkerns an ihre neue Großstadtgrenze. Geplant war, dass diese Reichsautobahn 11 einmal Königsberg als Endziel haben sollte.

Berlin–Stettin–Königsberg

Der nach Osten führende Teilabschnitt Kolbitzow–Hornskrug dagegen konnte erst 1937 fertig gestellt werden, denn vorher musste das fünf Kilometer breite Odertal mit gewaltigen Brückenbauten überquert werden. So beträgt die Länge der Westoderbrücke 204 Meter, während es die Reglitz- oder Ostoderbrücke auf 224 Meter bringt. Mit der Teilstrecke der Reichsautobahn 11 – sie gehört zu den ältesten Autobahnen in Deutschland – wurde im Frühjahr 1934 begonnen. Da der Reichsautobahnabschnitt an der Ostseite des Odertales an Podejuch, dem Isertal, der Mittelmühle, Hökendorf und Rosengarten vorbeilief, wurde sie im Volksmund auch Buchheideautobahn genannt.

Teilstück Buchheideautobahn

Für die gewaltigen Dammbauten und die geplante 220 Meter lange und 22 Meter hohe Brücke über die Lange Straße am Hökendorfer Buchheiderand wurde zur Erleichterung der vielen Erdarbeiten eine Feldbahn eingesetzt. Um diese Brücke überhaupt bauen zu können, wurden die Wirtschaftsgebäude des Hökendorfer

Bauern Arndt enteignet. Als Ausgleich erhielt er einen Bauernhof in Grünow bei Pasewalk. Die Schienen und Loren für die Feldbahn mussten vom Altdammer Bahnhof zur Baustelle gebracht werden. Spandienste für den Transport leistete das Gut

Von der fertiggestellten Brücke hatte man einen herrlichen Blick auf Hökendorf und Altdamm bis hin zum Dammschen See. Im Jahr 1937 war der Bauabschnitt Kolbitzow–Hornskrug abgeschlossen und konnte somit zum Verkehr zugelassen

sen nach Wald-Dievenow an der Ostsee begonnen mit dem Auto von 1937 bis 1939 von Hökendorf aus auf dem Teilstück. Weiter ging es dann ab Hornskrug auf der Bäderstraße in Richtung Swinemünde beziehungsweise Cammin. Während des

umgeleitet, damit die Autobahn frei für die Wehrmachtsfahrzeuge blieb. Zwei Monate später wurde sie zur Rollbahn für die russischen Fahrzeuge.

Seit 1975 bin ich bei Pomellen, Grenzort der DDR zu Polen, über Kolbaskowo, wie jetzt Kolbitzow heißt, nach Hökendorf [Kleskowo] mit dem Auto gefahren. Beim Grenzort Pomellen gab es oft lange Wartezeiten. Hier kamen die Heimwehtouristen oder Nostalgiereisenden oft untereinander ins Gespräch und tauschten Erlebnisse und Erfahrungen ihrer Fahrten untereinander aus.

Hotel Panorama, viel besucht

An der Autobahn oberhalb von Podejuch entstand ein großes Hotel, das Hotel Panorama. Hier verabredeten sich die Hökendorfer nach der Wende 1989 jährlich zu einem Heimattreffen.

In Hökendorf vergaßen einige ehemaligen Ortsbewohner nicht, auf die Autobahnbrücke über die Lange Straße zu steigen, um den weiten Blick bis zum Dammschen See zu genießen, wie früher. Manch einer buddelte eine Immortellenpflanze am Böschungsrand der Brücke aus, um sie zu Hause wieder einzupflanzen. Dieser Blick von der Brücke ist heute leider durch eine Schutzwand mit kleinem Fenster eingeschränkt worden. Um das Jahr 2012 wurde diese Brücke von den Polen saniert.

Vom Hotel Panorama aus bin ich mit einer kleinen Hökendorfer Gruppe an der Autobahn entlang nach Hökendorf gewandert. Man konnte auch schon vorher, an der kleinen Autobahnbrücke, über die Straße von der Mittelmühle zur Pulvermühle herabsteigen, um von dort in den Heimatort zu gelangen.

Heute läuft die ehemalige Reichsautobahn 11 als A 11/E 28, in Polen als A 6. Die Passage der Grenze ist seit dem EU-Beitritt Polens kein Hindernis mehr.



1937 dem Verkehr übergeben: Blick auf die neue Reichsautobahn Kolbitzow–Hornskrug mit der Oderbrücke

Dohrn in Hökendorf. Beim Ausladen der Schienen verunglückte tödlich am 24. August 1934 Dietrich Anton Dohrn, der Erbe des Gutes, als er versuchte, seinen Mithelfer Paul Dennier zu retten. Er hatte bemerkt, dass die Schienen ins Rutschen geraten waren. Paul Dennier blieb durch den Rettungseinsatz zwar am Leben, war aber schwer verletzt im Gesicht.

werden. Noch bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts stand eine der typischen Reichsautobahntankstellen mit ihrem schwungvollen Dach bei Rosengarten.

Erinnerungen

An diesen Teil der ehemaligen Reichsautobahn 11 habe ich sehr viel persönliche Erinnerungen. Unsere Sommerferienrei-

der Krieges gab es Benzin auf Zuteilung und nur für Dienstfahrten. Auf der Autobahn sah man daher nur wenige Autos. Die Hökendorfer Jugend machte sich immer wieder gerne den Spaß, sie für Wettfahrten mit dem Rad zu nutzen.

Im Januar und Februar 1945 wurden die Trecks aus Hinterpommern und Ostpreußen vor der großen Hökendorfer Brü-

VOR 50 JAHREN

Hellmuth Heyden erforschte die Pommerische Kirchengeschichte

Ehrendoktorwürde der Greifswalder Universität bereits 1953

Hellmuth Heyden stammte aus Greifswald und entwickelte sich neben seiner Pfarrtätigkeit mit seinen Nachforschungen zum Vater der pommerischen Kirchengeschichtsschreibung. Damit erreichte er zu Lebzeiten viel Anerkennung und auch über seinen Tod vor 50 Jahren hinaus eine beträchtliche Nachwirkung, was sich in verschiedenen Schriften, die ihm gewidmet sind, niederschlägt. Dazu gehören Beiträge in einigen Bänden der „Baltischen Studien“, die sein verdienstvolles Schaffen würdigen.

Heyden wurde am 18. Januar 1893 in Greifswald geboren. Sein Vater fungierte in der Universitätsstadt als Polizeiwachmeister. Nach ersten Greifswalder Kinderjahren des Jungen wurde der Vater nach Altdamm bei Stettin versetzt. Der Ort liegt rund acht Kilometer östlich von der Stettiner Altstadt, ist seit dem 12. Jahrhundert als Besitz des Klosters Kolbartz überliefert und wurde 1249 vom Pommernherzog Barnim I. übernommen.

Altdamm bekam 1260 das Stadtrecht, wurde 1924 Standort des Stettiner Flughafens und 1939 ein Stadtteil von Stettin. Heyden wuchs in Stettin auf, besuchte eine höhere Knabenschule sowie das Sophienstiftsgymnasium und hatte den bekannten Historiker Martin Wehrmann als Lehrer, der ihn für die Geschichtsschrei-

bung interessierte. Nach dem Abitur 1911 studierte Heyden nacheinander in Greifswald, Tübingen, Halle und erneut in Greifswald Theologie, fungierte während des Ersten Weltkriegs in Stettin als Lazaretthilfsseelsorger und wurde nach der Ordinierung in der Stettiner Schlosskirche noch 1918 zum Pfarrer der Stettiner Bugenhagenkirche berufen.

Er erwies sich schnell als erfolgreicher Kanzelprediger, dessen Kirche immer gefüllt war, beschäftigte sich mit der Geschichte bis dahin, dass er sich in den Archiven Material erschloss und in Geschichtsvorträgen der „Gesellschaft für Pommerische Geschichte und Altertumskunde“ einem größeren Interessentenkreis vortrug. Seine Erkenntnisse verarbeitete der Hobby-Historiker schließlich auch in Schriften. Dabei entstanden größere Abhandlungen wie die Bücher „Die Kirchen Stettins und ihre Geschichte“ und „Kirchengeschichte von Pommern“.

Zwischendurch heiratete der Pfarrer der Stettiner Bugenhagenkirche 1921 Elisabeth Matz, deren Vater als Reichsbahnobersekretär überliefert ist. In den Jahren der Weimarer Republik drang er immer tiefer in die Geschichtsforschung ein. Testamente, Urkunden, Chroniken und überlieferte Briefwechsel bedeutender Persönlichkeiten waren seine Welt. Zu

den Nationalsozialisten ging er nach anfänglicher Annäherung angesichts des ausufernden Kirchenkampfes auf Distanz.



Heyden wirkte an der Stettiner Bugenhagenkirche (seit 1945 katholische St. Adalbert-Garnisonkirche). In Stralsund trägt eine Straße seinen Namen

Bei Kriegsende hielt Heyden entgegen den Weisungen seiner Vorgesetzten seiner dezimierten Gemeinde die Treue und wurde vom russischen Stadtkommandanten als unbelasteter Theologe zum ersten Nachkriegs-Superintendenten ernannt. Aber dann kam im Gefolge der territorialen Zuordnung Stettins zu Polen die Vertreibung.

Heyden zählte zu den Vertriebenen, übersiedelte zunächst nach Grimmen im damaligen DDR-Land Mecklenburg, übernahm dann das Pfarramt in Richtenberg und wurde 1949 zum Superintendenten des Kirchenkreises Franzburg erhoben. Er erfüllte unter den veränderten Bedingungen seine kirchlichen Amtspflichten und fand in neuer Umgebung auch wieder Zeit für seine Geschichtsforschungen, die er mit noch größerer Intensität fortsetzte. Seine historischen Erkenntnisse fanden in der jungen DDR Anerkennung.

1953 verlieh ihm die Greifswalder Universität die Ehrendoktorwürde. In der überlieferten Promotionsurkunde steht: „Dem unermüdeten Erforscher der Kirchengeschichte seiner Heimat, dem charaktervollen Vertreter wissenschaftlicher Arbeit in der evangelischen Pfarrerschaft, dem erfolgreichen Verfasser gemeinverständlicher Aufsätze zur Kirchengeschichte.“ Dazu gesellte sich zusätzlich

ein „Lehrauftrag für pommerische Kirchengeschichte“ an der Greifswalder Universität. Nachdem er 1960 in den offiziellen Ruhestand getreten war, konnte er sich in den letzten Lebensjahren frei von amtlichen Bürden voll und ganz der Erforschung der pommerischen Kirchengeschichte widmen.

Heyden wohnte zuletzt in Stralsund, war aber oft in den Archiven des Ostseeraumes unterwegs und erschloss weitere Themenkreise. Das reichte von Protokollen der frühen pommerischen Kirchenvisitationen, die Anfänge des Buchdrucks in Pommern, die Heimsuchung durch epidemische Krankheiten, die Kirchen Stralsunds und ihre Geschichte bis zur Entwicklung der Orts-, Straßen- sowie Personennamen, zu den Besonderheiten des mittelalterlichen Hospitalwesens und zur Geschichte der Greifswalder Universität. Dazu erforschte Heyden letztlich ebenso die Geschichte des berühmten Croyteppichs.

Darüber starb der rührige Kirchenmann als Vater der pommerischen Kirchengeschichtsschreibung am 18. März 1972 in Stralsund. Neben seinem umfangreichen Lebenswerk hinterließ er zwei Kinder. Sein Nachlass gehört inzwischen zum Bestand des Landeskirchenarchivs in Greifswald. *Martin Stolzenau*

„Ein Spiel mit dem Feuer“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich möchte mich herzlich für den Beitrag ‚Zerbombte Kulturbrücke‘ bedanken. ‚Der hysterische Russland-Boycott des Westens‘ – das ist genau die richtige Formulierung“

Dr. Bärbel Beutner, Unna
zu: „Zerbombte Kulturbrücke“ (Nr. 11)



Ausgabe Nr. 11

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KEINE FRIEDENSGARANTIE
ZU: EIN ABERMALIGER WECKRUF
AN EINE GEFORDERTE NATION
(NR. 11)

Frieden schaffen ohne Waffen – ein schöner Traum, und was für ein böses Erwachen, wie der Überfall Russlands auf die Ukraine zeigt! Vor mehr als 200 Jahren schrieb der erste amerikanische Präsident George Washington: „Wer auf den Krieg vorbereitet ist, kann den Frieden am ehesten bewahren.“ Wohl wahr, aber eine 100-prozentige Sicherheit bietet dies auch nicht. *Dr. Karl Hahn, Bad Salzungen*

GROB FAHRLÄSSIG GEHANDELT
ZU: EIN ABERMALIGER WECKRUF
AN EINE GEFORDERTE NATION
(NR. 11)

Putin ist der Aggressor, und Europa muss sich ducken, weil es nicht in der Lage ist, sich im Notfall angemessen zur Wehr setzen zu können. Die Bundesregierung und der Bundestag liefern ein Armutszeugnis. Der Krieg in der Ukraine, der sich auf ganz Europa auszubreiten droht, scheint noch nicht bei allen Ministern und Bundestagsabgeordneten wirklich angekommen zu sein.

Der Zusammenhalt der EU hat insbesondere in den vergangenen 16 Jahren schwer gelitten. Eine deutsche Bundeskanzlerin glaubte, dass alle anderen EU-Staaten nach dem deutschen Wesen genesen müssten.

Während sie vor Russland, China und den USA kuschte, meinte sie, auf kleine Staaten, bei denen die Einführung des Euro große Probleme bei der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit sich brachte, verbal draufhauen zu können. Und das eigene Volk jubelte ihr zu. Schließlich sollten die „anderen“ endlich mehr „arbeiten“ und die deutsche Tugend des Sparens lernen. Da war es wieder, das nationalistische Dogma.

In Wirklichkeit ist das politische Wirken der ehemaligen Bundeskanzlerin ein einziges Desaster. Sie hat mit ihrem ver-

blendeten politischen Verständnis nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa die Fähigkeit genommen, sich gegen Aggressoren wie Putin im Ernstfall angemessen zur Wehr setzen zu können beziehungsweise es durch eine angemessene Abschreckung erst gar nicht so weit kommen zu lassen.

Die Erde wird niemals ein friedlicher Hort werden. Grob fahrlässig ist jedoch, wenn man als Regierungschefin seine Bürger nicht ausreichend vor wildgewordenen Eroberern schützt.

Putin dürfte in den zurückliegenden Jahren das politische Wirken „der mächtigsten Frau der Welt“ in Europa mit seinem typischen Schmunzeln um seine Mundwinkel, das seine Verachtung vor schwachen Menschen zum Ausdruck bringen soll, genüsslich zur Kenntnis genommen haben. *Alfred Kastner, Weiden*

PARALLELEN ZU 1945
ZU: EIN ABERMALIGER WECKRUF
AN EINE GEFORDERTE NATION
(NR. 11)

Die Berichterstattungen über Putins Angriffskrieg und die Flucht der Ukrainer müsste den bundesdeutschen Medien eigentlich Verpflichtung sein, in einer Rückschau die Flucht, Vertreibung und Deportation ab 1945 von 15 Millionen Deutschen im Osten mit wohl drei Millionen Opfern in den Blick zu nehmen und daran zu erinnern. Die Ereignisse damals geschahen unter heute nicht mehr vorstellbaren chaotischen Zuständen, unvergleichbar größeren Dimensionen und unter noch unmenschlicheren Bedingungen als im aktuellen Krieg.

Doch unsere Medien schweigen sich aus oder relativieren, wie schon seit Jahrzehnten, wenn es um deutsche Opfer geht. Das Ziel dieses Vorgehens ist klar: Die bewusste Förderung der Ahnungslosigkeit der jüngeren Generation nach dem bewährten Grundsatz, dass nicht geschehen ist, worüber nicht berichtet wird.

Dabei ist es doch besonders für diese Generation wichtig, mehr über den Krieg

gegen die deutsche Zivilbevölkerung ab 1945 und mehr über die völlige Rechtlosigkeit unserer Landsleute damals zu erfahren. Hier wäre es besonders Aufgabe des Bundes der Vertriebenen, seine Stimme hörbar zu erheben. *Werner Blietz, Goch*

FOLGEN EINER ABHÄNGIGKEIT
ZU: FOLGEN EINER ZEITENWENDE
(NR. 10)

Die angekündigte „Zeitenwende“ gleicht einer Öffnung der „Büchse der Pandora“. Mit Sanktionen gegen Russland und Waffentlieferungen an die kriegsführende Partei Ukraine sind wir im Sinne des Völkerrechts Kriegsteilnehmer gegen Russland.

„Mit der Weigerung der Sicherheit für Russland hat Washington die Tür zum Krieg geöffnet“, so Paul Craig Roberts, ehemaliger Finanzminister unter der Regierung Reagans, US-Ökonom und Publizist am 14. Februar. Die zu diesem Zeitpunkt gemachten Aussagen dürften auch der Bundesregierung bekannt gewesen sein bei dem Konflikt, der jetzt als Stellvertreterkrieg Russland vs. USA zum Leid der ukrainischen Bevölkerung ausgetragen wird.

Die mit der „Zeitenwende“ offenkundige Kriegsrhetorik und Hochrüstung gegenüber Russland ist ein Spiel mit dem Feuer, bei dem allein „Die Wiederaufnahme einer Angriffspolitik“ als Grund für eine Kriegshandlung gemäß UN-Charta gegeben ist. Hierzu dürften insbesondere auch die im Rahmen der Aufrüstung zu beschaffenden US-Kampfflugzeuge F-35 mit Trägerfähigkeit für Atomwaffen zählen, deren Teilhabe dem Sperrvertrag unterliegt.

Die deutsche Sicherheitspolitik und Neuausrichtung der Bundeswehr im Rahmen der NATO, als verlängerter Arm der USA als Relikt des Kalten Krieges, gefährden im hohen Maße unser aller Sicherheit in Europa. Dazu war bereits vor Jahrzehnten aus einem Lexikon der DDR zu entnehmen: NATO, aggressiver Militärpakt zur Durchsetzung amerikanischer Hegemoniebestrebungen.

Dazu bleibt festzustellen, dass die USA im Zuge der Hegemoniebestrebungen an keinerlei Recht und Gesetz gebunden sind. Die eigentlichen Folgen der „Zeitenwende“ werden uns in Abhängigkeit der USA geschichtslos in sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht noch hart treffen. *Peter Westphal, Goslar*

ÜBERALL NUR HASS UND HETZE
ZU: WOLLEN ODER KÖNNEN SIE NICHT? (NR. 5)

Es entsetzten mich die einseitigen Berichterstattungen. Nach allgemeinem Verständnis wird Krieg immer von zwei Seiten geführt. Wir wissen, dass die NATO-Osterweiterung nicht den Abmachungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages entspricht. Auch nicht dem Minsker-Vertrag von Februar 2015. Davon kann ich nirgends etwas lesen. Es wird vergessen gemacht.

Jetzt entsetzt mich die gewaltige Hetze gegen alles Russische. Wir erleben Hass und Hetze, Diskreditierung, Diskriminierung gegen russische Künstler und Sportler, egal ob Weltrang oder nicht; sowie Einfuhr- und Verkaufsverbot russischer Waren in noch nie dagewesener Form. Selbst Dostojewski ist ein „verbotener“ Schriftsteller. Das ist inhuman und wirft uns um 85 Jahre zurück. Das ist keine gute Welt mehr. Dieses System ist nach Karl Marx „der sterbende, faulende Kapitalismus“, das haben wir im Osten gelernt. *Hans-Ulrich Kaßner, Bautzen*

DR. OETKERS ERFINDUNG
ZU: AUFGESCHNAPPT (NR. 10)

Zum „Russischen Zupfkuchen“ haben wir über Jahre immer wieder russische Gäste und Stadtführer bei uns in der Gaststätte befragt. Und ebenfalls, als ich 2010 in Ebenrode war. Keiner der Befragten kannte diesen. Schließlich hatte ihn Dr. Oetker erfunden. Das muss so um 1995 gewesen sein. Es war noch D-Mark-Zeit. *Heiko Höchst, Meißen*

ANZEIGE

Das legendäre Kräuterhausbuch für den ständigen Gebrauch in Garten und Küche!

Jetzt bei uns erstmals als preisgünstige Sonderausgabe!

■ Dieses Standardwerk verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit traditionellen Überlieferungen. Im umfassenden Pflanzenlexikon sind über 500 wirksame Heilpflanzen mit ihren Inhaltsstoffen und Anwendungen genau beschrieben.

Von Alant und Alpenveilchen bis Zwergholunder und Zwiebel

800 Farbfotos, Anbauanleitungen, Blüte- und Sammelzeiten, Trocknung, über 2000 Anwendungen als Hausmittel, rund 2000 Rezepte mit Zubereitungen für Tees, Tinkturen, Weine, Liköre, Schnäpse, Essig, Säfte, Speisen, Salben und Bäder. Unterstützende Edelsteinenergie, Kräutermagie und Planetenordnung, Homöopathie, Bach-Blüten, Schüßler Salze, Hildegardmedizin, Chinesische Medizin, Tabellen und Index zur Mittelfindung. Ein Symptome-Verzeichnis sowie ein Sachregister runden dieses große Kräuterhausbuch ab.

»Treten Sie unseren Heilkräutern mit Respekt entgegen, geben Sie ihnen in Ihrem Garten ein Zuhause, beugen Sie durch richtige Kräuterernährung Krankheiten vor.«

Siegfried Hirsch & Felix Grünberger: Die Kräuter in meinem Garten
großformatiges Paperback • Fadenheftung • 800 Seiten
durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 975 200

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

STADTJUBILÄUM

Von Preußen wachgeküsst

Die Universitätsstadt Marburg feiert ihren 800. Geburtstag – In der gotischen Elisabethkirche ist Hindenburg bestattet

VON VEIT-MARIO THIEDE

In der Reinhardsbrunner Chronik findet sich auf Jahr, Monat und Tag genau Marburgs Ersterwähnung als Stadt: Es handelt sich um den 28. März 1222. Exakt 800 Jahre später beginnen die Marburger, ihr Stadtjubiläum zu feiern. Das von „Marburg800“-Kurator Richard Laufner vorgelegte Programmbuch verzeichnet Ausstellungen, Feste und rund 200 weitere Veranstaltungen.

Das über dem Lahntal ansteigende, sich durch Kopfsteinpflaster, verwinkelte Gassen und viele Treppen auszeichnende Marburg verfügt über eine ebenso eindrucksvolle wie altherwürdige Stadtsilhouette. Über buckligen Fachwerkhäusern, würdevollen Natursteinbauwerken und silbrig grau schimmernden Schieferdächern thront auf dem 287 Meter hohen Berg das imposante Landgrafenschloss. Auf dem Plateau unter ihm ragt die Lutherische Pfarrkirche St. Marien auf, in deren Vorgängerbau sich Landgraf Ludwig IV. von Thüringen am 28. März 1222 mit den Marburgern traf.

Aber „baugeschichtlich ist die Elisabethkirche das wichtigste Gebäude der Stadt“, wie Pfarrer Ulrich Hilzinger betont. Das majestätische Sandsteinbauwerk, das nach dem Zweiten Weltkrieg vorübergehend die sterblichen Überreste der Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. von Preußen beherbergte und in dem noch immer das 1945 aus dem ostpreußischen Tannenberg-Denkmal umgebettete Ehepaar Hindenburg bestattet ist, ragt weithin sichtbar vor der Altstadt auf. Die hessische Landeszentrale für politische Bildung hat diesen Ort sogar kürzlich zu einem „positiven Ort der Demokratiegeschichte“ erklärt.

Diese 1235 bis 1285 vom Deutschen Orden über dem Grab der heiligen Elisabeth (1207–1231) erbaute Kirche zog einst zahlreiche Pilger an. Heute verzeichnet sie alljährlich viele Tausende an Kunst- und Kulturgeschichte interessierte Besucher. An der ältesten gotischen Hallenkirche Deutschlands hat sich nämlich nach den



Vom Deutschen Orden erbaut: Die Elisabethkirche überragt in Marburg fast alles

Foto: pa

Worten Pfarrer Hilzingers „seit der Bauzeit nichts verändert“.

Aber bereits seit vielen Jahren wird die Restaurierung des Innenraums und die Säuberung der Kirchenschätze vorbereitet – und nun trotz des Stadtjubiläums aufgenommen. Wenn alles nach Plan läuft, sollen die Arbeiten in drei Jahren abgeschlossen sein. Zu besichtigen ist derzeit das Langhaus mit dem Elisabethaltar (um 1513), der in Malerei und Holzschnitzerei den frommen Lebenswandel der ungarischen Königstochter schildert, die als 14-Jährige den sieben Jahre älteren Landgrafen Ludwig IV. heiratete.

Nach dem Tod ihres 1227 auf dem Kreuzzug verstorbenen Gatten verließ sie die Wartburg und erbaute vor den Toren Marburgs ein Hospital. Sie widmete sich aufopferungsvoll der Krankenpflege und

starb mit nur 24 Jahren. In der Sakristei kann man das Prunkstück des Kirchenschatzes besichtigen: den Goldenen Schrein der heiligen Elisabeth. Er ist schon lange leer. Die meisten der sterblichen Überreste der Heiligen befinden sich heute in einer Wiener Kapelle des Elisabethinen-Ordens.

Der hessische Landgraf Philipp der Großmütige (1504–1567) unterband „zur Verhütung fernern Aberglaubens“ die Heiligenverehrung seiner Ahnfrau Elisabeth. Er führte 1527 die Reformation durch und tat sich als Gründer der ältesten noch immer bestehenden evangelischen Universität hervor. Sie bezog in Marburg die Gebäude der aufgehobenen Klöster. Zum über die ganze Stadt verteilten „Streubesitz“ der Philipps-Universität gehört inzwischen auch das Landgra-

fenschloss. In ihm fand auf Einladung Philipps 1529 das Marburger Religionsgespräch statt. Ein im Schloss hängendes Monumentalgemälde, das August Noack 1869 schuf, stellt uns die Teilnehmer vor. Die berühmtesten sind Martin Luther und Huldrych Zwingli.

Im Jahre 1866 annektierte das Königreich Preußen den kurhessischen Staat. Die fortschrittlichen Marburger nahmen das erfreut zur Kenntnis. Auf dem Marktplatz bejubelten sie die einmarschierten preußischen Soldaten und bewirteten sie mit Käsebrötchen und Bier. Der heutige Marburger Stadthistoriker Christoph Becker urteilt, dass die Preußen Marburg aus dem Dornröschenschlaf geküsst haben. Innerhalb der nächsten 40 Jahre verdreifachte sich die Einwohnerzahl auf über 20.000 und die Zahl der Studenten stieg

von 264 auf knapp 2000 an. Prominenteste preußische Baumaßnahme ist die nach Entwürfen Carl Schäfers auf den Grundmauern des Dominikanerklosters zwischen 1872 und 1891 im neugotischen Stil errichtete „Alte Universität“. Schäfer war ein auch in Brandenburg, Ostpreußen und Schlesien sehr gefragter Architekt.

Anlässlich des Jubiläums hat die Stadt mit Unterstützung von Sponsoren Computeranimationen in Auftrag gegeben, die uns in die Vergangenheit Marburgs zurückschleppen lassen. Aktuell wird in der Elisabethkirche ein Videoangebot in Betrieb genommen. Der eine Film bittet die Betrachter zum virtuellen Rundgang durch die Kirche, der andere wickelt in drei Minuten deren Erbauung ab.

Im Hessischen Staatsarchiv, der Nachfolgeeinrichtung des einst im Landgrafenschloss beheimateten Preußischen Staatsarchivs, startete am 31. März die mit 3D-Animationen sowie originalen Dokumenten und Artefakten ausgestattete Ausstellung „Marburg im 13. Jahrhundert: Baustellen einer Stadtwerdung“. Das Rathaus dient vom 1. bis 3. April abends als Projektionsfläche der Darbietungen einer „Zeitmachine“. Sie lässt Persönlichkeiten der Stadtgeschichte auftreten. Zu ihnen gehören die „Märchenbrüder“ Jacob und Wilhelm Grimm. Mit von der Partie ist auch der vom preußischen Ministerialrat Friedrich Althoff 1895 an die Universität geholt Emil von Behring, der 1901 den ersten Nobelpreis für Medizin erhielt. Am 3. April startet im Rathaus, der Brüder-Grimm-Stube und im Landgrafenschloss die Ausstellung „Stadtgeschichten von 1222 bis 2022“. Sie verfolgt Marburgs Weg „vom Bergdorf zur Metropole“, wie Oberbürgermeister Thomas Spies ankündigt.

● Informationen: www.marburg800.de. Lesetipp: Das vom Marburger Stadthistoriker Christoph Becker alias Daniel Twardowski verfasste Buch „1222“ vermittelt Wissen und ist umgedreht ein historischer Roman, daher auch das „Dreh-Buch“ genannt. Der Band 115 der Marburger Stadtschriften kostet 12,22 Euro

FRIAUL-JULISCH VENETIEN

Inspiration für ein Jahrhundertwerk

Vor 100 Jahren erschien der Roman „Ulysses“ – Triest feiert deshalb groß den irischen Autor James Joyce

Am 40. Geburtstag des irischen Schriftstellers James Joyce, dem 2. Februar 1922, erschien sein ebenso berühmtes wie berühmtes Hauptwerk „Ulysses“. Aus Anlass des 100. Jahrestags der Veröffentlichung dieses Jahrhundertromans ist die Adria-Metropole Triest in Feierlaune.

„Meine Seele ist in Triest“, schrieb Joyce, der 1904 in die Stadt seines Schriftstellerfreundes Italo Svevo zog und so von ihr fasziniert war, dass er mehr als ein Jahrzehnt blieb. Die strenge habsburgische Fassade mit ihren herrschaftlichen Gebäuden einerseits, der mitteleuropäische Lebensstil der Triester, die Literatur-Cafés, die damals Treffpunkt für Schriftsteller und Künstler andererseits waren für den Autor eine Quelle großer Inspiration. In Triest stellte Joyce seinen Erzählband „Dubliner“ fertig, schrieb den biographischen Roman „Ein Porträt des Künstlers als junger Mann“ und ersann die ersten drei Kapitel von „Ulysses“.

Die tiefe Verbundenheit zwischen Triest und Joyce wird das ganze Jahr über durch verschiedene Initiativen des Trieste Convention and Visitors Bureau gefei-

ert. So mit speziellen Routen auf den Spuren des Schriftstellers zu den Orten, an denen er lebte wie den Borgo Teresiano, wo seine Statue auf der Ponterosso steht, der Piazza Barbacan, der griechisch-orthodoxen Kirche San Nicolò oder den vielen Häusern, in denen er wohnte. Auch ins

Cavana-Viertel, das Joyce gerne besuchte und wo sich das Joyce-Museum befindet, führt eine Tour, bei der auch die ihm gewidmeten Neon-Art-Inschriften zu sehen sind. Sie sind Teil des Dublin-Projekts, das 2019 ins Leben gerufen wurde und den „Red District“ von Dublin „doubelt“,

indem es sich mit Triests „Night Town“ überlagert. „Ulysses“ oder „Dublin“ sind einige der Inschriften. Die „Montgomery Street“, die in der Circe-Episode des „Ulysses“ als „Monto“ beschrieben wird, hat man kürzlich hinzugefügt.

Im Juni, anlässlich des Bloomsday, der vom Joyce-Museum organisiert wird und weltweit am 16. Juni, dem Handlungstag von 1904 im „Ulysses“, gefeiert wird, kann man den Roman im Rahmen von organisierten Initiativen und Aktivitäten in Triest vier Tage lang hautnah erleben: vom Lieblingsfrühstück von Leopold Bloom, dem Protagonisten des Romans, bis hin zu Konzerten in Ponterosso, bei denen die Möglichkeit besteht, in historische Kleider zu schlüpfen. Helga Schnehagen

● Joyce-Führungen jeweils sonnabends um 10.30 und 16 Uhr. Start: PromoTurismoFVG-Infopoint an der Piazza Unità d'Italia 4/b. Kosten: 10 Euro, kostenlos mit der FVGcard, der Discovery Card der Region Friaul-Julisch Venetien. Infos: Telefon (0039) 0403478312, E-Mail: info.trieste@promoturismo.fvg.it



Ein Ire in Triest: Ein bronzenener Joyce flaniert auf der Ponterosso

ÖSTERREICH

Salzburger Osterbräuche

Wer zu Ostern ins Salzburger Land reist, findet viele ursprüngliche Bräuche vor, wie etwa die Palmesel-Prozessionen in Puch bei Salzburg. Um den Einzug von Jesus in Jerusalem nachzustellen, ist es Brauch, hölzerne Palmesel mit einer darauf sitzenden Christusfigur mitzuführen. Der Pucher Palmesel stammt aus dem 17. Jahrhundert. Jedes Jahr am Palmsonntag tragen vier Burschen vom örtlichen Trachtenverein den gut 100 Kilos schweren Esel mit Zaumzeug aus Kaurmuscheln und die Christusfigur mit einem Palmzweig durch den Ort.

Eine ebenso alte Tradition sind Osterfeuer. Sie erhellen den Nachthimmel in Teilen Salzburgs, der Steiermark und in Kärnten. Über Wochen hinweg bauen Männer die bis zu zehn Meter hohen, massiv gezeimerten Holztürme. In der Nacht auf Ostersonntag werden sie abgebrannt. Diesen ursprünglich heidnischen Brauch interpretiert man heute als Freudentum für die Auferstehung Jesu. Reisinfos: www.salzburgerland.com tws

● FÜR SIE GELESEN

Lesenswert trotz Defiziten

Gerade in alternativen Medienformaten war das als Enthüllungswerk gefeierte Buch „Inside Corona“ des Autoren und Bloggers Thomas Röper über Monate mit großer Spannung erwartet worden. Die Mitte Januar 2022 bereits in dritter Auflage erschienene Publikation reüssierte daher in kürzester Zeit zu einem Bestseller.

Röper, der seit mehreren Jahren aus dem russischen St. Petersburg die Seite www.anti-spiegel.ru betreibt und dort die Arbeit deutscher Mainstream-Medien kritisch begleitet, wagt sich an mögliche Hintergründe der Anfang 2020 ausgerufenen Corona-Pandemie heran.

„Anti-Spiegel“-Blogger

Dabei vertritt er die These, dass eine kleine Gruppe ultrareicher Milliardäre seit Beginn des Jahrtausends über ein Netzwerk von Stiftungen massiven Einfluss auf den Politikbetrieb ausübt, um Staaten dazu zu bewegen, riesige Geldbeträge für Impfstoffe zur Bekämpfung verschiedener Viruserkrankungen auszugeben. Die von den Herstellern der Vakzine erzielten Gewinne sollen dann über Unternehmensbeteiligungen an die Hintermänner zurückfließen.

Unter anderem am Beispiel von Bill Gates versucht Röper nachzuweisen, dass dieser das Coronavirus als perpetuum mobile für die Mehrung seines persönlichen Vermögens genutzt habe. Doch die Beweisführung scheidet bereits frühzeitig und vom Autor offensichtlich unbemerkt.

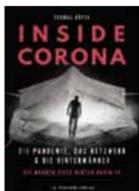
Als zentrales Werkzeug für die Realisierung der unterstellten Bereicherung des Multimilliardärs identifiziert Röper die Gates-Foundation. Zwar erwähnt er kurz und richtig, dass es sich bei dem Kapital der Stiftung um eigenständiges, also nicht mehr Bill Gates selbst gehörendes Vermögen handelt, jedoch erklärt er diesen Umstand direkt mit der unbegründeten Behauptung weg, dass es für die „Reichen und Mächtigen“ schon Möglichkeiten gäbe, entsprechende Regelungen zu umgehen.

Autor bleibt Antwort schuldig

In der Tat bleibt „Inside Corona“ die Antwort schuldig, wie der behauptete Coup finanziell und technisch genau umgesetzt worden sein sollte und wie man dabei das relativ strenge amerikanische Stiftungsrecht umgangen hat. Offensichtlich verkennt Röper auch, dass es sich bei dem in Portfolio der Gates-Foundation ausgewiesenen Investitionen nicht um klassische Kapitalanlagen mit Gewinnerzielungsabsicht, sondern lediglich um unter bestimmten Projektbedingungen vergebene Zuschüsse handelt.

Trotz dieser nicht unerheblichen Defizite bleibt das flott geschriebene Buch lesenswert, gibt es doch einen erschreckenden Eindruck von der nahezu unkontrollierten Macht der nur wenigen Strippenzieher hinter der derzeitigen globalen Gesundheitspolitik. Dirk Pelster

Thomas Röper: „Inside Corona. Die Pandemie, das Netzwerk & die Hintermänner. Die wahren Ziele hinter Covid-19“, J. K. Fischer Verlag, Gelnhausen, 3. Auflage 2022, gebunden, 344 Seiten, 21,99 Euro



Bella Italia

Italien ist seit Jahrzehnten eines der beliebtesten Urlaubsländer der Deutschen. „Unterwegs in Italien“ zeigt reich bebildert die schönsten Reiseziele von Norden bis Süden

La dolce vita – Lebensfreude, zahlreiche Sehenswürdigkeiten, eine betörend schöne Landschaft, kulinarische Gaumenfreuden sowie geschmackvolle Mode und Design zeichnen Italien, das Sehnsuchtsland vieler Rei-

sender, aus. Zahllose Reiseführer, die zu den Höhepunkten des Landes führen, sind bereits erschienen. Das Reisebuch aus dem Kunth Verlag sticht positiv hervor, da es eine Mischung aus Bildband und Reiseführer ist. MRK

„Unterwegs in Italien. Das große Reisebuch“, Kunth Verlag, München, 7. Auflage 2021, Softcover, 400 Seiten, 29,95 Euro

AUSWANDERN

Den Steuern und der Politik entgehen

Norbert Bartl, der selbst Erfahrungen als Auswanderer hat, gibt nützliche Tipps für Menschen, die ihr Glück woanders suchen wollen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile denkt jeder sechste Deutsche darüber nach, der Bundesrepublik den Rücken zu kehren. Insofern dürfte das Buch „Richtig auswandern und besser leben“ auf lebhaftes Interesse stoßen. Zumal der Verfasser Norbert Bartl weiß, wovon er schreibt. Der frühere Reporter der „Bild“-Zeitung wanderte selbst Anfang der 1990er Jahre erst nach Südeuropa und dann nach Südamerika aus. Der Grund hierfür ergibt sich aus dem Untertitel seines Werkes: „Wie Sie sich nie mehr über gierige Politiker und hohe Steuern ärgern“. Deshalb liegt der Schwerpunkt seiner Ausführungen auch auf der Vermeidung von Steuern durch die kluge Wahl des Auswanderungslandes. Ansonsten zielen viele Ratschläge Bartls auf den geschickten Umgang mit der Bürokratie.

Als „Top-Tipps für ein freies und preiswertes Leben“ empfiehlt er „Paraguay – wo es für fast alles eine Lösung gibt“ und „Georgien: Land für Unternehmer ohne Bock auf unsinnige Vorschriften“. Hierzu muss allerdings angemerkt werden, dass Paraguay inzwischen auch nicht mehr so frei ist wie noch vor einiger Zeit, und Georgien das Schicksal der Ukraine teilen und zum Kriegsschauplatz werden könnte.

Ähnlich verhält es sich mit den anderen Empfehlungen Bartls, welche unter anderem lauten: Nordzypern, Bolivien, Panama, Spanien, Portugal, Italien, Kroatien, Ungarn, Andorra, Rumänien, Norwegen, Türkei, Kanada, Jamaika, Costa Rica, Barba-

dos, Dominikanische Republik, Thailand, Philippinen, Kambodscha, Laos und Marokko. Vielfach waren die Regierungen dieser Staaten während der Corona-Pandemie einem regelrechten Kontroll- und Regulierungsrausch erlegen wie beispielsweise Kanada und Panama. Außerdem hat sich die Weltlage derart verändert, dass so manches momentan noch attraktive Land über kurz oder lang dazu übergehen dürfte, seine Innen- und Wirtschaftspolitik auch für Einwanderer nachteilig zu ändern.

Andererseits sind wir in Deutschland mittlerweile an einem Punkt angelangt, wo die Schmerzgrenze permanent überschritten wird: Jedes Mal, wenn man denkt, es geht nicht mehr schlimmer, verzapft die Politik weiteren Unfug. Vor diesem Hintergrund könnte Auswandern trotz allem bald die einzig noch verbleibende vernünftige Lösung sein. Und dann würde es sich auf jeden Fall lohnen, die ausführlichen Checklisten von Bartl zur Hand zu nehmen, um das optimale Zielland zu finden, Anfängerfehler zu vermeiden und auf endgültige Weise Abschied vom bundesdeutschen System zu nehmen.



Norbert Bartl: „Richtig auswandern und besser leben. Wie Sie sich nie mehr über gierige Politiker und hohe Steuern ärgern“, Kopp Verlag, Rottenburg 2021, gebunden, 320 Seiten, 22,99 Euro

STERBEHILFE

Plädoyer für Selbstbestimmung

Michael de Ridder hat in leitender Position in Berliner Krankenhäusern gearbeitet – Seit Jahren setzt er sich für passive Hilfe beim Sterben ein

VON DIRK KLOSE

Beim Thema Sterbehilfe stehen sich Befürworter und Gegner schroff gegenüber. Der Arzt Michael de Ridder, geboren 1947, war lange Zeit an Berliner Krankenhäusern tätig. Schon öfters hat er in Reden und Publikationen für eine Unterstützung sterbewilliger Patienten plädiert. Er gehörte zu den Klägern gegen das im Jahr 2015 vom Bundestag beschlossene Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung im Strafrechtsparagrafen 217, das vom Bundesverfassungsgericht in einem aufsehenerregenden Urteil am 26. Februar 2020 gekippt wurde.

Sein Buch „Wer sterben will, muss sterben dürfen“ ist ein Plädoyer, kranken Menschen, die bewusst aus dem Leben scheiden wollen, Hilfe zu leisten. Voraussetzung, das wiederholt er mehrfach, seien „Freiverantwortlichkeit, Wohlerwogenheit und Unumstößlichkeit der Willensbildung“. Er verweist darauf, dass die Mehrzahl der Bevölkerung in Deutschland einer Sterbehilfe positiv gegenübersteht.

De Ridder geht auf die Geschichte und die Bewertung des Suizids durch die Jahrhunderte ein und betont das grundgesetzlich verbürgte Recht, frei über sein Leben auch am Ende entscheiden zu können. Naheliegende Gründe bei Suizid sind, schreibt er aus langjähriger Krankenhauserfahrung, schwerste Krebserkrankungen oder das grausame ALS-Syndrom (eine unheilbare, nach und nach den ganzen Körper ergreifende Muskulaturlähmung).

Aktive Sterbehilfe ist strafbar. Es geht de Ridder um passive, also indirekte Sterbehilfe; die vielzitierte „Leerung des Glases“ müssen die Betroffenen alleine vornehmen. Mehrfach hat er suizidwilligen Menschen geholfen. Er berichtet mit viel Empathie weckender Sensibilität von drei Fällen, als er beratend oder bis zum Ende dabei war. Immer gingen lange Vorgespräche und Prüfung aller Krankenunterlagen voraus. Eine 67 Jahre alte Frau, todkrank und ihr Ende vor Augen, sagt ihm: „Ich habe keine Angst vor dem Sterben, einschlafen will ich, wenn es der richtige Zeitpunkt ist, und ich glaube, der ist bald. Helfen Sie mir dabei?“

Ridders Haltung ist immer auch angreifbar. Er schreibt aus sehr persönlicher Sicht, als Arzt für leidende Menschen bis zum Ende da zu sein, was für ihn heißt, notfalls auch sterbewilligen Kranken zu helfen. Dem ersten Thema ist die ebenso überlegte Darstellung angemessen; der Autor vermittelt glaubhaft, wie ihn eigene schwere Erkrankungen zu dieser Haltung gebracht haben.

Michael de Ridder: „Wer sterben will, muss sterben dürfen. Warum ich schwer kranken Menschen helfe, ihr Leben selbstbestimmt zu beenden“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2021, gebunden, 224 Seiten, 20 Euro



SAMMLERLEIDENSCHAFT

In über 120 Jahren durch halb Europa

Bahnliebhaber und Sammler ersteigerte Ansichtskarte von Königsberg – Anbieter stammte aus Dänemark

Im Zeitalter der sozialen Medien, der E-Mails und MMS-Nachrichten scheint die gute alte Postkarte nur noch etwas für Traditionalisten zu sein. Oder für Sammler wie den Erlanger Günther Klebes. Der 73-jährige Franke liebt alte Postkarten, genauer, solche mit bahnhistorischen Motiven aus dem deutschsprachigen Raum. Seine jüngste Errungenschaft ist eine Ansichtskarte mit einem Blick auf den Fisch- und Kohlmarkt von Königsberg, selbstverständlich mit einer Straßenbahn.

Vorgänger der elektrischen Straßenbahn in Königsberg war eine Pferdebahn, deren erste Linie 1881 eröffnet wurde. Die Pferdebahn entwickelte sich schnell, ihr Netz wurde bald erweitert. Dieses wurde von mehreren Aktiengesellschaften erbaut und betrieben. 1895 gab es in Königsberg bereits fünf Pferdebahn-Linien. 1901 wurde die Pferdebahn eingestellt, mit Ausnahme einiger Linien auf den Hufen. Die Strecken wurden von der Stadtverwaltung aufgekauft.

Das letzte Mal fuhren Pferdebahnen am 30. Oktober 1901 über die Straßen Königsbergs. Die Pferdebahn hatte eine Spurweite von 1435 Millimetern, im Verlauf der Elektrifizierung wurde sie auf 1000 Millimeter umgestellt.

Die Wunschkarte gab's sogar zum Schnäppchenpreis

„Ich bin bei einer luxemburgischen Internet-Auktion auf die Karte gestoßen und habe mir gesagt: ‚Die alte Ansicht mit einem Pferdebahnwagen, die muss ich haben‘, teilte der Schulbusfahrer, der in Erlangen zu Hause ist, mit. Die Ansicht der alten Bahn war für ihn maßgebend für den Kauf. Postkarten, welche die unterschiedlichsten Bahnen in Ostdeutschland zeigen, sind noch nicht so zahlreich in seiner Sammlung vertreten.“

Gedruckt wurde die Karte in Dresden, und Anfang Oktober 1900 wurde sie in die Nähe von Köln versandt. Die ersten Kilometer vollzog die Ansichtskarte in einem Bahnpostabteil der preußischen



Blick auf den Fisch- und Kohlmarkt von Königsberg: Die ersteigerte Ansichtskarte

Foto: Klebes

Post von Eydtkuhnen nach Dirschau, wie der Stempel zeigt.

„Erstaunlich fand ich auch, dass der Anbieter eine Adresse in Dänemark hatte“, erklärt Klebes. Weil er der einzige Bieter war, konnte er die Wunschkarte auch noch zum Schnäppchenpreis von gerade einmal 2,50 Euro erwerben. „Das ist eigentlich viel zu billig“, kommentiert der Käufer.

Normalerweise wäre er bereit gewesen, dafür bis zu acht Euro auszugeben, denn es war eine sehr selten angebotene Karte. Diesen Preis zahlte er insgesamt aber dann auch, da noch das Porto für einen eingeschriebenen Auslandsbrief dazukam. Es gebe aber auch Philokarten, die bereit wären, einen zweistelligen Betrag für eine Ansichtskarte hinzublättern.

Wie das gute Stück vom Rhein nach Dänemark gekommen ist, darüber kann der Sammler nur spekulieren. „Ob dahinter eine Auswanderung steht, oder einfach ein Bündel alter Postkarten nach einer Haushaltsauflösung an einen Händler veräußert wurde, der die Karten über das Internet weiter vermarktet, weiß ich nicht“, sagt Klebes. Er hat auch schon Karten aus Australien, Israel oder Kanada erworben.

Es gibt sogar eigene Ausstellungen für die Karten

Seine leidenschaftliche Sammelwut in Sachen Bahn-Postkarten ist übrigens kein Einzelfall: „Es gibt sogar eigene Ausstellungen für Bahn-Sammler“, sagt Klebes, und durchforscht schon wieder das Internet nach Exponaten wie der gerade

erst entdeckten Ansichtskarte aus Königsberg.

Klebes sammelt nach eigenem Bekunden begeistert „alles, was mit der Bahn zu tun hat – außer echte Lokomotiven“. Bei ihm zu Hause stehen Modelle und historische Uniformmützen, die sogenannten „Rotkäppchen“, neben zahllosen selbst geschossenen Fotos und Alben voll einschlägiger Telefonkarten und Briefmarken.

Daneben arbeitete der dreifache Vater ehrenamtlich bei der Bahnhofsmision, als Hobby nennt er „Bahn fahren“. Auf seiner Hochzeitsreise ist er vor 38 Jahren mit dem Glacier-Express von St. Moritz nach Zermatt gefahren. Sehr oft ist er mit der Bahn unterwegs – frei nach dem Motto „Der Weg ist das Ziel!“

EB

NACHRUH

Trauer um Lothar Hyss

Der Direktor des Westpreußischen Landesmuseums von 1998 bis 2021 verstarb unerwartet am 19. März 2022

Lothar Hyss beendete am 19. März seinen irdischen Weg. Alle, die ihn kannten und ihn begleiteten, hat diese Nachricht zutiefst getroffen und erschüttert.

Hyss, 1960 im ober-schlesischen Friedrichsfelde geboren, blieb mit seinen Eltern zunächst in der schlesischen Heimat, bevor der Familie die Ausreise nach Deutschland genehmigt wurde. Hyss' Vater gehörte zur Gruppe deutscher Spezialisten, die die Polen zum Aufbau Schlesiens in ihrem Sinne benötigten. Die späte Übersiedlung war der Grund, dass Hyss Polnisch als zweite Muttersprache in Wort und Schrift beherrschte. Das deutsche Abitur machte er nach und studierte in Bonn Kunstgeschichte. Sein Promotionsthema lautete: „Johann Wolfgang von Goethe und das Residenzschloß zu Weimar“. Nach Beendigung seines Studiums folgte ein museales Praktikum im Haus Schlesien in Königswinter, das in eine feste zehnjährige Anstellung in dieser renommierten Einrichtung überging.

Am 1. April 1998 übernahm Hyss von Hans-Jürgen Schuch die Leitung des Westpreußischen Landesmuseums in Münster-

Wolbeck. Diese neue Aufgabe und zugleich Herausforderung waren für ihn eine Berufung.

Im Laufe der Jahre erwies sich, dass die Räumlichkeiten im Wolbecker Drostenhof als Museumssitz nicht hinreichten. Letztlich genügte der Drostenhof nicht dem ICOM-Standard. Hyss kamen seine guten Kontakte zur Unternehmerfamilie Horstmann in Warendorf zugute. Sie hatte das Westpreußische Landesmuseum bereits in Wolbeck unentgeltlich mit Räumlichkeiten unterstützt. Familie Horstmann konzipierte zusammen mit Hyss das Franziskanerkloster in Warendorf zu einer gelungenen musealen Einrichtung Westpreußens. Nach dem Abschluss der Baumaßnahmen folgte am 5. Dezember 2014 die Wiedereröffnung des Westpreußischen Landesmuseums in den früheren Klosteräumlichkeiten.

Schuch hatte unmittelbar nach der Wende eine erste Kooperation mit dem polnischen Bezirksmuseum Thorn begonnen. Diese Verbindung zu polnischen Museen an der unteren Weichsel wurde in der Folge zu Hyss Leidenschaft. Die Beherrschung der polnischen Sprache machten es

ihm leicht, mit polnischen Museumsleitern in Kontakt zu kommen und über Kooperationsverträge die Verbindung zu polnischen Museen systematisch auszubauen. Zu den wichtigsten Kooperationspartnern des Westpreußischen Landesmuseums gehörten: das Nationalmuseum in Danzig, das Historische Museum der Stadt Danzig, das Schloßmuseum in Marienburg, das Diözesanmuseum in Pelplin, das Museum in Graudenz, und das Museum in Preußisch Stargard.

Gemeinsam mit Lüneburg

Ein besonderes Anliegen von Hyss war seit 1999 die Errichtung und der Betrieb einer Außenstelle in Krockow – unweit von Danzig. Diese Einrichtung war bestimmt zur Erforschung und Darstellung der regionalen Geschichte und Kultur von Polen, Deutschen und Kaschuben. Dies gelang über eine enge Zusammenarbeit mit der Stiftung Europäische Begegnung/Kaschubisches Kulturzentrum in Krockow, dem Regionalmuseum Krockow und der Gemeinde Krokowa. Besonders in Krockow hat sich Hyss große Verdienste erworben.

Die Ausstellung „Quis ut Deus“ und deren Vorbereitung verdienen eine besondere Erwähnung. Sie wurde 2000 und 2001 im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und im Westpreußischen Landesmuseum gezeigt. Zur Vorbereitung war ein gemeinsamer Besuch bei Pater Roman Ciecholewski, dem Direktor des Pelpliner Diözesanmuseums, notwendig. Es sollten erstmals im westlichen Ausland etwa 70 Prozent der sakralen, unschätzbaren wertvollen, aus der Zeit des Deutschen Ordens stammenden regionalen Kunstwerke des Diözesanmuseums gezeigt werden. Empfangen wurden die Gäste im Kanonikerhaus Ciecholewski, das Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. hatte errichten lassen. Eine Episode des Besuchs bleibt dabei unvergesslich: Pater Ciecholewski umarmte Hyss und sprach von seinem jungen deutschen Freund; zugleich erwähnte er die von ihm geschätzte deutsche Sprache, die er immer dann nutzte, wenn es darum ging, komplizierte Sachverhalte zu formulieren.

Die Sammlungsbestände des Museums erweiterte Hyss mit Hilfe privater Zustif-

tungen, aber vor allem mit großzügig bemessenen Projektmitteln des Bundes. Das Museum wurde mit interessanten Sonderausstellungen sowie Vortragsveranstaltungen zum „großen“ Thema Westpreußen vom Publikum angenommen.

Festzuhalten ist, dass Hyss und sein Museumsteam den ihnen gestellten Auftrag, das kulturelle Erbe der historischen Provinz Westpreußen am Unterlauf der Weichsel der breiten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa sowohl im Wolbecker Drostenhof als auch im früheren Franziskanerkloster in Warendorf zu vermitteln, mit großer Leidenschaft und Engagement erfüllt haben. Nachhaltige Unterstützung erhielt das Museumsteam von der seit 2005 am Museum tätigen Kulturreferentin Magdalena Oxford.

Für seine außerordentlichen Leistungen im und für das Museum, aber auch für seinen Einsatz zum Erhalt der Kultur Westpreußens haben die zahlreichen Freunde Lothar Hyss' zu danken. Ein ehrendes Gedenken ist dem Menschen und Freund Lothar Hyss gewiss!

Jürgen Martens

HEIMATSTUBEN DIGITAL

Erinnerung bewahren

Das Land Nordrhein-Westfalen hat es möglich gemacht: 20 Heimatsammlungen aus NRW sind digitalisiert worden – weitere folgen. Die kleinen Museen bleiben so der Nachwelt erhalten und bilden neue Ansatzpunkte für Bildungsangebote.

Viele kleine Heimatmuseen überall in Nordrhein-Westfalen erzählen spannende und individuelle Geschichten von Flucht, Vertreibung, Aussiedlung und dem Ankommen in einer neuen Region. Im Rahmen des bundesweiten Leuchtturmprojektes „Historische ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW“ sind nun 20 solcher Heimatstuben mit Hilfe einer Panoramakamera aufwändig digitalisiert worden. Das vom Land mit bislang 280.000 Euro geförderte Projekt erhält die Museen für die Nachwelt. So können Online-Führungen in Bildungsangebote für Kinder und Erwachsene integriert und spannende Aspekte zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa vermittelt werden.

Umgesetzt hat die Digitalisierung die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. In einem nächsten Schritt sollen Bildungsangebote für Jugendliche in Schulen und der politischen Bildung entwickelt werden. Ziel ist es, europaweites Flucht- und Vertreibungsgeschehen im Zuge des Zweiten Weltkrieges bewusst zu machen, das Ankommen und die gesellschaftliche Integration zu thematisieren und so die Brücke zum Heute zu schlagen.

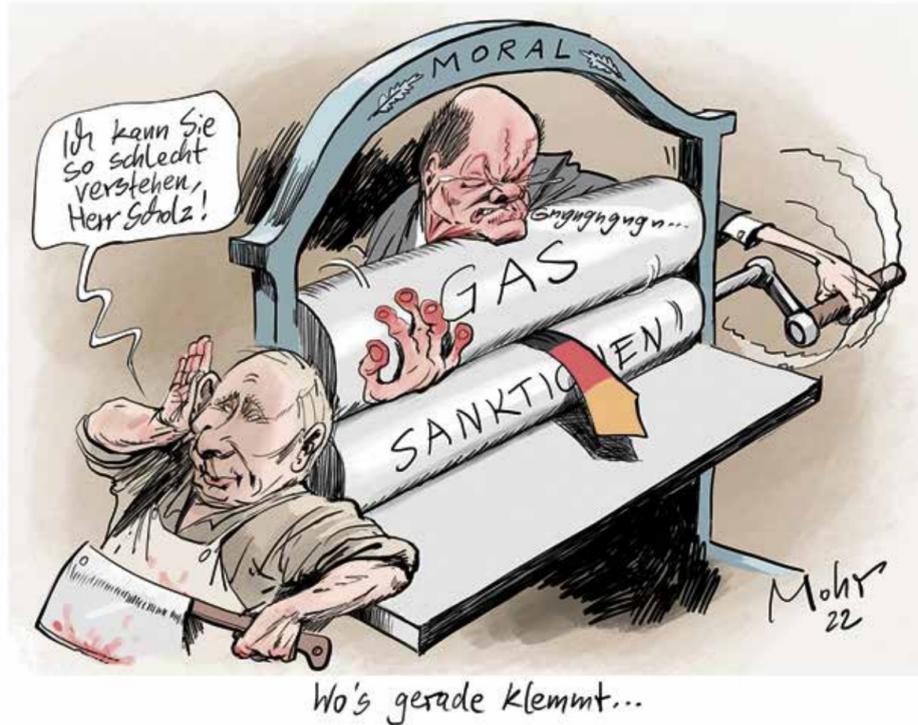
Die liebevoll gepflegten Heimatstuben wurden in den Nachkriegsjahrzehnten aufgebaut und sind besondere Stätten der Erinnerungskultur. Zu sehen sind etwa Küchenutensilien, Kleidungsstücke oder Spielzeug. Interviews mit Gestaltern der Ausstellungen bereichern das Angebot.

EB

● **Interaktive Museen** mit 360-Grad-Aufnahmen können unter www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de angesehen werden

● AUFGESCHNAPPT

Seit Jahresbeginn bekleidet Sven Lehmann (Grüne) das neu geschaffene Amt des „Beauftragten der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“. Wer glaubte, solche Dinge gehörten eher ins Private und Deutschland sei diesbezüglich sehr tolerant, den belehrte der „Aktivist“ Lehmann mittels „FAZ“-Interview eines Besseren. Zugleich offenbarte er seine recht eigene Wahrnehmungswelt. Er sehe „jeden Tag, wie feindlich die Gesellschaft gegenüber Minderheiten sein kann“. Gemeint sind die Minderheiten seines Zuständigkeitsbereichs. Die „gesellschaftliche Abwertung“ müsse durch „Sichtbarmachen“ überwunden werden. Ein „normales Modell“ für eine Familie existiere nicht. Es gebe „eine Fraktion“, die „homosexuellen Menschen das Recht auf Existenz“ abspreche. Dass sich diese Fraktion, die AfD, eine Sprecherin gewählt hat, die zu den Menschen zählt, deren persönliche Lebensumstände Lehmann meint verteidigen zu müssen, scheint seiner Logik nicht im Wege zu stehen. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der bekannte US-Diplomat und Autor der „Truman-Doktrin“ zur Eindämmung der Sowjet-Expansion nach dem Zweiten Weltkrieg, George F. Kennan (1904–2005) wagte in der „New York Times“ am 5. Februar 1997 eine Prophezeiung, wie sich die NATO-Osterweiterung auf die Entwicklung Russlands und Europas auswirken werde:

„Eine solche Entscheidung kann erwarten lassen, dass die nationalistischen, anti-westlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden.“

Politikwissenschaftlerin Florence Gaub vom Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS), einer Denkfabrik der EU, beschreibt im Gespräch mit der „Welt“ (25. März), wie sich die Welt für die Deutschen verändert hat:

„Russland bringt eine Form des Krieges zurück, von der wir dachten, dass es nie mehr gibt. Wir dachten, moderne Technologie ist die Antwort auf alles und dass im Krieg nicht mehr gestorben wird. Dem ist nicht so. Bürger sein heißt eben auch, sein Land und seine Werte zu verteidigen.“

Andreas Ross betrachtet Joe Bidens Forderung in Warschau, Wladimir Putin könne „nicht an der Macht bleiben“. In der „Frankfurter Allgemeinen“ (28. März) schreibt er:

„Dass das Weiße Haus den Präsidenten mit der Beteuerung korrigieren musste, Amerika strebe keinen Regimewechsel in Moskau an, ist mehr als peinlich. Biden hat Putin ein Propagandageschenk gemacht. Jede Bekundung, dem Westen gehe es um Demokratie und Völkerrecht, wird er mit Bidens „Geständnis“ parieren ... Erweckt Amerika den Anschein, in Washington werde entschieden, welcher Staatschef abgesetzt werde, dann ist das toxisch für seinen Führungsanspruch.“

René Pfister blickt im „Spiegel“ (26. März) kritisch auf Altkanzlerin Angela Merkels außenpolitische Hinterlassenschaft:

„Merkel hat erklärt, dass Europa auf eigenen Füßen stehen müsse – aber nie etwas dafür getan.“

● WORT DER WOCHE

„Alle schlechten CDU-Ergebnisse ... werden mit allem möglichen begründet, nur nicht mit dem Wirken der Frau, die alle Fäden in der Hand hielt, ganz so, als wäre sie immer noch sakrosankt.“

Peter Grimm wundert sich auf „Achgut.com“ (28. März) über die Reaktionen auf die Wahlniederlage des Merkelianers Tobias Hans im Saarland

DER WOCHENRÜCKBLICK

Dann kam Joe

Wie der US-Präsident den Kreml bedient, und warum die Deutschen schon wieder verdächtig sind

VON HANS HECKEL

Lasst die nur reden, dachten wir. Seit Wochen träufelt uns Moskau in die Ohren, den USA gehe es in Wahrheit darum, die russische Regierung zu stürzen, um dem größten Land der Welt eine Washington genehme Führung überzustülpen. Was für eine durchschaubare Propaganda-Pirouette. Das waren sich alle einig.

Dann kam Joe. Wäre der alte Mann doch bloß bei dem Manuskript geblieben, das ihm seine fleißigen Helfer in den Ranzen gepackt hatten für die Reise nach Polen. Aber nein! US-Präsident Joseph Biden musste unbedingt noch seinen eigenen Senf draufgeben und machte dem Kreml eine Steilvorlage, von der die Moskauer nicht einmal zu träumen wagten. „Um Gottes Willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben!“ Operationsziel „Regime Change“? Also doch? Der in Windeseile weltberühmt gewordene Aufruf gegen Russlands Machthaber Wladimir Putin hat die Granden im Weißen Haus aus den Schuhen gefegt. Alle Versuche, Bidens Fehltritt wieder einzufangen, endeten kläglich.

In dem Getöse ging ein weiteres Präsent an Putins Propaganda-Maschine fast unter, welches der US-Präsident nur wenige Stunden zuvor ausgepackt hatte. Während eines Besuchs bei in Polen stationierten amerikanischen Soldaten hatte Biden die Tapferkeit der ukrainischen Armee ebenso wie die der Bevölkerung gerühmt und an die eigene Truppe gerichtet versprochen: „Ihr werdet es sehen, wenn ihr dort seid.“ Wenn ihr wo seid? US-Truppen also demnächst in der Ukraine? Ist es noch weit bis zum Dritten Weltkrieg?

Wie sich die Dinge drehen können: Als Bidens Gegner im Wahlkampf darauf herumritten, dass der alte Mann geistig vielleicht nicht mehr ganz bei sich sei, wurde das empört als rechte Hetze des Trump-Lagers abgeschmettert. Heute werden genau die gleichen Leute, die damals so empört waren, nicht müde, auf die Trotteligkeit des US-Präsidenten hinzuweisen. Mit gutem Grund, denn die Alternative wäre allzu gruselig. Sie liefe nämlich darauf hinaus, dass Biden nur aus Versehen die Pläne der US-Regierung ausgeplappert hätte. Wenn das wahr wäre, hieße es, dass der ganz große Knall bereits an der nächsten Ecke lauert. Da einigen wir uns doch lieber auf die Diagnose Demenz.

Womit wir zum Glück richtig liegen dürfen. Unglück gibt es zurzeit ja auch wirklich

genug zu sehen. Aus der jeden Tag schlimmer zerbombten Ukraine und auf unseren großen Bahnhöfen, wo die Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem gemarterten Land eintreffen. Während der deutsche Staat ziemlich alt aussieht bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms, beeindruckten Heerscharen einfacher deutscher Bürger mit ihrem bewundernswerten Einsatz für die leidgeprüften Ukrainerinnen, die mit ihren Kindern und Enkeln Zuflucht bei uns suchen.

Die Bewunderung ist allerdings nicht ungeteilt. Besonders wachsame Beaufsichtiger des deutschen Volkes haben den Rassismus entdeckt, der hinter dem Engagement lauert. Wie bitte? Die Deutschen nehmen Hunderttausende ausländische Flüchtlinge herzlich auf – und das ist dann Rassismus? Oh ja! Erstens ist schließlich alles, was weiße Deutsche so treiben, bei politisch korrekt eingefärbtem Hinsehen irgendwie „-istisch“, und zweitens beleidigt die Behandlung der Ukrainer die Syrer, Afrikaner und anderen Orientalen, die ab 2015 zu uns gekommen sind. Denen seien die Deutschen in ihrer Masse nämlich nicht ganz so freundlich begegnet. Abgesehen von der absoluten Anfangszeit, aber danach habe sich die Haltung der Teutonen doch merklich verdunkelt, kritisieren die Rassismus-Aufdecker.

Rassistische Fragen

Kritische Rückfragen haben zu unterbleiben, wie etwa diese hier: Könnte die abflauende Freundlichkeit mit der Art zusammenhängen, in der zahllose der damaligen Asylsucher Silvester gefeiert haben, in Köln und anderswo? Dass laut Polizei Afghanen 2019 zwanzigmal so häufig an Gruppenvergewaltigungen beteiligt waren, wie es ihrem (damaligen) Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach? Dass wir seit ein paar Jahren unsere Weihnachtsmärkte mit Betonklötzen vermauern müssen, was bislang noch nie nötig war in der Jahrhunderte alten Geschichte dieser Märkte? Damit dort, wie es mal jemand recht poetisch formuliert hat, „Schutzgebende vor Schutzsuchenden Schutz finden“?

Also, jetzt reicht's aber! Allein schon solche Fragen zu stellen, ist offenkundiger Rassismus. Deshalb tut es auch keiner mehr. Nur im Kopf, im Kopf spuken sie herum, die rassistischen Fragen. Und das macht bei dem einen oder anderen schließlich den Unterschied, den er zwischen damals und heute erkennt.

Das gilt selbstverständlich nicht für Nancy Faeser. Die Bundesinnenministerin sperrt

—
Die Leute begegnen den Ukrainerinnen freundlicher als damals den „2015ern“. Woran das bloß liegen mag?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de